

Vorwort

Weil der Bundestag sich weigert, von den einzelnen Kommissions-Sitzungen Wortprotokolle zu erstellen, konnte der Sitzungsverlauf bislang nicht vernünftig nachverfolgt werden - einzelne Beiträge in einem stundenlangen Video-Mittschnitt zu suchen, ist viel zu aufwendig.

Wir freuen uns sehr, dass sich auf den Aufruf im .ausgestrahlt-Newsletter über 50 Aktive gemeldet haben, die jeweils einen Teil der Kommissions-Mitschnitte abtippen, damit es ein vollständiges Wortprotokoll gibt. Unser Dank gilt allen, die mitgeholfen haben!

Natürlich entspricht die Qualität des Gesamt-Dokuments nicht in allen Teilen professionellen Standards. Das können weder alle freiwilligen AbtipperInnen noch .ausgestrahlt leisten. Aber wir hoffen, mit dieser Mitschrift trotzdem allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich konkreter über die Arbeit der Atommüll-Kommission zu informieren, als dies bisher möglich war.

Und natürlich ist dieses Wortprotokoll auch ein Wink mit dem Zaunpfahl in Richtung Bundestag und Kommission: Braucht es wirklich jedes Mal das Engagement von Dutzenden Anti-Atom-AktivistInnen, um eine angemessene Transparenz der Sitzungen herzustellen? Oder schafft es eine Kommission mit einem Jahresbudget von einigen Millionen Euro auch selbst, entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen?

Jochen Stay
.ausgestrahlt

Wer wesentliche Fehler findet, kann sich gerne bei Helge Bauer im .ausgestrahlt-Büro (helge.bauer@ausgestrahlt.de) melden!

Erste Sitzung der Atommüll-Kommission, 22.05.2014, Berlin **(Wortprotokoll)**

Protokoll:

Norbert Große, Gert Schlenker, Friedemann Schmidt-Mechau, Birgit Scheuch, Valentin Heinitz, Ilse Wotruba, Ina Krämer, Birgit Treuchtlingen, Helmut Cordes, Manfred Kintzel, Karin Schulz, Sarah Nick-Toma, Jörg Noll, Magnus Tadda, Daniela Sobocan, Anika Rabe, Wendy Sauer uvm.

Fehlende Kommissionsmitglieder:

Georg Milbradt (CDU, kath. Kirche)
Hartmut Gaßner (Rechtsanwalt)

Anwesende Kommissionsmitglieder:

Vorsitzende:

Michael Müller (SPD)
Ursula Heinen-Esser (CDU)

VertreterInnen Bundestag:

Eckhard Pols (CDU)
Florian Oßner (CSU)
Matthias Miersch (SPD)
Ute Vogt (SPD)
Hubertus Zdebel (Die Linke)
Sylvia Kotting-Uhl (Grüne)
Andreas Jung (CDU)
Steffen Kanitz (CDU)

VertreterInnen Bundesländer:

Franz Untersteller (Grüne/ Ba-Wü)
Stefan Wenzel (Grüne/ Nds)
Garrelt Duin (SPD/ NRW)
Stanislav Tillich (CDU/ Sachsen)
Reiner Hasleoff (CDU/ Sachsen-Anhalt)
Robert Habeck (Grüne/ S-H)
Anita Tack (Die Linke/ Brandenburg/ stellvertretendes Kommissionsmitglied)

VertreterInnen Wirtschaft:

Ralf Güldner (Präsident des Deutschen Atomforums/ Vize-Chef Eon Kernkraft)
Gert Jäger (Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums und ehemaliger RWE-Vorstand für Atomkraftwerke)

VertreterInnen Gewerkschaft:

Erhard Ott (Leiter des für die Energiewirtschaft zuständigen Fachbereichs bei Ver.di)
Edeltraud Glänzer (stellvertretende Vorsitzende der IG BCE)

Kirche:

Ralf Meister (Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers)

Umweltverbände:

Klaus Brunsmeier (BUND)
Jörg Sommer (Vorsitzender Deutsche Umweltstiftung)

Wissenschaftler:

Bruno Thomauske
Hubert Steinkemper
Wolfram Kudla
Armin Grunwald
Michael Sailer
Ulrich Kleemann
Detlev Appel

(Weitere Informationen zu den Kommissionsmitgliedern auch hier:
<https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/atom-muell/kommission/mitglieder.html>)

sonstige Anwesende:

Norbert Lammert (Bundestagspräsident)
Manuela Gebler (Geschäftsstelle der Kommission)
Eberhard Jans (Geschäftsstelle der Kommission)
Barbara Hendricks (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit)
Rita Schwarzelühr-Sutter (Staatssekretärin Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit)
Wolfram König (Präsident des Deutschen Bundesamts für Strahlenschutz)
Franz-Joachim Gümpel (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe)
Diethard Mager (Unterabteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium)

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages,
Prof. Dr. Norbert Lammert..... 3
2. Vorstellung und Einführung.....6
3. Organisations- und Verfahrensfragen (u.a. Anregungen zur Geschäftsordnung,
Sitzungstermine).....15
4. Gedankenaustausch zum Arbeitsauftrag.....59
5. Verschiedenes.....88

1. Begrüßung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert

Frau Heinen-Esser:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich darf Sie ganz herzlich zu unserer ersten Kommissionssitzung hier in Berlin im Sitzungssaal des Umweltausschusses begrüßen gemeinsam mit meinem Kollegen Michael Müller. Das gemeinsam bezieht sich darauf, dass wir hier gemeinsam sitzen, aber wir werden abwechselnd die Sitzungen führen, um das vorab gleich zu sagen. Ich darf ganz besonders begrüßen den Präsidenten des deutschen Bundestages, nämlich Prof. Dr. Norbert Lammert, der gleich ein paar Begrüßungsworte zu uns sprechen wird. Außerdem darf ich herzlich begrüßen die Bundesumweltministerin Dr. Hendricks, herzlich willkommen hier in der Kommission, sowie den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, den Präsidenten der WGR Prof. Koempel, ich sehe auch die Parlamentarische Staatssekretärin aus dem Bundesumweltministerium, die für uns zuständig ist, Frau Schwarzelühr-Sutter, herzlich willkommen hier in der Kommission, und damit wir keine Zeit verlieren, darf ich das Wort direkt zu einem Grußwort an den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert geben.“

Herr Lammert:

„Ja, vielen Dank liebe Frau Heinen-Esser, vielen Dank lieber Herr Müller, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem deutschen

Bundestag, der Bundesregierung, dem Bundesrat, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu dieser ersten Sitzung der eingesetzten Kommission. Durch einen schönen Zufall findet diese erste Sitzung an dem Vorabend des 65. Geburtstages des Grundgesetzes statt. Das gibt uns allen nochmal eine besondere Gelegenheit, hoffentlich auch eine besondere Motivation, um die vereinbarte Aufgabenstellung nicht nur, aber insbesondere auch, im Kontext der Festlegungen in Angriff zu nehmen, die sich im Grundgesetz finden lassen. Da gibt es zwar keinen ausdrücklichen Verweis auf die Klärung der Endlagerfrage, das ist schon klar, aber dass das Grundgesetz für die Suche nach einer angemessenen Lösung irrelevant sei, wird vermutlich auch niemand ernsthaft behaupten wollen, mal abgesehen davon, dass alleine ja die Zusammensetzung dieser Kommission unter Beteiligung mehrerer Verfassungsorgane, auch mit der im allgemeinen komplizierten Aufgabenverteilung im Grundgesetz zu tun hat und der in diesem Fall mit der besonders komplizierten Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, die so oder so zusammen wirken müssen, wenn es hier eine sowohl rechtliche tragfähige, wie möglichst friedensstiftende Lösung geben soll. Im Übrigen besteht auch mindestens insofern ein beachtlicher Zusammenhang zwischen dem Grundgesetz und der konkreten Fragestellung mit der Sie sich in den nächsten Monaten auseinander setzen wollen, als das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten Kalka-Urteil ausdrücklich ausgeführt hat, der Staat sei verpflichtet, ich zitiere, „alle Anstrengungen zu unternehmen, um mögliche Gefahren frühzeitig zu erkennen und ihnen mit den erforderlichen, verfassungsmäßigen Mitteln zu begegnen. Das ist von einer unwiderstehlichen Plausibilität, lässt aber all die konkreten Fragen offen, die hoffentlich von dieser Kommission überzeugend beantwortet werden, deswegen stehe ich mit einer Mischung aus Bewunderung, Respekt und gehöriger Erwartung vor der Arbeit dieser Kommission. Ich muss da Ihnen allen ja die Beschlusslage, die Aufgabenstellung, vertraut ist nun nicht nochmal in Erinnerung rufen, was sich der deutsche Bundestag und der deutsche Bundesrat bei der Einsetzung dieser Kommission nicht nur gedacht, sondern auch ausdrücklich vorgenommen haben. Ich will eigentlich nur nochmal auf zwei Punkte verweisen: Nachdem auch und gerade die Länder großen Wert darauf gelegt haben, dass diese Kommission möglichst beim deutschen Bundestag angesiedelt sein möge, haben wir nun alle dafür erforderlichen Anstrengungen unternommen, dass auch operativ machbar zu machen, zumal wir ja hier nicht nur was die Aufgabenstellung angeht, sondern auch was die Zusammensetzung angeht, durchaus mit einer eher untypischen, ungewöhnlichen, man kann auch sagen originellen und im Ergebnis hoffentlich besonders geeigneten Konstruktion zu tun haben. Die Mitglieder des Bundestages sind in die Kommissionsarbeit eingebunden, aber stimmen aus guten Gründen nicht mit, wenn es um die Erarbeitung der Empfehlungen geht, die sich am Ende ja an den Gesetzgeber richten und das stellt auf beiden Seiten hoffentlich sicher, erstens dass nicht das eine und das andere völlig unabhängig voneinander erfolgt, zweitens aber die unterschiedlichen Aufgaben auch sorgfältig getrennt bleiben und hier erst gar nicht der Verdacht einer Präjudizierung entsteht. Ich will auch nur der guten Ordnung halber in Erinnerung rufen, dass mit dem Einsetzungsbeschluss die Erwartung verbunden war, dass dieses Thema nicht, wozu es zweifellos geeignet wäre, eine Dauerbeschäftigung für alle Kommissionsmitglieder für die verbleibende Lebenszeit wird, sondern zu einer Empfehlung an den Gesetzgeber führt, die noch zu unseren Lebzeiten dann auch tatsächlich umgesetzt werden kann. So, ich habe auch eine hinreichende Vorstellung von der Aufgabenstellung

um mir vorstellen zu können, dass das nicht ganz einfach ist, weil das Thema eben so extrem komplex ist, sowohl rechtlich, wie technisch, wie politisch, dass man sich da gemeinsam große Mühe geben muss, um in einer überschaubaren Zeit zu einem Ergebnis zu kommen. Allerdings will ich meine persönliche Vermutung und auch Erfahrung nicht gänzlich unterdrücken, dass auch bei komplexen Fragestellungen die Wahrscheinlichkeit eines Ergebnisses nicht mit der Dauer der Beratung wächst, sondern irgendwann ist ein Punkt erreicht, wo man zu einem Ergebnis kommt, oder auch nicht und das wird dann durch sozusagen ständige Verschiebung und Einholung weiterer Gutachten zwar immer länger, aber nicht immer erfolversprechender. Uns ist natürlich klar, um da ein mögliches Missverständnis gleich zu vermeiden, dass der spätere Beginn der Arbeit dieser Kommission auch für das angestrebte Ende der Arbeit dieser Kommission einschlägige Folgen hat, deswegen haben wir ja auch von vornherein gesagt, wir würden es begrüßen, wenn es gelingt, innerhalb von zwei Jahren hier zu einem Ergebnis zu kommen, und wenn das aus nachvollziehbaren Gründen dann ein bisschen länger dauern sollte, werden wir uns damit ganz sicher konstruktiv befassen. Aber nehmen Sie nochmal auch mit in den Blick auf eine sicher endende Legislaturperiode und die wiederum nicht mit zunehmender Annäherung an das Ende einer Legislaturperiode wachsenden Erfolgsaussichten von Gesetzgebungsverfahren, diese Zeitschiene nochmals als dringenden Wunsch der Auftraggeber mit in Ihre Beratungen. Allerletzte, oder ja, allerletzte Bemerkungen. Wenn es zu diesem Thema einen breiten gesellschaftlichen Konsens gäbe, hätten wir diese Kommission nicht gebraucht. Sie ist eingesetzt, weil es ihn nicht gibt. In der erklärten Absicht aller Beteiligten alle Anstrengung zu unternehmen ihn herbei zu führen. So, ich will jetzt gar keine Spekulationen darüber anstellen, aber niemand wird überrascht sein wenn ich sage, die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Gesetzgeber hart an den Empfehlungen orientieren wird, die diese Kommission erarbeitet, wächst mit der Breite der Mehrheit mit der diese Empfehlungen gemacht werden. Ich kann es auch etwas salopper formulieren. Wenn diese Kommission am Ende mit den knappsten denkbaren Mehrheiten zu Empfehlungen kommt, befindet sich der Gesetzgeber nahezu in der gleichen Situation, als wenn es diese Kommission nicht gegeben hätte. Weil dann die öffentliche Wahrnehmung, dass nicht Vorhandensein eines Konsens ist. Und damit wäre auch bei allerbestem Willen aller Beteiligten eben genau das Klassenziel nicht erreicht worden, dass wir eigentlich damit verfolgen. Ich möchte mich gleich zu Beginn ausdrücklich bei ihnen allen bedanken, dass Sie sich für diese Kommission zur Verfügung stellen. Es gibt gemütlichere Aufgaben, dass ist sicher wahr, es gibt auch einfachere Aufgabenstellungen. Aber es ist ein ganz besonderes Thema, weil wir hier eigentlich seit Jahren eine Lösung schuldig sind, die wir aus den bekannten Gründen bisher nicht erreicht haben. Und deswegen kommt der Arbeit dieser Kommission eine überragende Bedeutung zu. Ich bin sicher, dass ich die Zusage der Unterstützung der Arbeit dieser Kommission, die ich für den Deutschen Bundestag natürlich geben kann, auch für die Bundesregierung und für den Bundesrat und Länder in ähnlicher Weise in Aussicht stellen kann. Wir alle haben insofern ein gemeinsames Interesse, dass diese Kommission erfolgreich arbeitet. Dazu wünsche ich Ihnen allen denkbaren Erfolg, insbesondere den beiden Vorsitzenden, die ich um diese schöne Aufgabe nicht beneide.“

Herzlichen Dank und alles Gute.“

2. Vorstellung und Einführung

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Norbert Lammert für die teils motivierenden Worte, die wir jetzt auf den Weg zu Arbeit haben und ich denke, dass sie uns vielleicht immer wieder auch in Erinnerung gerufen werden sollten, wenn wir auf der Strecke mal das ein oder andere Problem zu klären und zu lösen haben. Herzlichen Dank, Herr Bundestagspräsident, für diese Worte und die Unterstützung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, so ist es im deutschen Bundestag, wir müssen zunächst nochmal ein paar Formalia klären, bevor es hier zur Sache geht und ich hatte eben ja schon ihre Erlaubnis um die Auftaktbilder bekommen, muss jetzt aber doch noch mal ein paar weitere Worte zum Thema Öffentlichkeitsübertragung verlieren. Eine live-Übertragung, das muss ich gleich sagen, konnte für die heutige Sitzung 1:1 im Internet nicht hergestellt werden. Das hat etwas damit zu tun, dass hier auch die Raumkapazitäten im Haus auch sehr begrenzt waren. Wenn wir in einem späteren Tagesordnungspunkt darum gehen, Termine zu finden, dann sollten wir auch tatsächlich versuchen in Zeiten zu gehen, wo wir auch wesentlich mehr Räume mit Möglichkeiten zur Verfügung haben. Wir haben uns aber entschieden so schnell wie möglich mit der Konstituierung zu beginnen, denn wir wollen noch eine Arbeitssitzung vor der parlamentarischen Sommerpause durchführen. Also deshalb können wir die live-Übertragung heute nicht machen. Es ist aber so, dass die ARD das Interesse bekundet hat, die Sitzung vollständig aufzuzeichnen. Eine weitere Aufzeichnung kann durch das Parlamentsfernsehen gefertigt werden. Diese Aufzeichnung wird auch morgen im Parlamentsfernsehen und im Internet des deutschen Bundestags ausgestrahlt werden, so dass wir damit auch die vollständige Sitzung haben. Es kann darüber hinaus allen interessierten Fernsehanstalten angeboten werden, hier diese Aufnahmen auch zu bekommen. Ich möchte Sie hierfür dieses Verfahren um Zustimmung bitten, dass wir die ganze Zeit das Kamerateam der ARD auch dabei haben und dass Parlamentsfernsehen übertragen lassen. Gibt es da Gegenstimmen zu. Ich guck mal in die Runde, das ist nicht der Fall. Dann können wir so verfahren. Herzlichen Dank. Das Zweite ist das vorgesehen ist, allein für die Zwecke der Protokollerstellung eine Tonaufzeichnung erstellen zu lassen. Diese würde nach Annahme des Protokolls wieder gelöscht werden, aber es hilft der Geschäftsstelle hinterher, ein vernünftiges Protokoll zu verfassen. Sind Sie damit einverstanden? Ja. herzlichen Dank auch dafür. Und dann die standardmäßige Bitte, die Mobiltelefone leise zu stellen. Herzlichen Dank. Dann komme ich jetzt zum Tagesordnungspunkt 2: Vorstellung und Einführung. Ich darf zu allererst Herrn Brunsmeier und Herrn Sommer begrüßen in unserer Runde. Gestern frisch vom deutschen Bundestag gewählt. Herzlichen Glückwunsch! Morgen steht ihre Wahl im Bundesrat auf der Tagesordnung, wenn ich das richtig sehe. Wir haben aber gesagt, dass sie natürlich auch mit dieser, ich sage mal jetzt halben Wahl, heute hier auf jeden Fall dabei sind und freue mich, dass das alles so gut geklappt hat. Und herzlichen Dank an die Kollegen des deutschen Bundestages, die das so zügig auch möglich gemacht haben. Ich schlage vor, dass wir jetzt eine kurze, nein kurz muss sie nicht sein, eine Vorstellung mache, so Sie alle auch untereinander wissen, sofern Sie sich noch nicht kennen. Ja, das soll es auch bei diesem Thema geben, sich doch mal miteinander ein bisschen vertraut zu machen und zu erfahren, wer woher kommt. Und ich schlage dann vor, fange ich links

oder rechts an, ich fange links an mit Herrn Untersteller bitte.“

Herr Untersteller:

„Ja, herzlichen Dank Frau Heinen-Esser. Hier Franz Untersteller, seit gut drei Jahren verantwortlich für die Umweltpolitik und Energiepolitik in Baden-Württemberg.“

Frau Tack:

„Vielen Dank, mein Name ist Anita Tack, ich bin die Brandenburger Umweltministerin und habe offensichtlich ein Alleinstellungsmerkmal. Ich bin als vertretendes Mitglied gewählt in dieser Runde, Landesvertreterin.“

Herr Wenzel:

„Stefan Wenzel, ich bin Umweltminister von Niedersachsen und aufgrund der einschlägigen niedersächsischen Erfahrung freue ich mich sehr, dass wir heute in dieser Runde so zusammen kommen.“

Herr Duin:

„Garrelt Duin, gebürtiger Niedersachse, aber hier als Wirtschafts- und Energieminister von Nordrhein-Westfalen.“

Herr Tillich:

„Stanislav Tillich, Ministerpräsident im Freistaat Sachsen.“

Herr Haseloff:

„Reiner Haseloff, Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt, war 10 Jahre lang im Wirtschaftsministerium als Sekretär und Minister für Bergbau, Energie und ähnliche Themen zuständig. Ich bin vom Beruf Physiker und habe in meinem Leben schon mal alpha-, beta- und gamma-Strahlen gemessen.“

Herr Habeck;

„Robert Habeck aus Schleswig-Holstein, dort neben anderen Dingen auch für die Energiepolitik verantwortlich.“

Frau Glänzer:

„Edeltraud Glänzer, stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und heute und in den folgenden Sitzungen als Vertreterin einer der gesellschaftlichen Gruppen des deutschen Gewerkschaftsbundes.“

Herr Güldner:

„Ralf Güldner, ich bin bei EON für den Betrieb der Kernkraftwerke verantwortlich und bin Präsident des deutschen Atomforums.“

Herr Jäger:

„Gert Jäger, ich bin Maschinenbauingenieur, habe mein Berufsleben bei RWE verbracht und dort in den letzten 12 Jahren Vorstandsverantwortung für Kraftwerke, da bis zu meinem altersbedingten Ausscheiden im Jahr 2011. Seitdem bin ich dem Konzern beratend noch äh stehe ich dem Konzern beratend noch zur Verfügung und vertrete, bin also Industrievertreter in dieser Kommission.“

Herr Meister:

„Ralf Meister, entsandt durch den Rat der evangelischen Kirche in Deutschland, seit drei Jahren Landesbischof der Hannoverschen Landeskirche, dazu gehört auch das Wendland.“

Herr Ott:

„Erhard Ott, Mitglied des VERDI Bundesvorstandes und seit dem Jahr 2001 verantwortlich im Bundesvorstand verantwortlich für den Bereich Wasser, Energie und Abfallwirtschaft, also auch für den Bereich der Kernenergie.“

Herr Brunsmeier:

„Klaus Brunsmeier, ich bin stellvertretender Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, kurz BUND genannt. Im Bundesvorstand bearbeite ich die Themen Klima und Energie und ich komme aus Nordrhein-Westfalen, dem schönen Sauerland.“

Herr Sommer:

„Ja, Jörg Sommer, gelernter Journalist, verdiene die Brötchen für mich und meine vier Kinder mit dem Schreiben von Bücher, bin also weder Physiker noch Politiker und würde aber gerne meinen vier Kindern ein etwas sauberere Welt, vor allem mit einer vielleicht etwas besser gelösten Atom-Endlagerfrage vererben als wir jetzt haben und bin außerdem Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung und in dieser Eigenschaft hier.

Frau Heinen-Esser:

„Machen Sie ruhig weiter beide, Entschuldigung.“

Frau Hendricks:

„Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit.“

Frau Schwarzelühr-Sutter:

„Rita Schwarzelühr-Sutter, parlamentarische Staatssekretärin und auch im gleichen Ministerium.“

Herr König:

„Wolfram König, Präsident des Deutschen Bundesamts für Strahlenschutz und damit Betreiber der bisherigen Endlagerprojekte.“

Herr Gümpel:

„Franz-Joachim Gümpel von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, der Kompetenzbehörde des Bundes für den geologischen Untergrund.“

Herr Mager:

„Mein Name ist Diethard Mager, ich bin Unterabteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium und bin äh vertrete Herrn Staatssekretär Rainer Baake, der für die Energiepolitik bei uns im Hause zuständig ist.“

Herr Thomauske:

„Mein Name ist Bruno Thomauske, ich bin Physiker von Hause aus, also insofern kenne auch ich den Unterschied zwischen alpha-, beta- und gamma-Strahlung und hab sie auch gemessen. Was meinen beruflichen Werdegang anbelangt, ich war 20 Jahre im Bereich der Endlagerung tätig, danach für Vattenfall Betreiber von Kernkraftwerken, und seit 2008 bin ich Lehrstuhlinhaber an der RWTH in Aachen und gleichzeitig auch Direktor am Forschungszentrum in Jülich.“

Frau Heinen-Esser:

„Jetzt geht's! Nee, Herr Steinkemper Sie müssen bei Herrn Thomauske sprechen, es hilft grad nicht. Hat Herr Sailer das Problem gelöst? „

Herr Steinkemper:

„O.k., prima, dankeschön.

Mein Name ist Hubert Steinkemper, ich bin von der Ausbildung her Jurist, war bis Ende, bis Herbst letzten Jahres in der Ministerialverwaltung tätig, das über 33 Jahre in den vielfältigsten Funktionen, teilweise auch in der Funktion der Abteilung IS in verschiedenen Verantwortungen, zuletzt als Abteilungsleiter im BMU in einer Fachabteilung IG, die nicht für Kernenergie zuständig war.“

Herr Sailer:

„Jetzt mache ich mal den Versuch den Thomauske abzulösen, aber das klappt nicht. Ja, das Problem ist es, es wird mit steigendem Abstand nicht besser. Ich muss ja immer die Zeitachse und die Raumkoordinaten angucken. Ja also Vorstellung: Michael Sailer. Ich bin Dipl.-Ing. Technische Chemie, befasse mich seit vielen Jahrzehnten mit Nuklear-Energie, von der Hauptfunktion Geschäftsführer des Ökoinstituts. Eine meiner Funktionen, die vergangen ist, war Mitglied des Ak Ends, wie einige andere Kollegen auch und ich bin seit einigen Jahren auch Vorsitzender der Entsorgungskommission, die den BMU und jetzt den BMUB berät.“

Herr Kudla:

„Hier geht es wieder. Mein Name ist Wolfram Kudla. Ich bin seit dem Jahre 2000 Hochschullehrer an der TU-Bergakademie Freiberg, dort am Institut für Bergbau und Spezialtiefbau, und wir befassen uns seit vielen Jahren mit Forschungsarbeiten zur Abdichtung von Schächten und Strecken bei Untertage-Deponien und Endlagern, und hier geht es darum, Materialien und Technologien zu entwickeln, damit dauerhaft Abfälle von der Biosphäre getrennt werden.“

Herr Kleemann:

„Klappt. Mein Name ist Ulrich Kleemann. Ich bin von der Ausbildung her Diplomeologe, ich hab' in verschiedenen Funktionen Erfahrung mit Auswahlverfahren gesammelt, z.B. für Sonderabfalldeponien und andere Abfallentsorgungseinrichtungen und habe mich dann im Jahre 2004 beim Bundesamt für Strahlenschutz auf die freigewordene Stelle des Fachbereichsleiters für Sicherheit nukleare Entsorgung beworben, in der Erwartung, das AkEnd-Verfahren durchsetzen zu können und umsetzen zu können. Schon damals gab es ja einen sehr guten Vorschlag, wie man ein Standard-Auswahlverfahren durchführen könnte und ich war bereit, es zu tun. Leider kam es dann anders, weil der politische Konsens zu dem Zeitpunkt nicht da war. Es waren dann sehr bewegende 5 Jahre beim Bundesamt für Strahlenschutz,

unter anderem fiel in die Zeit die Abarbeitung der sicherheitstechnischen Einzelfragen der Endlagerung. Wir haben das also damals mit einem großen Kongress dann auch begleitet und zum Abschluss gebracht, aber auch der Betreiberwechsel der ASSE im Jahresende 2008, und ich war dann ein Jahr auch technischer Geschäftsführer der ASSE GmbH, hab' also auch Erfahrung in diesem Bereich gesammelt, bin im Jahre 2010 ausgestiegen aus dem Bundesamt für Strahlenschutz und hab' dann den parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben zweieinhalb Jahre hier als wissenschaftlicher Mitarbeiter begleitet. Im Hauptberuf bin ich jetzt Präsident einer Mittelbehörde in Rheinland-Pfalz.“

Herr Grunwald:

„Mein Name ist Armin Grunwald. Ich bin Leiter des Instituts für Technikfolgen-Abschätzung und Systemanalyse am Karlsruher Institut für Technologie, Leiter auch des Büros für Technikfolgen-Abschätzung hier beim Deutschen Bundestag und Professor für Technikphilosophie in Karlsruhe. In den Unterlagen stand drin: „Physiker und Philosoph“, das mit der Physik stimmt, ich hab' mal meine Doktorarbeit in der Physik geschrieben, kenn' also auch die Unterschiede zwischen Alpha, Beta, Gamma, usw., aber zu allen physikalischen Fragen der Endlagerung gibt's hier im Kreise viel kompetentere Personen als mich. Ich bring' hier die Philosophie mit, die Ethik vor allen Dingen und vor allem die Technikfolgen-Abschätzung. Wir haben an meinem Institut seit AkEnd-Zeiten mehrere Projekte aus sozialwissenschaftlicher Sicht zur Endlagerung gemacht, also ethische Fragen, Kriterien, Verfahrensfragen, gute Gouvernements, das sind die Themen, zu denen ich etwas beitragen möchte.“

Herr Appel:

„Aha funktioniert. Mein Name ist Detlev Appel. Ich bin von der Ausbildung her Geologe und war in dieser Funktion 10 Jahre lang wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hannover, am dortigen geologischen Institut. Seit Anfang der 80er Jahre bin ich freiberuflicher Geologe und habe mich in dieser Zeit mit Fragen des Grundwasserschutzes, Trinkwasserversorgung, Deponiestandort-Suche und Deponiestandort-Bewertung befasst und seit Ende der 70er Jahre auch sehr intensiv mit den verschiedenen Projekten der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland. In diesem Zusammenhang war ich Berater und Gutachter, bzw. Oder-Gutachter für verschiedene Institutionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und hatte mit allen strittigen Standorten in diesem Bereich reichlich zu tun. In den letzten 10 Jahren habe ich mich bevorzugt beschäftigt mit den Beziehungen zwischen sicherheitstechnischen Aspekten und gesellschaftlichen Aspekten in Standort-Auswahlverfahren und das ist auch einer der Gründe, oder der Hintergrund ist der, dass ich seit über 10, seit 15 Jahren regelmäßig auch in der Schweiz arbeite, wo ein etwas anderer Umgang mit diesem Thema und mit den unterschiedlichen Meinungen in der Vergangenheit und bis heute und hoffentlich auch in der Zukunft gepflegt wird. Ich war ein Mitarbeiter, oder ein Mitglied der Kommission, die das gegenwärtig in der Schweiz umgesetzte Endlagerverfahren etabliert hat, oder das Konzept etabliert hat. Gegenwärtig bin ich dort Mitglied im Beirat „Entsorgung“, der das derzeit laufende Verfahren daraufhin begleiten soll und beobachten soll, ob es denn ordnungsgemäß und vereinbarungsgemäß abläuft. Ich war ebenfalls Mitglied im AkEnd und verstehe meine Rolle dann in diesem Zusammenhang, die Ideen des AkEnd, so sie denn heute noch dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, insbesondere

im weitesten Sinne geowissenschaftlichen Rahmen, in diese Kommission mit einzubringen.“

Frau Kotting-Uhl:

„Sylvia Kotting-Uhl. Ich bin atompolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag. Mein Wahlkreis ist Karlsruhe, die Wiege der Atomkraft, und in der letzten Legislaturperiode war ich Mitglied im Untersuchungsausschuss Gorleben, von daher auch mit ‚ner klaren Haltung zu Gorleben, die Sie auch hier in diesem dicken Paket „Beschlussempfehlung und –Bericht“ des Untersuchungsausschusses sehen können. Trotzdem bin ich der Meinung, dass will ich jetzt hier gleich sagen, dass um der Akzeptanz bundesweit eines neuen Endlagersuchverfahrenswillen, ich der Meinung bin, dass Gorleben nicht politisch vorab ausgeschlossen werden darf.“

Herr Zdebel:

„Mein Name ist Hubertus Zdebel. Ich bin atompolitischer Sprecher der Linksfraktion hier im Bundestag und deswegen bin ich heute hier.“

Frau Vogt:

„Ute Vogt, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Ich war in der letzten Legislaturperiode Obfrau für den Gorleben-Untersuchungsausschuss, bin Bundestagsabgeordnete für den Bereich Stuttgart 1 und ich bin von Beruf Rechtsanwältin.“

Herr Miersch:

„Matthias Miersch. Ich bin umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, komme aus der südlichen Region Hannover, bin von Haus aus auch Rechtsanwalt, und war auch Mitglied im Gorleben-Untersuchungsausschuss.“

Herr Pols:

„Mein Name ist Eckhard Pols. Ich bin als Bundestagsabgeordneter Direktgewählter für den Wahlkreis Lüchow-Dannenberg-Lüneburg, bin von Haus aus Glasermeister, und war ebenfalls, wie meine Kollegin vorher auch, schon Mitglied des Gorleben-Untersuchungsausschusses.“

Herr Oßner:

„Mein Name ist Florian Oßner, direkt gewählter Abgeordneter für die Region Landshut-Kelheim, von Beruf Diplomvolkswirt, und tangiert durch zwei Kernkraft-Reaktoren bei uns im Wahlkreis, Isar I und Isar II mit der Materie Atomenergie und freue mich auf die gemeinsame Arbeit hier.“

Herr Kanitz:

„Steffen Kanitz, Bundestagsabgeordneter für die CDU/CSU aus Dortmund, Diplomkaufmann von der Ausbildung, Mitglied im Umweltausschuss, und dort für die CDU zuständig als Berichterstatter für den Bereich Endlager.“

Herr Jung:

„Andreas Jung, Bundestagsabgeordneter aus Konstanz. Ich bin im Bundestag

Vorsitzender des parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, also des Nachhaltigkeitsbeirats des Bundestags, gehör‘ dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie an, die letzten 8 Jahre dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, und bin von Haus aus auch Rechtsanwalt.“

Herr Müller:

„Mein Name ist Michael Müller. Ich bin von Haus aus Betriebswirt und Ingenieur, war 28 Jahre im Bundestag und hab‘ wohl die meiste Erfahrung überhaupt mit Enquete-Kommissionen, als Vorsitzender, Mitglied, Sprecher, was auch immer, und hoffe, diese Erfahrung hier produktiv einbringen zu können, unabhängig von vielen anderen Verbindungen, die man zu Einzelnen hatte.“

Frau Heinen-Esser:

„Mein Name ist Ursula Heinen-Esser. Ich bin, ich war 15 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages. In der letzten Legislaturperiode parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, und dort natürlich intensiv mit den Fragen der Kernenergie befasst gewesen und freue mich über die Arbeit hier gemeinsam mit Ihnen und mit Michael Müller und bin guter Hoffnung, dass wir zu einem guten Ergebnis hier kommen werden. Herr Dr. Jans!“

Herr Jans:

„Mein Name ist Eberhard Jans, Leiter der Geschäftsstelle.“

Frau Gebler:

„Mein Name ist Manuela Gebler, und ich arbeite in der Geschäftsstelle als Referentin.“

Frau Heinen-Esser:

„So jetzt haben Sie schon den einen oder anderen aus der Geschäftsstelle hier kennengelernt. Die Geschäftsstelle ist noch nicht vollständig besetzt, das wird in den nächsten Wochen aber geschehen, wir werden Sie da auf dem Laufenden halten. Lassen Sie mich vielleicht noch ein paar Worte zur Einführung sagen: ich glaube über die Historie des Standardauswahlgesetzes muss ich hier kein Wort mehr verlieren, insbesondere Bundesländer haben da ja einen großen Anteil daran, einen großen Anteil insbesondere auch daran, dass über die Protokoll-Erklärungen des Bundesrates es auch dazu gekommen ist, dass es eine Bund-Länder-Kommission gegeben ist, gegeben hat, die schließlich zum Standardauswahlgesetz geführt hat, dass Ende der vergangenen Legislaturperiode, ich glaube so haarscharf zum Ende hin noch verabschiedet worden ist. Sicher hätten wir uns alle gewünscht, dass die Kommissionsarbeit schneller begonnen hätte, aber ich darf das jetzt doch mal aus meiner doch langjährigen Erfahrung mit der Befassung mit diesem Thema sagen, letztendlich ist es auch besser die Dinge etwas gründlicher zu überlegen und dann vielleicht auch noch mal einen kleinen Schritt zurück zu machen, ehe wir zu viele Schritte nach vorne machen, die wir dann nicht mehr vernünftig begleiten können. Meine Damen und Herren, die Aufgabe, die vor uns steht, ist keine geringe. Sie kennen unseren Auftrag aus dem Standardauswahl-Gesetz und aus dem Antrag, aus dem Entschließungs-Antrag, den der Deutsche Bundestag ja mit der Einsetzung der Kommission noch einmal uns mitgegeben hat und ich darf doch noch mal, auch wenn Ihnen das Standardauswahl-Gesetz hier vorliegt, noch einmal zitieren in § 3 Absatz 2: "Die Kommission hat einen

Bericht vorzulegen, in dem die für das Auswahlverfahren relevanten Grundsatzfragen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle untersucht und bewertet, sowie Vorschläge für die Entscheidungs-Grundlagen und eine entsprechende Handlungsempfehlung für den Bundestag und den Bundesrat erarbeitet werden" und weiter heißt es dann, dass die im Rahmen ihrer Handlungsempfehlung die Kommission auch Stellung zu bisher getroffenen Entscheidungen und Festlegungen in der Endlagerfrage nimmt. Das wird dann im weiteren Gesetzestext und im Entschließungsantrag noch präzisiert, das heißt aber auch, wir sollten durch eine breite Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Gruppen in der Endlagerfrage auch versuchen, einen großen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, Vorschläge für den gesetzlichen Evaluierungsprozess erarbeiten und Kriterien und Verfahren abstimmen. Das ist also ein gewaltiger inhaltlicher Rahmen, in dem wir uns bewegen und wann haben wir die Chance, ihn tatsächlich auszufüllen und das auch zu erreichen, was uns dort von Bundestag und Bundesrat mitgegeben wird. Sicherlich wird sich die Frage jedes Kommissionsmitglied selber stellen, gleich ob es sich um die stimmberechtigten Wissenschaftler und Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen oder um die - ich sag' das jetzt mal - ungewöhnlicherweise nicht stimmberechtigten Politiker des Bundestages und Bundesrates handelt. Wollen wir den gemeinsamen Erfolg, das ist die Frage, die über allem steht. Und jetzt darf ich zum Abschluss meiner kurzen Einführung einmal - ich hoffe, mit seinem Einverständnis - meinen Ko-Vorsitzenden Michael Müller zitieren, der mir nämlich in einem unserer ersten Gespräche ein paar Bedingungen formuliert hat, die für einen Erfolg als Basis der Kommission notwendig sind. Erstmal, dass wir uns von Alltagsfragen lösen sollten, von vielen kleinen Alltagsfragen, die uns natürlich auch immer beschäftigen, aber wir sollten uns davon lösen. Wir brauchen, wir benötigen ein Grundvertrauen zueinander und wir müssen offen miteinander umgehen, d.h. wir müssen auch bereit sein, einander zuzuhören, auch wenn wir die eine oder andere Position schon x-mal gehört haben, müssen wir trotzdem bereit sein, uns einander zuzuhören. Lassen Sie uns und ich sag jetzt mal diesen Müllerschen Dreiklang als stückweise Basis unserer Arbeit hier auch nehmen, dann glaube ich, haben wir auch eine gute Chance, unseren Auftrag wahrzunehmen, und es ist, wie Wolfram König heute Morgen, glaub' ich, schon in einem seiner Interviews gesagt hat, - ich hab' auch die Presseschau schon sehr sorgfältig verfolgt - eine historische Chance, die wir als Kommission hier haben und deshalb kann ich nur an uns appellieren, dass wir diese historische Chance auch gemeinsam wahrnehmen. So meine Damen und Herren, jetzt komme ich wieder zu dem, was auch Kommissionsarbeit ausmacht. Sie haben eine ganze Reihe von Materialien vor sich liegen, Text Standardauswahl-Gesetz, Entschließungsantrag der Fraktionen. Wir haben den Bericht des AkEnd nochmal dazu gepackt als Grundlage dessen, auf dem wir auch heute stehen, da sag ich da können wir später noch darüber sprechen. Wir haben, was Sylvia Kotting-Uhl schon erwähnt hat, den Bericht des Gorleben-Untersuchungsausschusses hier vorliegen, ein Verzeichnis der beim wissenschaftlichen Dienst des Bundestages verfügbaren Materialien zum Thema Endlager. Sie können auch gerne über die Geschäftsstelle weitere Materialien, oder die Materialien des wissenschaftlichen Dienstes bestellen. Es ist kein Problem, sie dann als Unterlage auch an alle Mitglieder zur Verfügung zu stellen. So das wär's jetzt mal zur Einführung. Gibt's da noch Anregungen etc. zu? Herr Müller!

Herr Müller:

„Ja, ich möcht' noch eine Anregung machen: es sind jetzt Materialien, die in erster Linie vom Bund kommen, aber es gibt sicher auch andere interessante Materialien der Länder oder aus anderen Gruppen. Mein Vorschlag wäre, teilen Sie das dem Sekretariat mit, damit die das in die Liste aufnehmen, und jeder, der diese Materialien braucht, sollte sich dann beim Sekretariat melden.“

Frau Heinen-Esser:

„Ok! Herr Wenzel!“

Herr Wenzel:

„Ich hätt' noch mal 'ne Frage zum Thema Öffentlichkeit. Sie hatten ja eingangs erwähnt, dass geplant ist, zukünftig einen größeren Raum zu wählen und das mit der Übertragbarkeit einfacher zu organisieren. Ich glaube, aufgrund des Interesses der Öffentlichkeit müssen Sie auch immer sicherstellen, dass genügend Zuschauerinnen und Zuhörerinnen und Zuhörer direkt mithören können. Ich glaube, heute haben nicht alle, die Interesse hatten, einen Sitzplatz bekommen. Deswegen wär' mir wichtig, dass wir das für die Zukunft gewährleisten, dass wir das hinkriegen von der Raumwahl her. Darüber hinaus wär' meine Frage, was bisher auch angedacht ist an Internetpräsenz und -dokumentation in dem Bereich. Das erstmal nur als Anregung für 'ne Sammlung. Wir müssen dann ja sowieso dann über die ganzen Geschäftsordnungsfragen noch gesondert beraten.“

Frau Heinen-Esser:

„Also, was die Raumfrage angeht, haben wir heute in starker Konkurrenz zum NSA-Untersuchungsausschuss gestanden, der den großen Saal des Europa-Ausschusses belegt hat und damit auch die entsprechenden technischen Voraussetzungen. Wir werden auf jeden Fall versuchen, dass ist auch unser Anliegen eben, dort, oder in vergleichbaren Räumen, in denen wir eine solche Übertragung möglich machen können, in Zukunft zu tagen. Gleichwohl werden wir vor jeder Sitzung nochmal fragen müssen, ob das gewünscht ist von allen Kommissionsmitgliedern, aber die Anregung nehmen wir gerne auf. Wir haben, was die Internetpräsenz angeht, gerade mit einer Website begonnen, die wir jetzt relativ zügig zur ersten Sitzung ins Netz gestellt haben. Da ist noch nicht das letzte Wort drüber gefallen, aber wir wollten jetzt auch schnell präsent sein. Es müsste jetzt auch über die Suchmaschinen direkt dorthin geführt werden. Wir sind zur Zeit angeklickt an den Umweltausschuss des Deutschen Bundestages, der ja auch unser zuständiger Ausschuss ist. Wir haben vor, Ihr Einverständnis später auch vorausgesetzt, Protokolle etc. alles dort einzustellen, damit wirklich die Öffentlichkeit eine Möglichkeit hat, sich alles herunterzuladen, was von Interesse ist. Ich rege aber darüber hinaus an, dass, wir haben ja als einen Punkt neben den Kriterien und der Evaluierung des Gesetzes auch das Thema der Öffentlichkeits-Beteiligung, dass wir uns im Rahmen dessen - Herr Wenzel - vielleicht auch noch mal intensiver über weitere Möglichkeiten der öffentlichen Präsenz auch unterhalten werden. Das, was wir jetzt gemacht haben, ist ein erster Schritt. Ja, bitte Herr Brunsmeier“

Herr Brunsmeier:

„Ja, ich möchte Herr Wenzel ausdrücklich unterstützen und berichten, dass es eine

Menge Bitten gab, auch aus der Gesellschaft heraus, aus vielen Gruppen und BI's, dass es tatsächlich einen Internet-Live-Stream gibt und in sofern meine herzliche Bitte, auch wenn das nachvollziehbar ist warum das heute noch nicht so direkt funktioniert hat, aber dass wir das beim nächsten Mal auf jeden Fall sicher haben.“

3. Organisations- und Verfahrensfragen (u.a. Anregungen zur Geschäftsordnung, Sitzungstermine)

Frau Heinen-Esser:

„Das werden wir so machen. Dann darf ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufen. Nämlich Organisations- und Verfahrensfragen. Zunächst darf ich noch einmal ganz herzlich die Vertreter/ Hausleitung von BMUB, Bmb BWS und BGR herzlich hier bei uns in der Runde willkommen heißen. Herzlichen Dank, dass Sie die Teilnahme möglich machen konnten. Wir haben ja hier die kuriose Situation, dass in den Gesetzberatungen darauf Wert gelegt wurde, dass die Kommission eben nicht von der Bundesregierung und eben auch nicht von einem ausrichtenden Bundesamt für kerntechnische Entsorgung dominiert wird. Da kommen wir vielleicht zuletzt in unserer Diskussion inhaltlichen Diskussionsrunde drauf. Gleichwohl haben wir Sie heute eingeladen, nicht nur, weil sie vielleicht Interesse daran haben, das Sitzungsgeschehen zu verfolgen, sondern zum Anderen liegt es sicherlich auch im Interesse der Kommission Ansprechpartner in Ihren Häusern zu haben, d.h. auch manche Frage, die im Laufe der Kommissionsarbeit hier entsteht, auch schnell klären zu können, oder abfragen zu können. Ich denke auch aus meiner Kenntnis vorangegangener Arbeit oder Herr Müllers Kenntnis aus den Arbeiten der Enquetdiskussionen, ist das in Beratungen immer sehr hilfreich. Wenn die Kommissionsmitglieder zusätzliche Gäste wünschen, mögen sie das bitte gleich sagen können wir auch später noch diskutieren, aber es ist durchaus so, dass wir da offen sind. Es geht darum, zusätzlichen Sachverstand auch für uns zur Verfügung zu haben. Ist das in Ordnung so, dass wir so verfahren, dass, wenn es weitere Institutionen gibt, sagen Sie uns Bescheid. Vielleicht können Sie uns dann ja noch weitere Kontaktansprechpartner vermitteln. Der erste Punkt, den wir miteinander diskutieren müssen ist, ist die Frage des Sitzungsortes. D.h. bleiben wir hier in Berlin, bleiben wir in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages, oder wo wollen wir künftig zusammenarbeiten. Wir können sicherlich auch einmal Vorortbesuche machen. Wir haben ja auch den Auftrag Informations- und öffentliche Veranstaltungen zu machen, die wir sicherlich auch besser vorort machen, aber jetzt vielleicht mal in die Runde gegeben, wie sieht das aus, können wir hier in Berlin bleiben, oder wünschen Sie wechselnde Tagungsorte? Ja, Herr Sailer?“

Herr Sailer:

„Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir zeigen, dass wir A für die Öffentlichkeit auch ansprechbar sind und das geht an unterschiedlichen Orten besser. Ich denke wir sollten auch zeigen, dass wir ein in einem offenen Verfahren sind, bei dem alle möglichen Standorte in Frage kommen können. Auch das kann man zeigen, indem man dann eben an verschiedenen Landeshauptstädten oder solchen Dingen hinfährt. Trotzdem sollte man aus Gründen der Organisation vielleicht die eine Hälfte der Sitzungen hier in Berlin machen und die andere Hälfte in der Republik verstreut und das eben verbinden mit Informations- oder

Diskussionsveranstaltungen. Wir haben ähnliches damals beim AkEnd, der ja eine klein bisschen längere Laufzeit hatte, wir waren ja knapp 3 Jahre unterwegs und haben es in der zweiten Hälfte gemacht und haben sehr gute Erfahrungen gemacht mit den Diskussionsmöglichkeiten, die sich sozusagen nach der Veranstaltung, oder als Nebenveranstaltung ergeben haben und auch die Perzeption vor allem bei den Beteiligten.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Grunwald.“

Herr Grunwald :

„Ich würde das unterstützen und noch ein Argument dafür geben, dass wir uns häufig genug hier treffen. Die Kommission ist eine Kommission des Deutschen Bundestages. Hier ist eigentlich ein wichtiger Ort und ich finde das ist symbolisch auch wichtig, dass wir häufig genug auch hier tagen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Sommer.“

Herr Sommer:

„Stellt sich dann natürlich am Ende die Frage, wie oft wir überhaupt tagen wollen. Wir sind ja letztlich auch kein Touristikunternehmen, aber ich würde schon sehr stark dafür plädieren, zumindest zu schauen, nicht mindestens die Hälfte dieser Sitzungen tatsächlich auch in der Republik draußen machen könnte, weil es gibt ja die Bürgerbeteiligung, die haben wir ja noch eingängig zu sprechen, und da sind ja auch im Gesetz definiert „Bürgerversammlungen“. Ich möchte aber diese Bürgerversammlungen aber nicht gerne so sehen, dass die von diesen neuen Bundesamt stellvertretend geführt werden und wir hier schön weit ab in Berlin dann diskutieren, sondern ich hätte schon sehr gerne, sehr viele von uns auch in diesen Bürgerversammlungen als Gesprächspartner der Bürger gesehen und es würde sich natürlich anbieten, wenn man so eine Sitzung in Hannover, oder sonst wo macht, dass dann auch mit einer Bürgerversammlung zu kombinieren und das geht dann eben sehr viel besser, wenn man auch ein bisschen auf Reisen geht. Ich bin aber auch dafür, einige Sitzungen hier in Berlin durchzuführen, aus ökonomischen Gründen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Wenzel.“

Herr Wenzel:

„Ja, ich denke auch eine Mischung aus beidem, einerseits hier in Berlin zu tagen und auch die Möglichkeiten zu nutzen die wir hier haben, ist richtig. Aber auch gezielt vor Ort zu gehen und sich Vorort vielleicht auch einige Kristallisationspunkte anzugucken, die wichtig sind, um mit der Materie mit der wir uns hier beschäftigen, zu verstehen. Ich habe selber 3 Jahre im Untersuchungsausschuss Asse mitgearbeitet und ich muss sagen, ich habe erst im Verlauf dieser Arbeit auch die Dimensionen mit der wir es dort, in diesem Beispiel, diesem Fall mit der Asse zu tun haben, verstanden und da war eben auch die praktische Auseinandersetzung mit den Gegebenheiten vor Ort wichtig. Insofern wäre es denkbar, dass wir uns einige auch historische

Kristallisationspunkte angucken, vielleicht auch Informationsveranstaltungen anbieten jenseits sozusagen der eigentlichen Kommissionsarbeit, um die Möglichkeit zu schaffen, sich hier sozusagen direkt zu informieren. Ich glaube, dass das sozusagen unser aller Grundlage für die Entscheidungen, die hier zur Diskussion stehen, stärken würden.“

Frau Heinen-Esser:

„Ja Herr Habeck, ah Entschuldigung Herr Tillich“

Herr Tillich:

„Also ich stelle erstmal die Frage, wir sind hier heute ja zum ersten Mal zusammen gekommen, die Frage der Öffentlichkeit, wird, so ist es ja von der Vorsitzenden auch bestätigt worden, das nächste Mal insofern eingeräumt, dass im Prinzip jeder der Interesse daran hat, dieses auch live verfolgen kann, bzw. sicherlich sich das auch in geeigneten Formen im Prinzip anschließen kann, wenn er sich das, wenn er das nicht zum aktuellen Zeitpunkt betrachten kann, ansehen kann und sich darüber informieren kann. Für mich stellt sich dann die Frage, zum Zweiten, sind wir ja erst einmal zusammen gekommen, um gar kein Ergebnis zu beraten, d.h. wir reden heute schon über öffentliche Diskussionen, über etwas worüber wir noch gar nicht wissen, was es ist, das Ergebnis und das Zweite ist, ich glaube auch das im Gesetz relativ klar geregelt ist, wie im Prinzip unser Auftrag ist, dieses Gremiums, und auf welcher Grundlage dann im Prinzip wissenschaftlich und begründet die Endlagersuche dann stattfinden soll. Das heißt, dass ist ein sehr sehr langer Prozess, über den wir hier sprechen. Und eine ganz banale Frage, die ich mir auch erlauben möchte ist, wir verfügen im Deutschen Bundestag zugegebenermaßen nicht in diesem Raum, aber über optimale Bedingungen. Ich weiß nicht, ob wir sie an allen anderen Orten die dafür dann in Frage kommen, ja das ist eine andere Frage, wer das bezahlt, aber das wir zumindest an allen anderen Orten eine gleiche infrastrukturelle Voraussetzung vorfinden, also das sollte zumindest mit einbezogen werden, bevor wir uns darauf verständigen, dass wir 50/50 der Sitzungen machen, die Nächste machen wir dann vor Ort, dann ziehen wir alle erstmal quer durchs Land, am Besten nach Borkum, wie jetzt letztens erst die Fraktionsvorsitzende der CDU und das nächste Mal Treffen wir uns beim Dreiländereck bei Zittau, das könne wir ja gerne machen, wenn das das Interesse der Beteiligten ist, aber ich glaube, dass das nicht unbedingt der Effizienz der Arbeit vordergründig zuträglich ist.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Habeck.“

Herr Habeck:

„Ich würde die Debatte trenne, wenn die Kommission es schafft aus den sozusagen geschlossenen Räumen der Politik raus zu kommen, dann finde ich das richtig, da bin ich ganz bei Michael Sailer oder Stefan Wenzel. Allerdings, wenn das politische Symbol ist, wir tagen an potenziellen geeigneten Endlagerungorten, dann weiß ich nicht, wo wir tagen sollen. Also wenn die erste Sitzung in Gorleben ist glaube ich, dann können wir aufhören mit der Arbeit und wenn es sozusagen nie eine Sitzung in Gorleben gibt, dann heißt es ihr tagt ja überall, aber das spart ihr aus und das kann man deklinieren über Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein auch. Deswegen glaube ich, dass das Nachaußengehen aus

meiner Sicht erwünscht ist, auch um diese Kommission nahbar und unterfahrbar und der Öffentlichkeit entstellbar darzustellen und zu machen. Aber das man es trennen sollte, von der politischen Symbolik wo könnten den Endlagern sein, also da sollte dann tatsächlich eine andere Geschichte erzählen. Wie Stefan Wenzel sagte, gucken wir uns mal an, wie denn bisherige Lagerstätten sozusagen aufbereitet sind und das ist ja quasi abgekoppelt von unserer politischen Diskussion. Die andere, weiß ich nicht wie rum ich das Symbol zu werten habe, wenn die nächste Tagung ich weiß nicht irgendwo anders wäre, ob das nicht im Präjudiz gewertet werde oder gesettet wäre oder gerade nicht .“

Frau Glänzer:

„Ja ich kann mich dem sehr anschließen. Ich plädiere auch dafür, dass wir es hier machen, nicht nur weil wir die Infrastruktur hier haben, sondern weil hier auch der Ort der Entscheidung ist. Weil wir eine Kommission des Bundestags sind auch. Von daher glaube ich wäre es gut den Kro der Sitzung hier zu machen. Weil ich auch glaube, dass man das was gerade Herr Habeck gesagt hat, nicht unbedingt hinbekommt. Das man eine politische Symbolik auch damit auf den Weg bringt. Das fände ich schwierig, gleichwohl teile ich auch die Auffassung, dass es sicherlich wichtig ist und auch für uns als Kommissionsmitglieder von Bedeutung, ab und an auch mal vor Ort zu sein. Aber ich würde es auch noch mal trennen. Und ich glaube wir reden hier auch nochmal über die öffentliche Beteiligung, wie kann die eigentlich aussehen. Nochmal Haupttagungsort wäre für mich Berlin und dann abgestimmt in ausgewählten Orten.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke. Herr Kudla.“

Herr Kudla:

„Mich würde interessieren wie oft werden wir eigentlich tagen. Werden wir monatlich tagen, werden wir alle 3 Monate tagen. Das ist Punkt 1. Punkt 2 würde mich zuerst interessieren wie die Arbeit eigentlich abläuft. Werden wir immer in dieser Größe jeden einzelnen Punkt voll öffentlich besprechen, oder wird es irgendwo mal kleinere Arbeitsgruppen geben, die irgendwo etwas vorbereiten und dann hier vorstellen werden. Ich weiß nicht, wenn wir das alles in der großen Runde hier besprechen, wo das Wissen über einzelner Punkte doch unterschiedlich ist, ob wir da viel weiter kommen.“

Frau Heinen-Esser:

„Wir werden sicherlich gleich noch die Sitzungshäufigkeit/ Frage Arbeitsgruppen etc. auch noch besprechen. Herr Kleemann.“

Herr Kleemann:

„Ja ich denke man sollte sich nochmal vergewissern, was der Auftrag dieser Kommission ist. Es ist ja nicht der Auftrag eine Standardentscheidung zu treffen, sondern die Kriterien für eine Standortauswahlverfahren zu erarbeiten. Es liegt hier ein Vorschlag vor des Arbeitskreises Endlager. Ich finde den nach wie vor gut und man muss, glaube ich, anhand dieses Berichtes AkEnd eine Überprüfung vornehmen, welche Kriterien sind gegebenenfalls noch zu modifizieren. Das ist zunächst mal reine Facharbeit, die in einem Gremium stattfinden sollte. Es geht aber auch darüber hinaus um Fragen, wie ist denn die Weiterentwicklung des

internationalen Standes von Wissenschaft und Technik. Der Vorschlag von AkEnd ist ja damals in der Schweiz umgesetzt worden. Die Schweiz war Vorreiter auf dem Gebiet, hat also Erfahrung des AkEnd Prozesses übernommen. Ich war damals auch in der Expertengruppen Schweizer-Tiefenlager als die Sachplanverfahren eingeleitet wurde. Inzwischen ist die Schweiz einen Schritt weiter und hat auch durchaus die ersten Probleme in diesem Verfahren erfahren. Das heißt also man kann sicherlich aus diesem Schweizer Verfahren einiges lernen. Die Schweizer haben damals von Deutschland gelernt was AkEnd angeht, dass haben sie selber immer wieder gesagt. Aber möglicherweise können wir auch von den Schweizern lernen. Also ich denke, dass man einfach spiegeln muss. Welche Erfahrungen sind international auf dem Gebiet inzwischen gemacht worden und dass das dann einfließt in die Bewertung der Kommission, um letztendlich Vorschläge für ein Standortauswahlverfahren zu machen. Ich denke, es kann nicht Sinn unseren Ausschusses sein, oder unsere Kommission zu sein, an die potentielle Endlagerstandorte zu gehen, denn diese Entscheidung für Standorte ist nicht Aufgabe nach meinem Verständnis, nicht Aufgabe dieser Kommission.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl.“

Frau Kotting-Uhl:

„Also wir müssen uns erst sicher über den Sitzungsrhythmus klar werden, bevor wir entscheiden können und wie oft und ob wir wo anders tagen als in Berlin. Es gibt sicher viele gute Gründe in Berlin zu bleiben. Einige haben wir ja gehört hier in Berlin zu bleiben. Ich glaube aber dass wir als Kommission neben den aufgetragenen Aufgaben die im Gesetz stehen, auch noch ein paar andere haben und das Versprechen, des neuen Verfahren von Transparenz und Partizipation, dass ist eines was wir auch dadurch unterstreichen müssen als Kommission indem wir es selber ein Stück weit einlösen. Und deswegen ist, glaube ich nur dieser Raum hier in Berlin nicht unsere Aufgabe. Wir müssen auch schon ins Land. In welcher Form man das dann macht, ob man sich. Ich glaube schon, dass wir uns Endlagerstandorte anschauen müssen. Sicher auch in der Schweiz. Ob die ganze Kommission, oder Teile wird man alles sehen. Aber ich glaube auch, dass wir die Debatte über Endlager und über Kriterien und so weiter und wie soll auch Beteiligung aussehen auch ins Land tragen müssen und dort führen müssen. Ob wir das jetzt mit Sitzungen machen, oder in anderer Form, da bin ich jetzt völlig offen. Aber ich glaube und bin überzeugt, dass wir als Kommission auch diese neue Öffnung beweisen müssen. Wir können nicht nur darauf hinweisen, dass das Verfahren nachher anders sein wird als die Geschichten die wir bisher erlebt haben mit Endlagerauswahl. Sondern das müssen wir auch schon praktizieren und deswegen können wir meiner Meinung nach nicht nur in Berlin bleiben.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Appel“

Herr Appel:

„Ich argumentiere in eine ähnliche Richtung mit etwas anderen Begriffen. Die Arbeit dieser Kommission ist insofern in der Öffentlichkeit umstritten. Als die vielfach diskutierte Ergebnisoffenheit des Gesamtverfahrens und auch die Arbeit dieser Kommission von Teilen der Bevölkerung aus Interessengründen, oder

welchen Gründen auch immer, in Frage gestellt wird. Das bedeutet, dass es ein gewisses Misstrauen gegenüber der Arbeit dieser Kommission gibt und zwar trifft das alle Mitglieder dann letztlich. Ich bin überzeugt davon und dafür entspricht meine Erfahrung, dass allein durch Übertragung im Fernsehen, oder wo auch immer, aber über ein Medium das nicht den direkten Kontakt mit der interessierten Bevölkerung erlaubt, Vertrauen schlecht zu gewinnen ist. Man kann Argumente austeilen, aber es ist schwierig ohne direkten Kontakt Vertrauen zu gewinnen und die Erfahrung lehrt, dass das möglich ist, wenn man so etwas öffentlich macht. Dazu genügt natürlich nicht eine Veranstaltung, sondern vielleicht mehrere. Dazu will ich jetzt nichts sagen, weil die Argumente die dafür und dagegen genannt worden sind oder einschränkend sein können, die leuchten mir zum Teil ein. Aber mein Plädium geht in die die Richtung den Gedanken zu verfolgen und wenn es eine günstige Gelegenheit, oder einen Anlass gibt, oder was auch immer, einen aufdrängenden Ort, dann sollte man genau in diese Richtung denken wie man das umsetzen kann.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Meister“

Herr Meister:

„Zurückkommend verehrte Vorsitzende auf ihren Vorschlag, Wir haben gerade eine Kurzdebatte geführt, nachdem wir uns vorgestellt haben, die auf eine Ortsfrage antwortete, also Formalia gestellt war und diese Debatte spricht vermutlich das wichtigste Querschnittthema an, was uns in den kommenden zwei Jahren beschäftigen wird, nämlich die Beteiligung in der Öffentlichkeit und die Offensive in der Kommunikationsstrategie zu der wir uns hier verpflichten. In dem Bezug auf die Paragraphen 5, 9 und 10 und benennen damit auch in einer Ortsfrage ein Thema was nicht mehr loswerden. Von dem wir wissen, dass wir vor einer neuen Herausforderung stehen. Weil es eine Kommission, die so dezidiert diesen Öffentlichkeitsauftrag in ihrem Verfahren festgeschrieben hat, glaube ich, in der Bundesrepublik noch nie gegeben hat. Ich glaube es ist wichtig sich klar zu machen, dass diese Debatte einen solchen Start genommen hat, weil dieser Start ein wichtiges Signal ist, auch schon jetzt nach außen. Deutlich habe ich allerdings auch gehört, bisher jedenfalls in diesem Gespräch, niemand sich dezidiert gegen Sitzungen außerhalb von Berlin ausgesprochen hat, so dass mein Vorschlag schon wäre, dass gerade weil wir dort keine deutliche Ablehnung gehört haben, dass es sicherlich in Berlin sein wird. Das wir jetzt andere Themen ruhig aufrufen können, weil diese Verpflichtung zum Öffentlichkeitsauftrag zwangsläufig auch mit Sitzungen außerhalb von diesem Ort in Berlin sein muss.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Herr Kanitz, bitte.“

Herr Kanitz:

„Also anschließend daran, ich glaube in der Tat auch, dass ist sehr deutlich geworden. Wir haben einen besonderen Anspruch an die Öffentlichkeitsbeteiligung an dieser Kommission, dieser wollen wir auch nachkommen. Das ist auch richtig. Ich glaube das die Infrastruktur hier vor Ort in Berlin ganz gut ist. Das ist so. Wir alle haben uns Zeit genommen, dass richtig ordentlich zu machen, aber es ist so, dass der ein oder andere auch noch andere

Verpflichtungen hat. Muss man, glaube ich, auch Rücksicht nehmen, das Gesetz sieht ja auch vor, dass hat der Bundespräsident gerade ausgeführt, dass es einen begrenzten Zeithorizont gibt. Uns als Berichterstatter war wichtig auch mit dem Erschießungsantrag den wir gemacht haben auch nochmal zu sagen, den wollen wir aber auch ausdehnen, so dass wir den Arbeitsauftrag, der wirklich immens ist, auch wirklich vernünftig abarbeiten können. Aber das hat ja Herr Lammert gerade nochmal gesagt, es muss eben auch im Laufe dieser Legislatur passieren, also insofern dann wäre die Frage tatsächlich wie häufig tagen wir denn und die müsste man mal, glaube ich, beantworten und ein Stück weit auch aus der Frage wie häufig wir tagen und was ist der Arbeitsauftrag, resultiert natürlich die Frage in welchen Bundesländern wollen wir denn zusätzlich noch tagen aus dem Arbeitsauftrag heraus. Und da glaube ich, da müsste man realistischer Weise mindestens auch alle 6 Wochen ansetzen und ich würde auch mal den Vorschlag machen, ohne das es abgestimmt ist, dass man wahrscheinlich nicht nur für paar Stunden zusammen kommen kann, sondern auch aus den Erfahrungen die wir bisher unter anderem mit Kommission gemacht haben, es durchaus Sinn machen könnte über anderthalb Tage zu tagen, zum Beispiel um sich auch nochmal auszutauschen, um Gespräche zu führen mit Interessensgruppen die man beispielsweise auch noch mal verbinden könnte. Das mit einer gewissen Öffentlichkeitsbeteiligung. Also ich würde plädieren für einen regelmäßigen Sitzungsrhythmus von mindestens allen 6 Wochen mit Schwerpunkt Berlin, anlassbezogen und auftragsbezogen aber selbstverständlich auch vor Ort.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Müller“

Herr Müller:

„Ich will einfach nur darauf hinweisen, dass die Arbeit die wir machen nicht nur eine Debatte ist wie wir sie immer hatten, sozusagen eine Diskussion über die sichere Verwahrung von Atommüll, sondern dass sie aufgrund der Ereignisse der letzten 3- 4 Jahre in einem anderen Zusammenhang steht. Sie steht in einem Zusammenhang. Ich sag das jetzt einfach mal dem Stichwort wir machen eine Energiewende. Das heißt wir verabschieden uns von einer Entwicklung, die lange Zeit entweder Konsens oder mehrheitsfähig war, ich will das jetzt gar nicht thematisieren, aber die jetzt vorbei ist und die deshalb auch erfordert, dass die Akteure vom diesem Ausgangspunkt ausgehen. Anders wird es nicht funktionieren als glaubwürdige Kommission in der Öffentlichkeit und wir müssen schon deutlich machen, jetzt ist ein Kapitel vorbei und wir sind ein wesentlicher Teil dieses Kapital auch wirklich zu schließen. Und vor dem Hintergrund ist die Diskussion, die wir führen sowohl eine Diskussion nach innen, also wie wir uns untereinander verständigen, Vertrauensarbeit machen, als auch nach außen, wir wir dies nach außen machen, wie wir dieses glaubwürdig umsetzen können. Deshalb stimme ich Herr Kanitz völlig zu. Die entscheidende Frage ist erstens wie häufig wir tagen, zweitens wie viel Zeit wir uns für Tagungen lassen. Meine Erfahrung ist die Abhängigkeit, oder das Ergebnis einer Kommission ist davon abhängig wie intensiv und vertrauensvoll gearbeitet wird. Alles andere kann man zwar organisieren, aber ob es gute Ergebnisse kriegt habe ich da aber meine Zweifel. Mann muss eine gewisse Intensität und Arbeitsfähigkeit ermöglichen. Zweitens, wir müssen uns darüber klar werden, ob wir Arbeitskreise bilden wollen, oder Arbeitsgruppen zur Vorbereitungen von Sitzungen stattfinden.“

Drittens, wir müssen uns möglichst bald überlegen, welche Grundlagen auch außerhalb der Kommission herangezogen werden und ich beispielsweise erarbeiten würde Besuche vor Ort so sehen, dass man dort diskutiert Erfahrungen die gemacht wurden bei dem Thema. Ich würde gar nicht die Diskussion führen, dass das ein Präjudiz ist sondern, das es ein Teil dessen was auch in dem Antrag drinsteht, nämlich der Evaluierung. Also der Evaluierung der bisherige Geschichte und Erfahrungen der bisherigen Geschichte und insofern auch unverzichtbar. Unter genau dem Gesichtspunkt würde ich das sehen. Und letztlich, ich finde es ganz wichtig, dass wir uns in der Debatte so verständigen, dass wir erstmals gar nicht taktisch, oder wie auch immer, argumentieren sondern erstmals unsere Position benennen. Solche Kommissionen haben nur Erfolg, wenn man erstmals von der eigenen Position ausgeht und dann Konsens findet.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Müller. Herr Wenzel.“

Herr Wenzel:

„Wir sind ja gekommen von der Frage wo tagen wir. Wenn ich sage ich könnte mir vorstellen den einen oder anderen Ort, der Kristallisationspunkt für die Erfahrung war die wir als Gesellschaft insgesamt gemacht haben, dann will ich mal zwei Beispiele nennen. Zum Beispiel könnte ich mir vorstellen sich mal in der Region um die Asse anzugucken wie das zu dieser Fehleinschätzung von Wissenschaft und Politik kommen konnte und sich dort auch mit den Menschen, mit den Vertretern in den Kommunen, zu sprechen. Wie praktisch die Genese dieser Geschichte war. Oder, ich könnte mir auch vorstellen mit den Schweizern zu sprechen und den Erfahrungen, die da mit den Sachplanverfahren gemacht wurden, was ja ein Stück weit aus dem AKN herausgewachsen ist und darüber ein Gespräch zu führen. Das wären für mich fruchtbare Erfahrungen. Praktisch lernen auch aus der Vergangenheit, lernen aus dem was andere schon gemacht haben. Fehler die andere schon mal gemacht haben, oder Vorgänger/innen von uns, die brauchen wir nicht nochmal zu machen. Also insofern ist für mich der Blick zurück wertvoll, auch um für die Zukunft dann zu den richtigen Wegen zu kommen und gleichwohl glaube ich nicht, dass wir es schaffen angesichts dieser Gesamtmaterie, alle Fragen sozusagen jeweils in der Gesamtrunde zu diskutieren. Ich glaube, dass wir uns sehr genau überlegen sollten ob wir vielleicht eine geringe Zahl von Arbeitsgruppen bilden, aber ich glaube, wir brauchen ein paar Arbeitsgruppen die aber keinen Beschlusscharakter, sondern die nur Empfehlungen oder Anregungen für die Gesamtrunde geben, die wir dann hier auch wieder, sozusagen, uns angucken. Ich könnte mir vorstellen, dass wir im vierwöchigen Rhythmus zum Beispiel in der Gesamtrunde tagen. Für realistisch hielte ich, dass wir das vor, oder nach dem Bundesrat machen jeweils. Das ist eigentlich der Termin, der auch immer von den Sitzungen der Landtage freigehalten ist. So das wir nicht immer aber häufig ist das so, weil wir ja auch sicherstellen müssen, das dann die Teilnahme auch gewährleistet ist. Wir haben teilweise Stellvertreter, teilweise keine Stellvertreter, auch das ist auch sicher nochmal eine Frage, auch die Frage von NachrückerInnen könnte eine Frage sein. Wenn wir uns den Zeitraum angucken in dem wir uns mit dieser Thematik auseinandersetzen. Ich glaube aber, dass geht jetzt schon fast so ein bisschen über in den zweiten, dritten Tagesordnungspunkt zu der Frage was ist eigentlich unser Arbeitsauftrag. Deswegen mache ich an der Stelle erstmals einen Punkt und sonst

geht das zu weit.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke, Herr Wenzel. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, nämlich Herrn Brunsmeier und Herrn Thomauske zudem, ich sage ja mal grobgesagt, Themenkomplex Sitzungsort und dann würde ich mal versuchen die Diskussion zusammenzufassen, damit wir dann in die Frage Tagungsrhythmus einsteigen können. Herr Brunsmeier, bitte.

Herr Brunsmeier:

„Also im Vorfeld der Kommission gab es in unseren Bereichen oder so, zumal der Verbände und Bürgerinitiativen, ja auch immer viel Diskussionsstoff über die Frage, erst das Gesetz und dann die Öffentlichkeitsbeteiligung, oder erst die Öffentlichkeitsbeteiligung und dann das Gesetz. Insofern hatten wir uns sozusagen über den Bundestagsbeschluss sehr gefreut, dass die Kommission auch die Aufgabe haben wird einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu organisieren. So wie es im ersten Absatz dort drin steht. Insofern wäre es mir nochmal wichtig darauf hinzuweisen, also neben dem was die Kommission selbst macht, dass daneben noch eine weitere Aufgabe, sozusagen durch den Bundestagsbeschluss, ja auch mit auf dem Weg gebracht worden ist. Also das war für uns auch ein wichtiges Signal und ich möchte auch daran erinnern, dass wir das im Blickfeld behalten und nicht einfach dadurch, dass wir einfach mal tagen, dieses Themenfeld schon abgearbeitet haben. Also ich glaube, dass ist noch ein ganz wichtiger Hinweis nochmal. Darüber hinaus gab es immer wieder auch mal das Anliegen, dass die Menschen die in den betroffenen oder möglicherweise betroffenen Regionen sind, auch in gewisser Weise miteinzubeziehen sind, oder einbezogen werden müssen. Also insofern wäre es auch aus unserer Sicht ein Anliegen, dass wenn nicht in Berlin getagt wird und woanders getagt wird, dass auch sozusagen dafür gesorgt wird, dass auch die Menschen aus den Regionen die Gelegenheit haben miteinbezogen zu werden. Das war auch nochmal eine sehr wichtige Bitte, die an uns herangetragen wurde. Und es ist gerade schon angesprochen worden, für uns von den Verbänden ist es natürlich nicht so einfach, dass wir keine Stellvertretung haben. Ich würde es auch einfach nochmal in den Raum stellen das zu thematisieren, ob man da nicht vielleicht auch anderen Regelungen kommen kann. Ich würde es sehr begrüßen, wenn man zu einer solchen sehr dichten Tagungsfolge kämen, wie Herr Kanitz das gerade angesprochen hat. Also dem kann ich sehr gerne folgen. Das wäre für uns auch sicherlich einfacher, wenn wir sozusagen eine Stellvertretungsmöglichkeit hätten.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Thomauske, bitte.“

Herr Thomauske:

„Ich denke wir haben zwei Ebenen, die außerhalb dieses Raumes gehen. Das eine ist die Fragen, wo können wir etwas klären und das andere ist, wo wollen wir etwas vorstellen. Bei der Frage des Lernen kann ich mir durchaus vorstellen, dass es Sinn macht beispielsweise nach Schweiz, Finnland, Schweden oder Frankreich zu gehen, um daraus zu lernen im Hinblick wie eine Öffentlichkeitsbeteiligung und wie ein Verfahren dort tatsächlich durchgeführt worden ist. Der wichtigste

Schritt aus meiner Sicht ist auch zunächst aber auch mal eine eigenen Position zu finden und dazu brauchen wir ein Arbeitsprogramm und deswegen glaube ich, dass wir natürlich nicht in dieser Runde die Arbeit vornehmen können, sondern nur initiieren können. Insofern halte ich es für richtig, dass wir gerade am Anfang häufiger tagen, Arbeiten anstoßen und danach kann man die Frequenz etwas reduzieren. Dann kann man auch mit gewissen Positionen in die Öffentlichkeit gehen und die rückkoppeln. Ohne eine eigene Position zu haben, scheint mir eine Rückkoppelung wenig sinnvoll. Und wenn ich mir vorstelle, wie lange es dauern wird bis wir zur Position kommen, würde ich gerne mal einen Vorschlag über ein Arbeitsprogramm sehen. Bislang haben wir eine Geschäftsordnung wie häufig tagen wir. Wenn wir selbst alle 6 Wochen tagen, haben wir in dieser Größenordnung noch 5 Tagungstermine im diesem Jahr. Da muss jemand auf der Grundlage irgendetwas erarbeiten, was wir hier gegebenenfalls beschließen. Möglicherweise auch nicht in einer Sitzung beschließen, sondern dazu mehrere Sitzungen benötigen. Sprich das ganze Bedarf einer gewissen Zeit und ich glaube das wir gut beraten sind, zunächst mal in die Arbeit zu kommen und dort dann aus der Arbeit hinaus zu definieren, wo brauchen wir Input von außen und wo haben wir Ergebnisse die wir rückkoppeln wollen. Deswegen würde ich eher dafür plädieren dieses Thema dann eher Ende des Jahres, Anfang nächsten Jahres vertieft zu thematisieren. Und sich zu überlegen, macht es Sinn an der Stelle nach außen zu gehen und jetzt den Wert darauf zu legen Arbeitsprogramme zu entwickeln, um möglichst zügig in die Arbeit zu kommen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Thomase.“ Herr Jäger noch.

Herr Jäger:

„Ganz pragmatischen Vorschlag, ich könnte mir schon vorstellen, dass wir einen ziemlichen Interessenskonflikt, beziehungsweise Konflikt dadurch haben, dass wir einerseits natürlich eine große Erwartungshaltung was die Öffentlichkeitsarbeit, die Transparenz unserer Arbeit angeht betrifft. Auf der anderen Seite aber und das hat der Bundestagspräsident ja auch angesprochen, eine klare Aufgabe, einen klaren Zeithorizont nur zur Verfügung haben und die Arbeit der Kommission davon ja getragen wird und davon lebt das auch möglichst alle Kommissionsmitglieder tatsächlich beteiligt werden können. Das ist mein zentraler Punkt. Das heißt die Diskussion, die jetzt hier geführt wird, würde ich aus meiner Sicht so werten. Ein Auftrag besteht darin, sich im weiteren zu überlegen wie können wir durch geeignete Wahl von Tagungsorten, die angesprochenen Wirkungen erzielen, aber die Arbeitshypothese bis auf Weiteres, einfach um die Kommission arbeitsfähig zu halten, lautet wir tagen zunächst in Berlin. Denn wir müssen ja nachher auch rein praktisch Termine festlegen. Das wäre jedenfalls meine Bitte, damit die Chance, dass alle teilnehmen können am größten ist und das trifft viele, die sehr viele Verpflichtungen auch hier in Berlin haben.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich fasse jetzt mal zusammen. Ich denke, dass wir als Tagungsort, ich sage das jetzt mal ganz vorsichtig, in der Regel uns in Berlin wähen. In der Regel aber, dass heißt das wir auch regelmäßig Sitzungen vor Ort durchführen. Dann, wenn es uns im Rahmen der Arbeit und das kollidiert ja nicht mit dem Wunsch nach festen

Terminen, wo wir das dann durchführen, im Rahmen der Arbeit für nötig halten, vor Ort eine Sitzung durchzuführen. Das ist ja was anderes, als jetzt noch zu sagen wir machen bestimmte Informationsveranstaltungen vor Ort, oder wir besuchen die Asse, oder wir besuchen Gorleben. Ich würde im übrigen auch jeden Kommissionsmitglied das noch nicht in der Asse beispielsweise gewesen ist, nahelegen dort einmal einzufahren und sich das tatsächlich auch vor Ort anzuschauen. Also als kleine Hausaufgabe, wenn das möglich ist.

Frau Heinen-Esser:

„Wir tagen in der Regel hier, aber mit der Möglichkeit auch regelmäßig vor Ort zu gehen und selbstverständlich führen wir Informationsveranstaltungen vor Ort auch durch, und immer dann, wenn ein Kommissionsmitglied sagt, da brennt etwas an und da müssten wir mal dorthin gehen oder dorthin, können wir das ja auch hier beschließen und so sagen, wir gehen woanders hin. Können wir so verfahren? Gut! Herr Brunsmeier, was Sie angesprochen haben mit der Vertretung der Kommissionsmitglieder, das können wir jetzt gleich im Rahmen ‚Geschäftsordnung‘ besprechen. Können sich vielleicht die ..., würde ich die Berichterstatter der Fraktionen, auch Bundesrat bitten, vielleicht gleich nochmal was dazu zu sagen, wie sie sich das vorgestellt haben im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens, ob es da einen Spielraum im Rahmen der Geschäftsordnung gibt. So das wäre der erste Punkt, der zweite Punkt ist die Frage: Sitzungshäufigkeit. In der Tat ist davon auch abhängig die Frage: Arbeitsgruppen, ob wir Arbeitsgruppen bilden, ja oder nein. Ich denk mal, wir werden tendenziell da gar nicht herunkommen. Es ist ja hier von mehreren Rednern auch und Rednerinnen gesagt worden, dass wir Arbeitsgruppen bilden. Nichtsdestotrotz, ich hab jetzt hier mal zwei konkrete Vorschläge, der eine Vorschlag ist, ich sag jetzt mal, im monatlichen Rhythmus zu tagen, und der andere Vorschlag ist, im Sechs-Wochen-Rhythmus zu tagen und dafür dann auch mal anderthalbtägige Sitzungen zu machen. Das gebe ich jetzt mal hier nochmal in die Runde und bitte ganz herzlich um Ihre Stellungnahmen dazu. Vielleicht noch vorab: Herr Wenzel, Sie hatten gesagt, immer so um den Bundesrat‘, - hab‘ ich keine Probleme mit, mir wär‘s persönlich - sag‘ ich offen - lieber, wir würden aus den Bundestags-Sitzungswochen rauskommen, weil wir es dann einfacher hier in Berlin haben auch zu tagen und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, die Bundestagskollegen haben heute Nachmittag ne namentliche Abstimmung und es kann an diesen Bundestags-Sitzungstagen hier schon mal‘n bißchen unruhig werden. Vielleicht kann man da was überein finden, Sie haben jetzt hier den Kalender vorliegen, da sind Bundestags- und Bundesrats-Sitzungswochen eingetragen, kann jeder schon mal gucken. Aber jetzt würde ich nochmal in die Runde geben: alle vier Wochen - alle sechs Wochen? Herr Grunwald. Herr Grunwald.“

Herr Grunwald:

„Also, ich plädiere für die etwas längere, dafür etwas seltenere Version. Ich glaube, dass wir in ein intensives Arbeiten dadurch besser hereinkommen, als dieses sozusagen ‚Schnell rein, schnell raus‘. Auch einen Abend dabei zu haben, der kann sich sehr positiv auswirken.“

Ursula Heinen-Esser:

„Ja, Frau Kotting-Uhl.“

Sylvia Kotting-Uhl:

„Ich plädiere dafür, dass wir auf alle Fälle uns nicht Mittags bis Abends treffen, weil ich glaube, dass ist zu wenig um wirklich in ein auch vertrauensvolles Arbeiten reinzukommen für uns. Es ist ja nicht so, dass wir einfach nur Punkte abarbeiten können, sondern wir müssen ja auch lernen zueinander, zu unseren unterschiedlichen Haltungen, Vertrauen zu entwickeln, dass wir trotzdem am gemeinsamen Ziel interessiert sind und auch Wege zu finden miteinander, wie wir diese gemeinsamen Ziele dann auch tatsächlich - hoffentlich – mit viel Hoffnung – erreichen können. Deswegen bin ich eigentlich dafür, für Freitagnachmittag, Samstag halben Tag, Lösungen ... ich weiß, dass das viele nicht gerne haben, Wochenenden sind für viele nicht sowas was man auch gerne opfert, wir sind es vielleicht gewohnt, von daher ist das Opfer dann nicht so groß. Diese Bundesratssitzungen des restlichen Jahres sind ja auch alle Freitags, das würde sich da gut andocken lassen, meine ich. Also den Vorschlag würde ich jedenfalls mal in den Raum werfen, dass man auf alle Fälle sozusagen lieber zwei halbe Tage nimmt, als einen Zwei-Drittel-Tag.

Herr Zdebel:

„Ich schließe mich meiner Vorrednerin an. Also ich finde es zum Beispiel auch sehr schwierig heute, wo ne Plenarsitzung stattfindet, wo auch sehr wichtige Entscheidungen getroffen werden in namentlicher Abstimmung, hier dann parallel also quasi zu sitzen, und – finde ich einfach, also finde ich wirklich nicht besonders geglückt muss ich sagen. Deswegen wärs mir das eben sehr sehr wichtig, dass das eben in Zukunft nicht mehr nötig ist, dass so eine /// eigentlich nicht. Und deswegen wäre ich auch dafür tatsächlich zu sagen, Freitags sich dann zu treffen, also möglicherweise eben auch parallel zu den Bundesratssitzungen, das passt in der Tat - glaub ich - ganz gut, und dann tatsächlich auch zu schauen, ob man den Samstagvormittag nicht dann eventuell noch dran hängen kann.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Untersteller.“

Herr Untersteller:

„Ja, herzlichen Dank. Also ich hab zwar großes Verständnis Rücksicht zu nehmen auf die Sitzungs-Rhythmen des Deutschen Bundestages, ich will aber daran erinnern, dass wir ein föderales Staategebilde sind und dass es auch Landtage gibt und hier auch einige Vertreterinnen und Vertreter von Landesregierungen und Landtagen sitzen, und beispielsweise bei mir ist es so, dass ich heute ne Landtagssitzung habe, und nur schwer da raus gekommen bin. Was heißt, was folgt da draus? Ich finde, auch die Frage, ob wir vier Wochen, oder sechswöchig tagen, oder zweitägig oder eintägig – wieso müssen wir das unbedingt so formalistisch handhaben? Es macht doch einen Sinn, dass man sagt, so wie Frau Heinen-Esser das vorher auch gehandhabt hat, dass wir anstreben, über das Jahr hinweg durchaus auch mal Möglichkeiten zu haben, wo man zwei Tage tagt, aber in der Regel dann eintägig das macht. Und da würde ich auch raten, eher bei einem sechswöchigen Rhythmus zu bleiben und dann auch Rücksicht zu nehmen ein wenig auf die Sitzungstage in den Landtagen. Also bei uns ist es halt immer so, dass wir Mittwoch-Donnerstag Doppelsitzungstage haben, einmal im Monat. Ich kann da durchaus auch mal sagen, ich bin dienstlich verhindert, weil ich mein,

es ist nun mal ne wichtige Arbeit die wir hier machen – mir wär nur daran gelegen, dass ich nicht jeden Monat Donnerstags bei der Landtagssitzung nicht dabei sein kann.

Frau Heinen-Esser:

„Herr Ott.“

Herr Ott:

„Also, wenn wir dazu kommen, und das sieht ja so aus, zwischen den Sitzungen Arbeitsgruppen einzurichten die dann arbeiten müssen und Vorlagen vorbereiten, oder Vorschläge entwickeln, ist – glaube ich – ein Rhythmus von etwa sechs Wochen angemessen und ein kürzerer wäre da nicht okay, wahrscheinlich ne Überforderung. Ich würde allerdings auch dafür plädieren, dass wir erstens außerhalb der Sitzungswochen die Sitzungen durchführen, um ne Beteiligung breit sicherzustellen und würde es auch für, also würde nicht unbedingt Freitag, Samstag vorsehen, sondern Tage in der Woche. Also ich bin Wochenendarbeit gewöhnt und Sitzungen und Veranstaltungen, also das ist nicht das Thema. Aber regelmäßig sich darauf festzulegen, es wird Freitag, Samstag, wenn es zweitägige Sitzungen sind, das würde ich für nicht angemessen halten. Das ist die andere Sache. Und ich verbinde das auch noch mal mit dem Stück, weil wir das vorhin miteinander diskutiert haben, mit der Frage: Stellvertretung. Also, als es noch nicht klar war inwieweit Stellvertretung möglich sind, für einen Teil der Kommissionsmitglieder geht das, für andere nicht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte bei der Benennung der Kollegin Glänzer und von mir für die Kommission die Möglichkeit offengehalten und vorgeschlagen, Stellvertreter zu benennen, bzw. hat vorsorglich benannt und das sollte dann heute im Rahmen der Geschäftsordnungsdiskussion auch geklärt werden, ob das geht, oder nicht.“

Frau Heinen-Esser:

„Das machen wir gleich, Herr Ott. Herr Kanitz“

Herr Kanitz:

„Also ich glaube, wir haben alle einen engen Sitzungskalender, insofern wäre das in der Tat wichtig, dass wir nicht nur von Fall zu Fall entscheiden, sondern wenigstens bis Ende des Jahres uns auch darauf vereinbaren wann wir eigentlich tagen, und wann wir anderthalbtägig tagen und wann wir eintägig tagen. Und klar ist auch, Herr Untersteller da haben Sie ja völlig recht, dass wir uns hier nicht als Zentrum sozusagen verstehen, sondern da müssen wir irgendwie auch Rücksicht nehmen. Ernsthaft – also mit Freitag, Samstag - ich halte das persönlich für schwierig, gibt vielleicht auch den einen oder anderen, der Familie hat und vielleicht auch noch sozusagen, da familiären Verpflichtungen nachkommen muss. Ich würde vorschlagen, wir müssen mal die Sitzungskalender übereinanderlegen. Wobei auch dann übrigens nur Bundestag und Landtag und die gesellschaftlichen Vertreter und Wissenschaftler damit noch nicht, noch nicht berücksichtigt werden, mal übereinanderlegen, und gucken. Aus meiner Sicht böte sich, wenn man anderthalb Tage das macht, wobei es da ja unterschiedliche Sichtweisen zu gab, außerhalb der Sitzungswochen, das lässt sich möglicherweise auch mit den Terminen der Landtage überein bringen, zu tagen, und dann beispielsweise Dienstags und Mittwochs. Aber ich glaube, da hat jeder von uns

unterschiedliche Präferenzen. Nur mein Plädoyer, dass wir jetzt uns, nicht zwingend heute, aber direkt im Anschluss, schon bis zum Ende des Jahres über Sitzungstermine verständigen.“

Frau Heinen-Esser:

„Ja, das hielte ich auch für eine gute Idee. Herr Duin.“

Herr Duin:

„Ich glaube, dass wir uns doch klar sind, bzw. klar gewesen sind, in dem Moment, wo man uns ausgesucht hat in den jeweiligen Gremien, dass wir Mitglieder dieser Kommission sind, dass man nicht alles was man bisher gemacht hat genauso wird weitermachen können, sondern dass die Mitgliedschaft in dieser Kommission ein Einschnitt in die normale Tätigkeit bedeutet, das gilt dann für alle unabhängig davon, ob sie jetzt im Bundestag, in Landesregierungen, oder in anderen Organisationen tätig sind. Also auf das bisher, oder die bisher gepflegten Abläufe abzustellen kann meines Erachtens dann nicht das Argument sein. Ich plädiere erstens für einen vierwöchigen Rhythmus. Wenn wir nach dem vierten Mal feststellen, dass das eigentlich zu viel ist und wir uns zu wenig zu sagen haben, können wir das ändern. Aber ich würde auch angesichts der zeitlichen Verzögerung mit der wir hier starten, diese etwas höhere Schlagzahl deutlich präferieren. Ich plädiere zweitens dafür, dass der Korridor Montag bis Freitag gewählt wird, jedenfalls - war selber mal Abgeordneter und da weiß ich, wie da auch mit den eigenen Mitarbeitern die Dinge gelöst werden können, in dem Moment – das gilt, glaube ich, hier für die Kolleginnen und Kollegen durchgängig – wo man die fachliche Begleitung durch Beamte sicherstellt, und auch sichergestellt haben möchte während der gesamten Tagung, begeben wir uns dann am Samstag jedenfalls in neue Schwierigkeiten, die man eigentlich nicht haben muss. Deswegen glaube ich, dass, wenn man diesen Vierwochen-Rhythmus vor Augen hat, wenn man die fünf normalen Werktage Montag bis Freitag im Blick hat, dass dann das, was Herr Wenzel vorhin schon einmal angedeutet hat, dass man das koppelt an den Bundesrat wahrscheinlich die pragmatischste Lösung ist. Das man sagt, wie heute auch, an einem Donnerstagmittag beginnen wir zu tagen, immer mit der Option auch den Abend noch hinzuzunehmen und vielleicht auch die Zeit am frühen Morgen dann des Freitags. Das kann man sich ja dann immer noch mal im Detail angucken, aber dann hat jeder – Sie sehen das in diesem Plan, durch die grünen Striche dort markiert – hat jeder eine klare Maßgabe, und kann sich bis zum Ende des Jahres darauf einstellen. Und dann anschließend, daran wäre es natürlich gut, wenn für alle Mitglieder dieser Kommission auch eine klare Stellvertretungsregelung getroffen werden könnte, damit für den Fall der persönlichen Verhinderung dann die Teilnahme der jeweiligen Organisation auch sichergestellt ist.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Herr Sailer, bitte.“

Herr Sailer:

„Ja, also, ich möchte nochmal bisschen darauf hinweisen, dass wir uns vor dem Zeitzwang befinden, dass ja der Bundestagspräsident heute morgen gesagt hat, dass mehrere Kolleginnen und Kollegen hier auch schon mal gesagt haben und ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass wir uns in einem bestimmten Teil vom

Jahr befinden und dass wir uns in einer bestimmten Arbeitsphase befinden. Was heißt das? Wenn wir uns beschließen Arbeitsgruppen zu bilden, dann diskutieren wir irgendwann, wenn wir die zweite oder dritte Sitzung haben, was sind die wichtigen Arbeitsgruppen. Wir diskutieren ja in der ersten - heute hoffentlich noch - und in der zweiten Sitzung übers Arbeitsprogramm und das heißt, wir haben ein unterschiedliches Vorgehen, je nachdem in welcher Periode wir sind. Wir haben eine Periode, bei der wir - und das müssen wir als Plenum machen - erstmals intensiv vorstrukturieren. Dann gibt's ne Zeit, bei der die Arbeitsgruppen sicher einen ganzen Teil Vorbereitung übernehmen und dann gibt's am Schluss wieder die Phase, wenn wir am Bericht arbeiten und abstimmen. Und deswegen wäre aus meiner Sicht möglicherweise dieses Jahr vierwöchig und dann sobald die Arbeitsgruppen am Arbeiten sind, dass wir dann übergehen auf die größere Frequenz, weil dann oft auch nichts vorliegt bis zum nächsten Mal. Wir müssen auch noch berücksichtigen, die meisten von uns gehen ja davon aus, dass Juli und August Sommerpause ist. Das heißt, wir reden gar nicht über nen systematischen Takt, sondern wir reden darüber, dass vor der Sommerpause noch eine Sitzung ist, und wir dann im September wieder in die Gänge kommen. Also insofern würd ich für ein flexib..., also flexibleres, aber eben auf dem Hintergrund überlegen, was machen wir die nächsten zwei, drei Sitzungen, wo wir eng sein müssen, damit wir das ganze auch ans Laufen kriegen, und dann die weitere Phase, bei der man das nach den Arbeitsnotwendigkeiten durchaus lockerer gestalten kann. Wenn ich nochmal was zu der ... also Wochenende bin ich persönlich auch nicht so dafür, ich wär aber bereit dafür - es passiert mir im Job auch. Das mit den Terminen ist – glaub ich – unbedingt notwendig, dass wir mindestens dieses Jahr festlegen, und im September die Termine nächstes Jahr. Ich sitze heute auch in der Reaktorsicherheitskommission, wie man sieht, das sind auch wichtige Themen, also ich muss das einfach ausfallen lassen. Ich wollt noch zu der Frage mit der Stellvertretung, weil das laufend anfällt: Wir müssen uns darüber bewusst sein, dass wir vier verschiedene Bänke sind mit unterschiedlichem Hintergrund. Also wir haben die beiden politischen Bänke, bei denen ja klare Stellvertreter benannt sind, war ja auch im Gesetz so, wir haben die gesellschaftliche Bank, auch wenn die in vier Unterbänke geteilt ist, da ist klar, welche Organisationen das beschicken.

Herr Sailer:

„Wir haben die gesellschaftliche Bank - auch wenn die in vier Unterbänke geteilt ist. Da ist klar, welche Organisationen das beschicken. Aber hier sitzt ne Bank mit acht Kollegen, von denen jetzt einer fehlt. Also, wir sind erstens nicht von irgendwem geschickt worden, also, die Liste ist ja ganz anders gemacht worden. Aber die praktische Frage, wenn wir Stellvertretung spielen: Wie soll das gehen? Also man muss da ...“

Frau Heinen-Esser:

“Machen wir gleich, Herr Sailer, wenn Sie einverstanden sind. Das ist ... ich hab schon die Berichterstatter gesehen, die sich da ein paar Gedanken gemacht haben - Herr Appel, bitte!“

Herr Appel:

„Ich habe in meiner Vorstellung darauf hingewiesen, dass ich freiberuflicher

Geologe bin. Der Takt meines Terminkalenders stimmt nicht mit dem Takt der Sitzungen des Bundestages, oder irgendwelcher Ausschüssen überein, sondern wird bestimmt von meinen Auftraggebern. Um das ganz klar zu sagen. Und das heißt, dass ich im Einzelfall entschieden kann und muss, welcher Termin infrage kommt und welcher Termin nicht infrage kommt. Und je frühzeitiger das geschieht, desto größer sind natürlich meine Spielräume. Im Hinblick auf die Intervalle, in denen wir uns treffen, oder Wochenende - gegen Wochenendtermine bin ich grundsätzlich - was nicht bedeutet, grundsätzlich heißt nicht den Ausschluss in allen Fällen, sondern es mag gute Gründe geben das mal ausnahmsweise zu machen. Das wenn's ... es gibt solche Gelegenheiten, zum Beispiel, wenn man in die Schweiz geht, dann wird man da auch auf Kollegen treffen, die einen anderen Tagesablauf und einen anderen Terminkalender haben und dann kommen solche Kompromisse, kommt sowas kompromissartig auf jeden Fall zustande. Auch wiederum aus meiner Sicht als Freiberufler habe ich natürlich ein Interesse auch Geld zu verdienen und insofern plädiere ich grundsätzlich zunächst mal für sechswöchige Abstände, nicht nur aus Geldgründen, sondern auch aus dem Grund, weil das eine ... man kommt aus einer Sitzung, muss das verarbeiten, muss sich mit den Kollegen womöglich in einer Arbeitsgruppe kurzschließen. Meine Erfahrung sagt, dass vier Wochen oft dazu nicht ausreichen, sondern dann kommen provisorische Vorschläge, die dann doch wieder überarbeitet werden müssen. Was ich nicht ausschließen will ist, dass wir in den nächsten Sitzungen einen kürzeren Rhythmus wechseln, um schlicht und einfach, wie man so sagt, in die Schuhe zu kommen. Um einfach Themen zu identifizieren, Arbeitspakete zu identifizieren und auch vielleicht mal zu überlegen. Wir sprechen jetzt über Arbeitsgruppen, wie die zusammengesetzt sein könnten, wenn da wirkliche Facharbeit geleistet werden soll. Das ist auch noch eine interessante Frage, also das ... also dann haben wir vielleicht einen besseren Überblick, wenn wir das intensiver diskutiert haben, einfach mal die Problemlage zu charakterisieren und dann über Lösungen nachzudenken in dem Sinne, wie das eben auch schon angedeutet worden ist.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Wenzel.“

Herr Wenzel:

„Ja, ich würde vorschlagen, dass wir die beiden Vorsitzenden bitten uns mal nen Vorschlag zu machen und zwar ... äh ... habe Sie dann das salomonische Urteil über die Vorschläge, die Sie uns machen zu fällen. Ich glaube, wenn man das was Herr Duin ansprach, wenn man sich den Bundesratskalender vornimmt und sich den Donnerstag davor nimmt, oder den Freitag ab Mittag, dann hätte man nen Abend, kann aber trotzdem sich das Wochenende ... man kann ne Abendsitzung machen, man muss aber nicht, dann ist man auf jeden Fall schon mal terminlich einig in der Regel raus aus allen 16 Länderparlamenten. Man müsste jetzt mal die 16 Plenarsitzungen übereinanderlegen und die Bundestagssitzungen und das mal gucken, wo wir dann zu möglichst optimalen Ergebnissen kommen und noch mal gucken, wie das bei den, äh, bei den anderen Bänken harmoniert. Und ich glaube Termine jetzt hier ausdiskutieren, da bräuchten wir noch bis zwanzig Uhr (lacht).“

Frau Heinen-Esser:

„Deswegen macht der Müller jetzt auch mal einen Vorschlag, wenn Sie einverstanden sind, Herr Wenzel. Jetzt hat der Herr Kudla sich noch gemeldet Herr Thomauske, grad mal den Vorschlag von Herrn Müller hören, vielleicht können wir damit klarkommen.“

Herr Müller:

„Ja, ich wollte mich eigentlich dem anschließen und davor warnen, jetzt hier ne dogmatische Festlegung zu machen. Also meine Erfahrung mit solchen Kommissionen ist eher, dass man am Ende häufiger tagt und nicht am Anfang. Weil, am Anfang muss man vieles vorbereiten vonseiten der Leitung, des Büros usw. das ist nicht so einfach, ich kann auch nicht von heute auf morgen beispielsweise eine Anhörung machen. Auch da braucht man ja nen gewissen Vorlauf. Deshalb würde ich jetzt plädieren: Wir machen Ende nächsten Monats machen wir noch ne Sitzung und Frau Heinen-Esser und ich, wir legen einen Vorschlag vor. Denn wir können nur über einen Vorschlag diskutieren, wir können das nicht abstrakt entscheiden und ihre Gesichtspunkte werden dabei aufgegriffen. Ich sag nur es muss drei Elemente haben. Erstens dass man ausreichend häufig Thema... äh, uns treffen. Zweitens, dass wir von Arbeitsgruppen schon konzipieren. Und drittens, dass wir auch sagen, was an Anhörungen, an Auslandsfahrten, an Besuchen wir als sinnvoll ansehen. Und dann kann man über den Vorschlag diskutieren, den kann man dann auch verwerfen, aber das ist besser, als wenn man jetzt hier Rundraten machen.“

Frau Heinen-Esser:

„Also Herr Kudla, Herr Tillich und Herr Thomauske“

Herr Kudla:

„Also ich möchte nochmal plädieren, dass wir zu zweitägigen Sitzungen kommen, wenn wir dann einzelne fachliche Themen diskutieren. Denn das wird sicher dazu kommen. Wenn wir organisatorische Sachen besprechen, da werden wahrscheinlich eintägige Sitzungen ausreichen. Ja.“

Herr Tillich:

„Herr Thomauske hat ja vorhin schon die Frage gestellt, und hat eigentlich nochmal wiederholt: Wir haben ja jetzt im Prinzip, nachdem wir über die Tagungsorte diskutiert haben, jetzt reden wir: Wie tagen wir? Und ich glaube, dass ja wiederum in Erinnerung rufend, was ich vorhin gesagt hatte: Wir sind ja gewissen Ergebnissen verpflichtet und wenn es in der Tat so jetzt den Anschein hat, dass es nämlich wie es war, dass in bestimmten Vorgesprächen darüber nachgedacht worden ist, dass man eine vertiefende Tätigkeit in Arbeitsgruppen vornimmt, dann ist das ja für jeden von uns auch nochmal ein zusätzlicher Termin, der wahrscheinlich auch nicht in einer Stunde zu erledigen ist. So, das heißt also, wenn wir dann also quasi Vier-Wochen-Rhythmus gehen würden, würden wir im Prinzip nochmal über ein anderes ... über einen zusätzlichen Tag reden. Ich will es hier deutlich sagen: Ich hab auch als Landespolitiker auch eine gewisse Verpflichtung, und die, die hab ich auch mich äh quasi in der Verfassung dazu verpflichtet, also das ist nicht, das ich das aus Spaß oder Jux und Tollerei mache, sondern das ist für mich wirklich auch eine Art Berufung. Und deswegen glaube ich, sollten wir uns nicht gegenseitig überfordern und das hat auch nichts damit zu tun Herr Appel, dass Sie vielleicht hier Geld verdienen müssen, das ist richtig.“

Also auch solche Leute gibt's, die ihr Geld verdienen müssen, sondern ... sondern, ähm, wir haben, glaub ich, jeder seinen, seine Rechte, wir werden jeder seine Einschnitte machen müssen bei den Kalendern, es wird nicht alles so gehen, wie es vorher war. Aber das eine oder andere ist ja schon gesagt worden. Ich meine, wir haben auch die Schwierigkeiten in den Länderparlamenten und das will ich so deutlich sagen, also wir haben heute auch ne Landtagssitzung wo es nicht leicht ist einfach zu fehlen. Man kann es einrichten ausnahmsweise. Ähm, das gleiche gilt auch für uns als Ländervertreter, wir können auch nicht jedes Mal im Bundesrat fehlen. Also das automatisch vorauszusetzen, dass wir nicht im Bundesrat sind, ist glaub ich auch etwas Schwierigeres. Also, von daher glaube ich, sollten wir in der Tat über das was die beiden letzten Redner und da war, glaub ich, auch Herr Sailer daran beteiligt und Herr Kudla: Wie gehen wir denn jetzt an die Arbeit ran? Und wenn wir das wissen, kommt automatisch die Terminabfolge raus und wenn wir das dann aufarbeiten ... natürlich ist jeder von daran interessiert, so schnell wie möglich Klarheit über die Termine zu haben, weil dann kann man planen, kann man was rausschmeißen, kann man was verändern, kann man was neu organisieren. Ähm, das ist, glaub ich, beides miteinander wichtig und deswegen geh ich jetzt mal davon aus, dass Sie sich, Herr Müller, und Sie, Frau Heinen-Esser, sich schon mal Gedanken gemacht haben, wie im Prinzip also jetzt, ich sag jetzt mal, auch inhaltlich die Schlagzahl sein soll. Also Sie soll ..., Sie sind zwar so nett und fragen uns erst mal, aber ich glaube, Sie haben auch konkrete Vorstellungen. Und vielleicht können wir mal auf der Grundlage im Prinzip dann auch mal, im Prinzip sagen, ja, so könnten wir's machen, das ist mehrheitsfähig. Und danach organisieren wir uns dann im Prinzip selber in diesem Gremium.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Tillich. Jetzt habe ich immer noch Herrn Thomauske und Herrn Jäger.“

Herr Thomauske:

„Ja, also dem Grunde nach: Ich folge dem, was Herr Müller gesagt hat, dass am Ende die Sitzungstermine häufiger sind. Aber aus Projekterfahrung weiß ich: Die Zeit wird am Anfang verloren. Und insofern ist es wichtig in die Arbeit zu kommen. Hier ist mir ein bisschen zu viel von Arbeitsgruppen und Arbeitskreise zu reden, weil ich nicht den Eindruck habe, dass wir als Kommissionsmitglieder dieser unser Fulltimejob ist. Insofern stimme ich Herrn Appel an der Stelle auch ausdrücklich zu: Wir brauchen Dritte die Arbeiten erledigen, die wir aber beauftragen müssen und insofern ist es wichtig, möglichst zügig in ne Definition zu kommen, welche Arbeiten müssen durch wen erarbeitet werden? Und deswegen glaube ich, dass es am Anfang wichtig ist, dass wir an der Stelle ein gemeinsames Verständnis entwickelt bek..., entwickeln, welche Arbeiten zu vergeben sind, wo die Schwerpunkte liegen, wer das machen soll - und dann haben wir eh ein halbes Jahr, bis dann die Berichte irgendwann dann reinkommen, bis wir die gelesen haben, bis wir die verstoffwechselt haben und dann am Ende darüber befinden können.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Jäger.“

Herr Jäger:

„Ja, Ich würde gerne daran anschließen und versuchen auch die Anmerkungen, oder die Vorschläge ebenfalls mit einzubeziehen. Ich stelle mir die Frage, was werden die Schwerpunkte der nächsten beiden Sitzungen sein. Ich habe den Eindruck, dass wir zunächst mal die Fragen der Geschäftsordnung, wie organisieren wir uns, wie arbeiten wir, Stellvertreter, Arbeitsgruppen, dem Grunde nach mit Sicherheit intensiv diskutieren müssen, damit wir uns sozusagen den Rahmen gegeben haben, organisatorischen Rahmen, die wir erarbeiten. Das zweite wichtige und sehr aufwendige Vorhaben wird sein ein Arbeitsprogramm zu gestalten und ich sehe die Notwendigkeit, das Arbeitsprogramm zunächst zu haben bevor man die Frage der Arbeitsgruppen thematisiert, denn die Arbeitsgruppen müssen sich an den Inhalten orientieren und deswegen die Sequenz. Die nächste Sitzung wird wahrscheinlich sehr intensiv mit der Geschäftsordnung sich beschäftigen, hoffentlich ein Ergebnis erzielen. Die übernächste Sitzung, hoffentlich, dann bereits mit einem Arbeitsprogramm, was wir möglicherweise dann auch verabredet in irgend einer Form dann schon vorbereiten lassen und dann auch mit den Arbeitsgruppen. Und das spräche dafür, dass wir die beiden nächsten Sitzungen in jeweils 4 Wochen Abstand terminieren und danach dann, wenn wir die Arbeitsgruppen, das Arbeitsprogramm, die Arbeitsgruppen konzipiert haben, dann grundsätzlich den sechs Wochen Rhythmus angehen und wenn dann jetzt die beiden nächsten Termine aus dem Abgleich der Sitzungswochen raus kristallisiert werden, dann sehe ich eine Chance das wir sehr schnell...und was notwendig ist in die Arbeit kommenden. Ich darf vielleicht noch ein Punkt ansprechen: Wir müssen ja auch relativ früh in dem Arbeitsprogramm adressieren welche Gutachten, welche Expertise, welche Anhörungen wir aufgrund der bisherigen Erkenntnisse dringend benötigen, damit wir das in der Folge in der Arbeit dann auch berücksichtigen können und das muss eben sehr, sehr früh im Herbst spätestens auf den Weg gebracht werden.

Frau Heinen-Esser:

„So, Herr Wenzel hatte sich noch gemeldet, aber dann würde ich gerne mal einen Vorschlag machen und für die nächste Sitzung...

Herr Wenzel:

„Ich ziehe das noch mal zurück, weil eigentlich geht das jetzt ins inhaltliche noch stärker.

Frau Heinen-Esser:

„Achso, dann, also. Wir hatten gesagt...Herr Brunsmeier.“

Herr Brunsmeier:

„Danke Frau Vorsitzende. Also mir wäre nochmal wichtig darauf hinzuweisen, dass es sehr wichtig wäre, bevor wir uns über Arbeitsprogramme und Arbeitsgruppen sozusagen hier schon verständigen, wenn wir allen Ernstes und ernsthaft Dritte dazu einbeziehen wollen, dass wir uns auch den Raum und die Zeit dafür nehmen, weil ich glaube, dass es wenig sinnvoll ist, sozusagen Arbeitsaufträge, Gutachtenaufträge schon zu vergeben bevor man sozusagen einen Ansatz neu begonnen hat diesen öffentlichen Diskurs zuführen. Mir wäre es sehr wichtig, dafür ein entsprechender zeitlicher und auch organisatorischer Raum frei

gehalten wird.

Frau Heinen-Esser:

„Ja. Stimme ich ihnen ausdrücklich zu Herr Brunsmeier. Wir gucken jetzt vielleicht doch mal in den Kalender, der auch vor ihnen liegt, und in ihren Kalender. Wir haben gesagt, dass wir vor der Sommerpause, vor dem also vor, ich sach mal, dem 6. Juli auf jeden Fall noch mal tagen möchten. Ich würde dazu anregen Herr Jäger, dass wir nicht nur die Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung verabschieden, sondern auch das Arbeitsprogramm. Hier hat doch eben jemand gesagt, die Fehler werden am Anfang gemacht, ne, die Zeit wird am Anfang geht die verloren. Das wir relativ zügig damit einsteigen. Das Arbeitsprogramm muss ja nicht im jeden Detail ausgefeilt sein, aber wir sollten doch zügig jetzt loslegen. Und dann, wenn wir in dieser erste Sitzung, legen Herr Müller und ich einfach einen Vorschlag vor über die weiteren Tagungsfolge. Mit denen berücksichtigt, was sie jetzt hier alle gesagt haben. So jetzt ist die Frage, Bundesrat und Bundestag tagen unterschiedlich. Der Bundesrat ist ja früh im Juni mit dem 13. Juni wenn ich das richtig sehe. Das ist ein bisschen zu früh jetzt. Wir müssen ja auch einige Sachen vorbereiten. Wir müssen Geschäftsordnung aus dem Entwickeln was hier gleich gesprochen wird, Arbeitsprogramm. Deshalb gibt es dann noch den, ich sach mal, den 20. Juni. Das ist der Tag nach Fronleichnam. Und den 27. Freitag, den 27. Juni, da hätten wir, denke ich mal, vielleicht hier im Bundestag auch noch mal eine Chance, auch wenn wir dann parallel nochmal sind, aber einen größeren Raum zu bekommen und nicht mit dem Untersuchungsausschüssen zu kollidieren. Aber jetzt bitte ganz können wir das.... Was wäre ihnen lieber? Also 20. Juni, oder der 27. Juni? Der 27. Herr Kudla. Wollen wir Freitag den 27.? Ja. Frau Glänzer kann da nicht. Da können Sie alle nicht. An dem Freitag. Herr Wenzel hat am 27. Landtag. Was? Also 27. Juni? Aber Sie haben ja nicht den ganzen Tag Landtag, oder? Herr Wenzel Sie haben aber nicht den ganzen Tag Landtag, oder? Also, es wäre schön, wenn es am 27. geht. Wer kann am 27. definitiv nicht? So, wer kann am 20. definitiv nicht? Ok. 27., 10 Uhr 30. Ist das erreichbar? Das muss ich jetzt fragen. Ist 10 Uhr 30 für Sie erreichbar? Berlin, Köln, Herr Duin? Herr Tillich?“

Herr Wenzel:

„Aber vielleicht, ich würde doch noch mal anregen auf die Bundesratssitzung zu gehen. Blöd ist, wenn man gleich die erste Sitzung nicht kann, wegen der Landtagssitzung, da kommen wir nur schwer raus.“

Frau Heinen-Esser:

„Der 13. Juni ist in 3 Wochen der Herr Wenzel. Das ist sehr sportlich. Wie gesagt, es muss ja seriös vorbereitet werden. Wenn dann bietet sich dann nur der 11. Juli erst wieder an. Da sind aber viele im Urlaub schon. Ich habe da großes Verständnis, aber.... Können wir es nicht doch am 27. Juni? Um 11 Uhr? Ihr verabschiedet EEG ja? Aber fertig mit dem EEG? 27. 11 Uhr in Berlin. Herr Tillich?“

Herr Tillich:

„Also eines gefällt mir nicht, das sage ich ganz deutlich: Wir richten uns hier sehr stark nach dem Terminplan des deutschen Bundestages. Hier sitzen alle Fraktionen des deutschen Bundestages dabei. Sie haben die Ehre, die Chance sich

zu perlen wie wir das haben. Und von daher glaube ich, also wenn wir schon vorhin darüber geredet habe, ich meine gut 10 Uhr, oder 10 Uhr 30, darüber will ich gar nicht streiten. Aber, aber das wir dann im Prinzip immer mehr in den Nachmittag hinein Rutschen, also wir haben auch alle Termine. Von daher glaube ich, ist es dann im Prinzip auch eine Frage das im Prinzip alle Abstriche machen. Ich sage das jetzt mal so deutlich.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Wenzel, Herr Grunwald, Herr Kudla, Frau Kotting-Uhl. Ich habe das jetzt in der Reihenfolge gesagt. Bitte merken. Herr Wenzel“.

Herr Wenzel:

„Ich lege schon Wert darauf teilnehmen zu können und nicht durch eine Pflichtveranstaltung verhindert zu sein. Landtagssitzung ist eine Pflichtveranstaltung und deswegen war ausdrücklich der Wunsch die Bundesrat als Orientierungspunkt zu nehmen, weil der in der Regel frei gehalten wird von der Landtagssitzung.“

Frau Heinen-Esser:

„Jetzt hatte ich Herrn Kudla, Herr Grunwald.“

Herr Kudla:

„Einige Mitglieder haben hier die Möglichkeit Stellvertreter zu schicken, aber das haben nicht alle Mitglieder. Ja und deshalb sollte auch darauf geachtet werden, dass die Mitglieder, die nicht die Möglichkeit haben ein Stellvertreter, oder eine Stellvertreterin, zu schicken hier dran teilnehmen können.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Grunwald.“

Herr Grunwald:

„Herr Duin hat mit Recht gesagt, wir müssen auch unseren Arbeitsrhythmus verändern und auch mal Dinge lassen, die wir bisher gemacht haben. Das geht natürlich besonders schlecht bei den nächsten Terminen, längerfristig geht das leichter. Und jetzt deswegen würde ich für... ich meine und beim nächsten mal Arbeitsprogramm. Es ist ein wichtiger Termin, da verstehe ich das sie auch nicht ihren Stellvertreter schicken wollen. Von daher wäre ich persönlich auch bereit an dem Tag auf einen Samstag zu gehen, obwohl ich grundsätzlich gegen Wochenenden bin. Da den 28. würde ich ins Gespräch bringen.“

Frau Heinen-Esser:

„So ich mach nochmal einen Vorschlag: 13. Juni? Das ist der Bundesratstermin, der Nächste. Geht auch nicht. Dann der 28. Juni? Wie bitte? Ich habe jetzt Samstag den 28. genannt. Ich weiß es ist blöd. Herr Tillich. Ich weiß. 27. 11 Uhr. Ja. Gut. Da konnten jetzt auch eben habe ich ja abgefragt hier bei dem...Hier konnten 2 glaube ich nicht. 27. 11 Uhr ist die nächste Sitzung. Herr Müller und ich werden jetzt zügig auf dem was wir gleich Diskutieren zum Arbeitsauftrag, werden wir einen weiteren Terminvorschlag für den Rest des Jahres machen. Das werden Sie in den nächsten Woche erhalten. Ja. Vielleicht machen wir auch ne Doodle-Liste, können wir auch machen. Also, wir können auch ne Doodle-Liste

machen, ne. Wir machen ein Terminvorschlag und dann melden Sie, koppeln Sie uns zurück bis zur nächsten Sitzung wie es damit aussieht und wir werden all das berücksichtigen was hier gesagt worden ist und wenn sie auf die zweite Jahres Hälfte gucken, werden wir ganz gut mit den Bundesratsterminen zu Rande kommen. Gut. Das ist der Punkt. Der nächste Punkt ist die Geschäftsordnung. Die Frage...Herr Sailer?“

Herr Sailer:

„Heißt das, das wir dann Juli und August Pause haben? Oder würden Sie auch einen Vorschlag machen im Juli und August? Also ich...Ihr Vorgehen ist, aus meiner Sicht bin ich mit Einverstanden, aber ich würde gerne wissen, ob das dann heißt für Termine ab September, oder für Termine ab Juli?“

Frau Heinen-Esser:

„Ab Ende August vielleicht. Ich würde eher, wir gucken jetzt mal im Arbeitsprogramm dastehen. Das wird verdammt schwierig sein alle zusammen zubringen, was in der Sommerpause an, was die Sommerpause...oder Herr Huber? Genau, wir packen jetzt an. Und wir machen einen Terminvorschlag, der kommt nächste Woche. Ok Herr Sailer? So, jetzt haben wir den nächsten Tagesordnungspunkt Geschäftsordnung. Wollen Sie eine kurze Pause machen von 10 Minuten? Eben was zu trinken und zu essen besorgen und dann weiter machen? Wir haben jetzt 2 große Blöcke: Geschäftsordnung und Arbeitsauftrag vor uns, ja? Dann würde ich mal sagen, machen wir eine ganz kurze Unterbrechung von 10 Minuten, treffen uns um 5 nach 2 wieder hier drin.

Frau Heinen-Esser:

(nach der Pause) „Also, es sind ja eine Reihe stimmenberechtigte Mitglieder hier. Ich fang jetzt einfach an. So, meine sehr geehrten Damen und Herren wir machen weiter. Ja genau. So. Wir haben das Thema Geschäftsordnung auf der Tagesordnung und wie wir unsere Geschäftsordnung bilden wollen. Es gibt eine Reihe von Grundlagen die wir haben, Enquetkommission, etc, von denen wir natürlich auch partizipieren können, das ist keine Frage. Es gibt aber über diese üblichen Fragen hinaus eine Reihe von Themen die, ich sach es mal, endlagerkommissionspezifisch sind und die wir deshalb hier auch entsprechend entscheiden und Regeln müssen. Wir haben zum einen das Thema Konsensprinzip und Minderheitenrechte. Das heißt, wann immer soll ein Konsensprinzip gelten, wann...wir haben es im Gesetz verankert, wenn ich das richtig sehe, die Zweidrittelmehrheit zum Bericht, aber die Zwischenstufen davor. Wie gehen wir damit um? Mit einfachen Mehrheiten, mit Zweidrittelmehrheiten, mit Einstimmigkeiten, etc.? Wie gehen wir mit Minderheitenrechten um? Eine Frage die zu klären ist. Weiter Frage die zu klären ist, ist die Beteiligung der Öffentlichkeit. Die dritte Frage die zu klären ist, was hier vorhin aufgeworfen ist, die Frage der Stellvertretung bei den stimmberechtigten Kommissionsmitgliedern. Den Bundesrat und Bundestag haben ja Stellvertreter benannt und bestimmt, das betrifft ja nur die Kommission...äh nur in Anführungsstrichen, tschuldigung Herr Sailer, nur die stimmberechtigten Mitglieder. Aber hier ist aber auch natürlich die Frage, die haben Sie ja schon vorhin aufgeworfen Herr Sailer, sind die Wissenschaftler überhaupt in der Lage sich vertreten zu lassen, oder wären sie. Da warten wir jetzt erst mal ab, bis die Berichterstatter der Fraktion hier sind, um noch mal zu hören was da der Geist des Gesetzes auch tatsächlich gewesen ist.

Und ein wichtiges Thema ist, sie haben alle gesehen, dass wir Gutachten vergeben können. Große Möglichkeiten, da auch ganze Menge Möglichkeiten haben, die wir uns auch nutzen, die wir auch nutzen sollten. Aber, gleichwohl, müssen wir mit einer Geschäftsordnung auch ausschließen, dass es hier zu Interessenkollisionen kommt. Ich mach da, oder wir unterbreiten Ihnen da, einen sehr einfachen Vorschlag, aber wir hören natürlich auch gerne erstmal was Sie, ob es da vielleicht auch noch andere Wege gibt. Das sind Themen, die wir diskutieren müssten. Jetzt würde ich Sie bitten auch noch zusätzliche Themen Herr Habeck, Sie haben direkt das Wort, zusätzliche Themen zu identifizieren, beziehungsweise zu sagen, was denn Ihre Vorstellung zur Geschäftsordnung sind. Bitte Herr Habeck."

Herr Habeck:

„Ein kleines Thema wollte ich noch ansprechen. Das war vorhin schon, aber in der Diskussion. Ich gehe davon aus, dass die gestreamten Internetübertragungen dann auch abrufbar und gespeichert auf der Homepage verfügbar sind, so ...

Frau Heinen-Esser:

„Ja.“

Herr Habeck:

„... a la Youtube. Wie man das...“

Frau Heinen-Esser:

„Ja.“

Herr Habeck :

„Kennt. Fein“

Frau Heinen-Esser:

„Ja. Habeck“

Herr Habeck:

„Fein. Die Frage die sich mir stellt ist wenn, so habe ich die Vorrunde verstanden, wenn es Arbeitsgruppen gibt, unterliegen die den gleichen Kriterien, die wir jetzt für das Plenum festlegen? Sind die genau so öffentlich? Werden sie auch übertragen? Sind die nachvollziehbar und stimmen sie mit Mehrheiten ab, oder nicht? Und wenn das so wäre, leisten wir nicht genau dem wieder Vorschub, was wir jetzt zwei Stunden lang versucht haben zu behandeln? Nämlich aus sozusagen, dem Ruch - die eigentlichen Entscheidungen werden dann doch intransparent aus dem Plenum hier ausgelagert und dann im kleinen Kämmerlein verabschiedet? Und dann werden die Ergebnisse vorgestellt und dann ist es eben Wissenschaft. Und so muss es dann eben sein. Da bin ich ehrlich gesagt ratlos. Ich glaub, es ist sinnvoll in kleineren Gruppen zu diskutieren, aber es macht sicherlich keinen Sinn, für diese Gruppen andere Spielregeln festzulegen, als hier für das Plenum.“

Frau Heinen-Esser:

„Also würde ich das noch mal als Thema mit aufnehmen, die Spielregeln für die Arbeitsgruppen. Wie wir da entsprechend mit umgehen. Noch weitere Themen die

Sie in der Geschäftsordnung behandelt wissen wollen? Herr Wenzel“

Herr Wenzel:

„Ja ich denke auch wir können für die Arbeitsgruppen nicht andere Regeln schaffen als fürs Gesamtplenium. Also, das wäre eigentlich vom Grundsatz her notwendig das es... Müsste man diskutieren, ob man dann noch ein Livestream hat, das sicher [ehh], aber [ehh], das man sozusagen die Öffentlichkeit, oder eine Verfügbarkeit von den Protokollen hat, glaube ich braucht man schon, weil die Arbeitsgruppen dann schon eine ganz entscheidende Rolle kriegen. Wir sollten, sag mal so, im Grunde [ehh] in dem Moment, wo wir [ehh]... Ich fange noch mal anders an bei der Frage noch mal, wenn wir am Ende zur Abstimmung kommen. Sie sprachen die Frage an, wann [ehh] gibt es Mehrheitsentscheidung. Zweidrittelmehrheitsentscheidung, solche Fragen. Würde ich davon ausgehen, dass wir auch wie ganz normal im Bundestag und in jedem Gemeinde- und Kreistag so was, das wir uns noch mal die Verhaltensregeln hier zu eigen machen, die auch die Länder alle haben und der Bundestag hat, dass auch sowas wie Mitwirkungsverbot gilt, was jeder Kreisratsabgeordnete, jedes Gemeinderatsmitglied unterschreiben muss. Solche Fragen sollten wir, sollten wir regeln. Wir sollten eine Transparenz herstellen über die Frage wie sich die, wie sich die Geschäftsstelle zusammensetzt, wie sich die Geschäftsstelle bildet, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestellt werden, was für Fachkompetenz wir da haben und brauchen. Darüber sollten wir uns verständigen. Was für'n Haushalt wir haben, über welche Mitteln verfügen wir und welche haushaltsmittelrechtliche Rahmenbedingungen sind dort zugrunde zu legen. Wir sollten noch mal drüber sprechen, haben wirklich alle Mitglieder der Kommission dieselben Voraussetzung für ihre Arbeit hier. Diejenigen die im Ministerium, sage ich mal, auch im Zweifel zur Vorbereitung in Anspruch nehmen können, die haben andere Voraussetzung als jemand, der das nicht kann. Auch da sollten wir, sage ich mal, die Chancengleichheit versuchen zu wahren. Das ist eine durchaus nicht einfache Frage, die sich damit verbindet. Ich habe da schon sehr unterschiedliche Vorschläge gehört, aber wir sollten vermeiden, dass die Frage erst zu einem späten Zeitpunkt in den Raum gestellt wird, weil es unter Umständen dann für jedes einzelne Kommissionsmitglied ja möglich sein muss, sehr diffizile Texte, oder Fragen am Ende [ehh], sich praktisch, sich damit auseinanderzusetzen und darauf eine Antwort finden zu können. Wir sollten umgehend mit Minderheiten, Meinungen und auch Fakten und auch Schlichtungsfragen ansprechen. Also was ist zum Beispiel, wenn die Mehrheit der Frak... der Kommission der Auffassung ist, ein bestimmter Wissenschaftler muss bei einer Anhörung nicht gehört werden, oder ein bestimmtes Gutachten ist nicht notwendig, weil die Frage schon geklärt sei, aber eine Minderheit ist der Meinung, dass das 'ne Frage ist, die geklärt gehört, auch dann muss es Möglichkeiten geben solche Klärungsprozesse herbeizuführen. Also die Klärung von Minderheitenrechten ist meines Erachtens sehr wichtig. Wir sollen das mit den Sitzungsterminen in voraus und langfristig regeln. Also beispielsweise durch Doodle-Abfrage, oder indem man hier Termine rumgehen läßt, ankreuzt und guckt, wo können dann die meisten, wo können wir am meisten machen. In der Runde das es zu diskutieren ist, glaube ich, schwierig. Wie gehen wir mit der Frage um, wenn wir die Zeit, wenn wir zusätzliche Sitzungen benötigen. Auch dafür sollten wir Regelungen haben. Wir sollten über die Frage von Protokollen reden. Werden die im Wortlaut wiedergegeben, oder wie soll das im Zweifel geschehen. Auch das kann am Ende vielleicht ein

wichtiger Punkt sein das sicherzustellen. Das sind vielleicht noch einige Anregungen die wir anpacken müssen, aber das schaffen wir wahrscheinlich nur, wenn wir die entsprechende Vorlage dann haben.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, als nächster Herr Sommer bitte.“

Herr Sommer:

„Ja, vielen Dank. Ich möchte zu vier Punkten vielleicht noch was sagen. Ganz kurz zu der Frage der Arbeitsgruppen. Ich halte es für selbstverständlich, dass Transparenz die wir schon mehrfach betont haben, bis in jede Arbeitsgruppensitzung auch durchdekliniert wird. Es darf keine Gruppen, Grüppchen, oder Gremien geben, die hier ohne Transparenz arbeiten, sowohl nach innen, als auch nach außen. Einen Unterschied sehe ich aber sehr wohl. Ich würde Arbeitsgruppen keine Beschlusskompetenz gleich welcher Art zubilligen wollen. Das ist eine Geschichte, die geht uns alle an. [wiederholt lauter] Die Beschlusskompetenz. Denn nicht jeder wird in jeder Arbeitsgruppe dabei sein können. Das ist auch eine Frage der Ressourcen, womit ich beim zweiten Punkt bin. Es ist natürlich klar, dessen sind wir uns alle bewusst, dass es hier sehr unterschiedlich mit Ressourcen ausgestattete Mitglieder der Kommission gibt. Da werden wir über Regelungen sprechen müssen, die das in irgendeiner Form ausgleichen können. Da vertraue ich auch ein Stück weit auf Vorschläge seitens der Leitung. Zu den Terminen: ich fand es heute morgen schon ein bisschen unglücklich, dass wir gleich bei der ersten Entscheidung, nämlich der nächsten Sitzung, sehr weit von Konsens nachher entfernt waren. Ich möchte nicht, dass es so eine Tradition wird. Ich hab's jetzt heute morgen akzeptieren können, weil es in der Tat um einen ersten Termin ging und unsere alle Terminkalender sind natürlich sehr eng in den nächsten Wochen. Wir sollten aber bei Terminen, genauso wie in allen anderen Fragen, die Vorgabe des Gesetzes und die nochmaligen Beschluss des Bundestages ernst nehmen und um Konsens bemüht sein, dafür müssen wir Struktur in der Geschäftsordnung treffen. Ich denke, nochmal zu den Arbeitsgruppen. Ich weiß, dass wir nicht ohne Arbeitsgruppen auskommen können. Ich sehe es aber, so wie es vor ich glaube, Herr Thomauske gesagt hat. Wir dürfen uns nicht einbilden, dass wir in Arbeitsgruppen alle Zuarbeit leisten können, sondern müssen in einer sehr früher Phase definieren, welche Zuarbeit müssen auch mit dem gewissen wissenschaftlichen Niveau hier geleistet werden und dann nehme ich mich, sehe ich mich nicht in der Lage, so wie viele anderen Kommissionsmitglieder auch. Das wird ein Punkt sein. Da müssen wir sehr früh in unserer, in unserer Arbeit drüber entscheiden. Denn es ist in der Tat so, die wissenschaftliche Niveau von der Zuarbeit wird nicht an einem Wochenende zusammengestupselt, da geht Zeit drauf und da müssen wir auch, sage ich mal, Unterschied finden zwischen dem was Arbeitsgruppen tun, und dem was wir tatsächlich mit externer Kompetenz uns zuarbeiten müssen. Danke.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Sommer. Herr Jäger bitte.“

Herr Jäger:

„Jetzt erübrigt sich. Ich wollte den Hinweis auch geben, dass es ganz entscheidend auch für die Spielregeln der Arbeitsgruppen, der Unterschied zwischen der

Kommission und der Arbeitsgruppe natürlich besteht, wenn dort keine Beschlusskompetenz ist und sehr viel Expertise dort auch ausgetauscht werden soll, dann sehe ich die Anforderungen nicht so hoch, wie in der eigentlichen Kommission. Es bleibt ja am Ende immer transparent, oder es wird transparent, wenn die Vorarbeit dann zu Beschlussfassung vorgelegt wird.“

Frau Heinen-Esser:
„Herr Sailer“

Herr Sailer:
„Ja ich wollte zu paar Dingen was sagen die schon gefallen sind. Also ich wäre auch dafür, dass wir Arbeitsgruppen als Vorbereitung nehmen. Also nicht die Arbeitsgruppe kommt mit einem formal beschlossenen Papier und legt vor, sondern die Arbeitsgruppe versucht soweit im Konsens die Sachen vorzubereiten und wenn es da keine Einigung gibt, dann wird die Einigung ... äh nicht Einigung...“

Frau Heinen-Esser:
„Danke, Herr Sailer. Herr Jäger, bitte.“

Herr Jäger:
„Es erübrigt sich jetzt. Ich wollte auch den Hinweis geben. Es ist ganz entscheidend auch für die Spielregeln der Arbeitsgruppen, der Unterschied zwischen Kommission und Arbeitsgruppen natürlich besteht, wenn dort keine Beschlusskompetenz ist und sehr viel Expertise dort auch ausgetauscht werden soll, dann sehe ich die Anforderungen nicht so hoch wie in der eigentlichen Kommission. Es bleibt ja am Ende immer transparent, oder es wird transparent, wenn die Vorarbeit dann zur Beschlussfassung vorgelegt wird.“

Frau Heinen-Esser:
„Herr Sailer.“

Herr Sailer:
„Ja, ich wollte zu ein paar Dingen was sagen, die schon gefallen sind. Also ich wäre auch dafür, dass wir Arbeitsgruppen als Vorbereitung nehmen. Also nicht die Arbeitsgruppe kommt mit einem formal beschlossenen Papier und legt vor, sondern die Arbeitsgruppe versucht soweit im Konsens die Sachen vorzubereiten und wenn es da keine Einigung gibt, dann wird die Einigung äh Nicht-Einigung hier eingebracht, egal wie die Stimmverhältnisse sind, weil wir müssen hier entscheiden. Das erleichtert aber auch die Geschäftsordnung für die Arbeitsgruppe, weil man da nicht beliebig viele Abstimmungsregeln machen muss, wann was wie mit Minderheitsvotum, oder sonstwie versetzt ist. Weil man, wenn klar ist das abweichende Meinungen aus der Arbeitsgruppe hier mit ins Plenum transportiert werden, dann können wir da so entscheiden, ohne eine Formalspur nehmen zu müssen. Zweiter Punkt: Ich weiß ja, wie Parlamentsprotokolle aussehen und ich habe auch aus frühen Zeiten ungefähr 15 Meter Erörterungsterminprotokolle – manche erinnern sich ja noch daran. Die hat man nie mehr gelesen, hat niemand gelesen. Wir haben hier ja das Ziel, [...] Ja, okay. Also, ich würde die Frage stellen, wenn es für diejenigen von Ihnen, die hauptamtliche Politiker sind erträglich ist, brauchen wir wirklich ein

Wortprotokoll, oder ein ausführliches Protokoll? Weil was wir brauchen sind die Inhalte die gefallen sind und unser Produkt ist eigentlich das Endprodukt, jetzt egal mit welcher Diskussion es zustande gekommen ist. Also, Frage: Lohnt es sich da, viele Ressourcen reinzuhängen? Dann, eins was Stefan Wenzel angesprochen hat. Da warne ich davor, an Geschäftsordnungen von Gemeinderäten zu gehen. Wir haben es einmal in der Reaktorsicherheitskommission erlebt, da hat ein Kollege, der manchen hier bekannt ist und ein hyperpenibler konservativer Jurist war, der hat eine wunderbare Befangenheitsordnung für die Reaktorsicherheitskommission gemacht mit dem Effekt, dass wir 90% der Leute hätten heimschicken können. Weil mit den Gemeindeordnungen geht es nicht nur so pingelig in einem konkreten Projekt drin, sondern es geht dann auch so: „Könnte ich aus dem Beschluss irgendwo ein Plus von tragen?“ Da müssen Sie sich vorstellen, wir sitzen hier alle acht, sage ich jetzt mal, vielleicht die Pensionäre ausgenommen. Wir leben davon, dass wir hauptamtlich zu Nuklearthemen, oder zu Entsorgungsthemen arbeiten. Das heißt, unser Auftragsportfolio die nächsten 30 Jahre, ich glaube das gilt für so gut wie alle die hier sitzen, hängt natürlich davon ab, wie sich das weiterentwickelt. Also man kann die Geschäftsordnung dann ganz schnell, wenn man so etwas nicht mitberücksichtigt, so machen, dass so bei 90% der Diskussionen hier die Wissenschaftlerbank ziemlich leer ist. Also ich bitte da wirklich um Vorsicht. Wir sind in einer anderen Zusammensetzung.“

Herr Müller:

„... ja, ja, jetzt übertreibe mal nicht so!“

Herr Sailer:

„Bitte?“

Herr Müller:

„Nicht so dicke machen!“

Herr Sailer:

„Nee, es ist so!“

Herr Müller:

„Ja, komm!“

Herr Sailer:

„Wenn das Ök...“

N.N.

„Sie sind dann der einzige stimmberechtigte Mitglied!“

Herr Sailer:

„Das Ökoinstitut hat Aufträge vom BMU, klar.“

Herr Müller:

„Genau! Ja, ja“

Herr Sailer:

„Es hat auch Aufträge von anderen. Es wird auch in Zukunft solche Aufträge wollen. Ist das ein Grund für Befangenheit hier, oder nicht?“

Herr Müller:

„Ja natürlich.“

Frau Heinen-Esser:

„Nein, das ist ja...“

Herr Sailer:

„Also deswegen können wir solche Dinge nicht 1:1 übernehmen, weil dann brauchen wir nicht mit Wissenschaft hier zu arbeiten.“

Frau Heinen-Esser:

„Klar, aber ich glaube Herr Sailer, dass ist ein Punkt den wir geregelt bekommen.“

Herr Sailer:

„Ich wollte es nur frühzeitig sagen.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich finde, wir müssen mehr uns damit befassen, gibt es eine Gutachtenvergabe an Mitglieder der Kommission, beispielsweise. Und da würde ich, oder würden wir Ihnen den Vorschlag machen, dass es das nicht gibt, sondern, dass das komplett außen vor bleibt. Also, das wäre so ein Vorschlag den wir machen würden, damit wir Ihre Unabhängigkeit ein Stück weit mit wahren und wir nicht ... wir haben es uns auch schon mal durchdiskutiert ... in der Enquête-Kommission hat Herr Müller aus seiner weitreichenden Erfahrung gesagt, wer dann wie wann nicht mitstimmen darf. Ich finde, wir sollten uns auf solche komplizierten Verfahren gar nicht einlassen, sondern direkt dazu sagen, es gibt keine Gutachtenvergabe an Mitglieder der Kommission. Aber das können wir gleich noch einmal auch im Rahmen der weiteren ...“

Herr Sailer:

„... ich hatte, Entschuldigung, Frau Heinen-Esser, es ging mir jetzt nicht um die Gutachtenvergabe an Mitglieder.“

Frau Heinen-Esser:

„Sondern um die Befangenheit, die Sie hätten durch andere Aufträge von anderen Auftraggebern.“

Herr Sailer:

„Ja oder Potentiale, die zu kriegen aufgrund von Diskussionen.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich glaube aber, das ist lösbar Herr Sailer. Das Thema ist lösbar. Herr Thomauske, Herr Grunwald!“

Herr Thomauske:

„Ich möchte ein kleines bisschen warnen vor der kompletten Transparenz. Weil die Frage ist, wo endet am Ende die Diskussion. Wenn ich jetzt meine

Arbeitsgruppe nehme, darf ich dann mich in der Arbeitsgruppe binden, noch mich mit dem Kollegen aus der Arbeitsgruppe telefonisch verständigen, oder verstoße ich da gegen das Transparenzgebot. Ich würde all die Bereiche herausnehmen, bei denen es geht – und eine Arbeitsgruppe entscheidet eben nicht, sondern trägt hier vor und entschieden wird im Plenum. Insofern bedarf es aus meiner Sicht nicht des Transparenzgebotes für die Sitzung dieser verschiedenen Gremien. Ich habe auch überhaupt keine ... kein Problem damit, dass wir heute beispielsweise eine Tagesordnung vorgelegt bekommen haben, die nicht auf transparente Weise zustande gekommen ist, wo kein Livestream davon nachsehbar ist. Damit können wir doch alle umgehen und leben. Und entscheidend ist, dass wir hier diese Tagesordnung dann zur Diskussion stellen. Und so ist es auch mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe. Und ich glaube, wir nehmen viel an Flexibilität, wenn ich mir überlege wie eine Arbeitsgruppe tagen soll, wenn vorher sichergestellt sein muss, dass wir den Termin, dann das irgendwo an einem Ort, wo auch dann die Voraussetzungen gegeben sind, dass dieses auch unmittelbar ins Netz gestellt werden kann, möglicherweise noch mit Stenographen ... ich warne davor, schon deswegen, weil man sich dann überlegen muss, ob so eine Arbeit in so einer Arbeitsgruppe am Ende noch Sinn macht, oder ob man sich das dann nicht als Mitglied entsprechend schenkt.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Grunwald, bitte.“

Herr Grunwald:

„Ja, das schließt gut an, im Prinzip folge ich da sofort. Eben, wer mich ein bisschen kennt weiß, wie hoch ich Transparenz hänge. Ich weiß aber auch, wenn man Dauerbeobachtung installiert, dann führt das letztlich dazu, dass da keine Kreativität mehr in Gruppen ist, dass jeder auf seiner Position beharrt, dass man sich nichts mehr auszuprobieren traut. Also, wir brauchen auch ein Stück weit Räume zum Ausprobieren. Natürlich auch das Vertrauen, dass dort, wo vielleicht nicht der Livestream gerade mitläuft, dass da nicht gleich verschwörungstheoretische Grüppchen irgendwo sind. Also das ist ja sicher auch eine Aufgabe an uns alle, dieses Vertrauen gegenseitig zu entwickeln. Dann kurz noch zum Gesprächsprotokoll: ich meine, wenn wir diese Livestreams von unseren Sitzungen haben und die dauerhaft dann sozusagen verfügbar bleiben, dann haben wir doch das beste Gesprächsprotokoll aller Zeiten und können uns in den anderen auf ein Ergebnisprotokoll beschränken.“

Frau Heinen-Esser:

„Ja, das stimmt.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Brunsmeier.“

Herr Brunsmeier:

„Genau so wäre ich auch angefangen, dass wäre auch mein Vorschlag, dass finde ich sehr zielführend und zweckmäßig, also insofern, ganz klar, in diesen Livestream kann jeder reingehen und das Ergebnisprotokoll knapp und kurz, dass man es gut lesen kann, das wäre das. Ich bin auch sehr dafür, sozusagen, aber dann bitte möglichst im Konsens, das Arbeitsprogramm hier zu entwickeln. Ich

bin allerdings sehr zurückhaltend, was die Einrichtung von Arbeitsgruppen betrifft, weil ich denke, was die Einrichtung von Arbeitsgruppen betrifft, sollte diese erst nach Anhörungen, oder nach öffentlicher Beteiligung, oder nach einer Diskussion darüber stattfinden. Das heißt also, für mich wäre es sehr zentral, dass zunächst einmal dieser öffentliche, breite öffentliche Diskurs, wie er im Bundestagsentschließungsantrag auch drinsteht, stattfindet, bevor wir in Arbeitsgruppen gehen, weil ich denke, es wäre sehr wichtig, dass die Menschen, die dort hinkommen die Möglichkeit haben müssen, sozusagen, auch Vorschläge zu machen, die dann in das Gesamtpaket entsprechend mitaufgenommen werden müssen. Also die Unterscheidung zwischen Arbeitsprogramm und Arbeitsgruppen. Ich bitte auch herzlich darum, Minderheiten sozusagen, auch Möglichkeiten der Mitgestaltung einzuräumen hier. Also das schließt daran an, dass es also auch für Minderheiten Möglichkeiten geben muss, bestimmte Fragestellungen bearbeiten zu können. Ich bin auch sehr dafür, was die Chancengleichheit betrifft, dass es hier von den Vorsitzenden einen Vorschlag gibt, wie man so etwas organisieren kann. Ich würde jedenfalls aus meiner Sicht und meiner Situation da auch herzlich darum bitten. Was die Transparenz betrifft, Herr Thomaske, habe ich eine andere Einstellung. Ich denke, es muss nicht ein Livestream in den späteren Arbeitsgruppen dann laufen, aber diese Arbeitsgruppen müssen auch öffentlich sein. Wer sich dafür interessiert, wem dieses besondere Thema besonders am Herzen liegt, der muss die Möglichkeit haben an dieser Diskussion teilzunehmen. Also, ich bin auch sehr dafür, wie Herr Wenzel es am Anfang gesagt hat, dass die Transparenz auch in die Arbeitsgruppen, späteren Arbeitsgruppen dann hindurch wirkt. Und ich würde auch darum bitten, sozusagen, hier Vorschläge zu machen in der Geschäftsordnung, inwieweit das Konsensprinzip dann greift in der Runde hier. Ich denke es war ein wichtiges Anliegen, auch in den Vordiskussionen zu dieser Kommission hier. Es müssen nicht alle Entscheidungen im Konsens erfolgen. Ich denke, der Bundestagspräsident hat das ja sehr schön beschrieben: Das Ergebnis wird umso tragfähiger, je konsensualer es entstanden ist. Und insofern würde ich auch gerne diesen Punkt, den er selber hier vorgetragen hat, zentral mit aufgreifen wollen und sagen wollen, also erstmal sollte das Konsensprinzip gelten und wir sollten alles versuchen, dieses auch entsprechend in der Geschäftsordnung zu verankern.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Herr Kudla.“

Herr Kudla:

„Ja, ich möchte noch einmal auf die Arbeitsgruppen zu sprechen kommen. Ich würde vielleicht anstelle von Arbeitsgruppen eher sagen „Bearbeitergruppen“ und das etwas tiefer hängen. Die Arbeitsgruppen haben für mich an sich nur die Aufgabe, einzelne Tischvorlagen zu einzelnen, genau festgelegten Punkten hier zu verfassen. Weil ich glaube, dass wir hier einfach nicht alles ausdiskutieren können. Und wenn hier 8 oder 16 Leute sich vorher schon mal zusammensetzen und eine gewisse Tischvorlage verfassen, die wir selbstverständlich dann hier ausführlich noch einmal diskutieren, dann kommen wir schneller zum Ziel. In den Arbeitsgruppen, die können ruhig öffentlich sein. Ob hier unbedingt per Livestream das Ganze übertragen werden muss, das bin ich der Meinung, sollte eher nicht sein. Denn man muss sich auch irgendwo mal annähern können und

mal einfach zu dem Kompromiss hier fähig sein. Das war Punkt eins. Punkt zwei: Ich glaube, das Ergebnisprotokolle wesentlich günstiger sind als lange Protokolle, aber das ist, glaube ich, hier während dem gesagt worden. Punkt drei: Ich möchte noch einmal auf den Termin kommen. Beim nächsten Termin werden von den acht Wissenschaftlern, die hier vertreten sind, drei auf jeden Fall nicht da sein. Das geht nicht. Das hier – eins – Herr Appel, Herr Grunwald und ich. Das geht leider nicht. Das ist leider so. Wir haben keine Möglichkeit Vertreter zu schicken. Das möchte ich noch einmal sagen, und noch einmal fragen, ob es nicht doch möglich wäre, einen anderen Termin zu wählen.”

Frau Heinen-Esser:

„So. Herr Müller.“

Herr Müller:

„Wenn ich mal darauf hinweisen darf, früher war es in Enquête-Kommissionen üblich, dass man überhaupt keinen Vertreter hatte. Da hieß das, wenn man sich für eine deutsche Kommission entscheidet zur Mitarbeit, dann legt man auch eine Priorität drauf. Und ich finde, dass muss man auch hier. Da muss man, wenn man so eine Arbeit annimmt, auch sagen, dann konzentriere ich mich auch für eine gewisse Zeit mal darauf. Das ist schwierig, ich weiß das. Aber ich weiß auch umgekehrt, dass Kommissionen, wo sozusagen die Abstimmungsmöglichkeiten häufig wechseln, in der Regel die Kommissionen waren, die am wenigsten Erfolg hatten. Es geht schon darum, eine gewisse Verbindlichkeit und Kontinuität zu zeigen und zu wahren. Mir tut es ja auch leid, mit dem Termin. Vielleicht können wir noch einmal darüber reden. Aber ich habe nicht gesehen, dass ein anderer Termin passte. Das war der Termin, der noch am ehesten passte und da muss man auch mal notfalls gucken, ob man da nicht was verschiebt und ermöglicht. Ich wollte was sagen zu den Arbeitsgruppen. Wir sind ja hier in einer anderen Situation als sonst üblicher Arbeitsgruppen des Bundestages. Normalerweise sind Arbeitsgruppen so im Wesentlichen organisiert nach dem Fraktionsprinzip beim Bundestag. Und das ist ja hier nicht der Fall, weil die Mitglieder des Bundestags haben kein Abstimmungsrecht. Insofern ist auch der Fraktionszwang wesentlich geringer und insofern will ich Ihnen auch sagen, habe ich im Grundsatz mehr Vertrauen zu den Arbeitsgruppen, als ich das unter anderen Bedingungen hätte. Weil Sie offener sind, einfach von der Struktur her offener sind. So ist das. Ich habe in der letzten Enquête-Kommission Wachstum erlebt, dass die entweder sich total polarisierten, oder richtig gut waren. Entscheidend ist, wie sie zusammengesetzt sind. Sie müssen sozusagen repräsentativ sein für das, was hier stattfindet, sie müssen arbeitsfähig sein, sie müssen auch eine Kontinuität zeigen, also alle müssen mitarbeiten. Und das sind alle Bedingungen, die kann ich nicht diktieren. Die können Sie nur alle akzeptieren und versuchen, umzusetzen. Aber es ist auch für mich völlig klar: man kann eine Arbeitsgruppe missbrauchen, oder man kann sie produktiv nutzen. Und ich sage zu meiner Kenntnis: ich habe noch nie eine Arbeitsgruppe in deutscher Kommission gesehen, die Entscheidungen macht. Ihr macht immer nur Vorlagen *für* Entscheidungen, oder bereitet beispielsweise Anhörungen vor und so weiter. Und ich muss sagen, bei der Diskussion, die ich vorhin erlebt habe, finde ich das eigentlich gar nicht so falsch, wenn man das in solche Gremien verlagert. Es erleichtert manches. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein: die Besetzung muss repräsentativ sein, die Besetzung muss sozusagen die Debatte widerspiegeln und sie muss arbeitsfähig

sein. Dann habe ich da keine Probleme damit. Also das finde ich viel wichtiger als formale Kriterien.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön. Frau Glänzer, bitte.“

Frau Glänzer:

„Ja, ich kann da anschließen, an die Ausführungen von Herrn Müller bezüglich der Arbeitsgruppen. Zum einen denke ich auch, dass wir die Entscheidungskompetenzen nicht in die Arbeitsgruppen geben sollten, sondern ich verstehe Arbeitsgruppen auch, dass sie bestimmte Beratungen vorbereiten und die Entscheidungen dann hier getroffen werden. Und ich glaube, es ist einfach wichtig, anhand eines Arbeitsprogramms dann auch in der nächsten, übernächsten Sitzung schon mal zu überlegen, zu welchen Themen, Fragestellungen sollen, können, müssen Arbeitsgruppen gebildet werden. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, Herr Müller hat eben darauf hingewiesen, dass es da noch eine Verständigung darüber geben muss, wie sich die Arbeitsgruppen zusammensetzen. Das heißt, welcher Sachverstand eingebracht wird. Und ich gehe davon aus, dass es auch nicht unbedingt dann immer erforderlich ist, dass die Vertreter der Kommissionsmitglieder dann in den Arbeitsgruppen mitarbeiten, sondern dass es dann durchaus auch möglich ist, auch beispielsweise aus den gesellschaftlichen Gruppen, auch Experten zu benennen, die dann in der Arbeitsgruppe mitarbeiten. Das müsste zumindest geklärt werden. Was die Entscheidungen insgesamt angeht glaube ich: Ja, Konsensprinzip ist wichtig, ist gut, das bedeutet aber, glaube ich, nicht immer Einstimmigkeit. Ich glaube, das werden wir nicht gewährleistet bekommen, aber wir sehen heute auch einen großen Willen, einen Konsens herzustellen. Ich würde gerne noch einmal das aufgreifen, was Stefan Wenzel gesagt hat mit Blick auf erste Stellvertretung. War ja vorhin auch ein Hinweis von meinem Kollegen, dass er gesagt hat, dass es wichtig ist, dass auch wir als Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen, Vertreterinnen der gesellschaftlichen Gruppen, die Möglichkeit der Stellvertretung haben. Und dass es dann auch gleichermaßen wichtig ist, dass so etwas wie eine Chancengleichheit in der Begleitung und Unterstützung besteht. Und das bedeutet zum einen, Begleitung und Unterstützung für mich wäre ja schon sehr hilfreich, ich aber auch davon aus, dass es gewährleistet ist, dass wir Unterlagen für die Sitzung rechtzeitig bekommen und nicht drei Tage vorher. Weil dann, bei allem Verständnis, ist es, glaube ich, nicht zu gewährleisten. Auch bei dem, was Sie gesagt haben Herr Müller, ich glaube es ist auch selbstverständlich, all diejenigen die hier sitzen und mitarbeiten, die gehen ihre Kalender schon sehr sorgfältig durch. Sie wissen um die hohe Bedeutung, wir wollen hier alle mitarbeiten und ich glaube, alle schauen auch, dass Prioritäten gesetzt werden. Insofern glaube ich, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass das was möglich ist, schon verschoben werden kann. Ich bitte auch nur darauf zu achten, dass bei der Debatte, die wir heute Morgen gehabt haben um die Termine ... Wir sind bereit sehr viel Rücksicht auch darauf zu nehmen, auf die Mitglieder des deutschen Bundestages. Ich will aber auch darauf hinweisen, dass hier auch Vertreter und Vertreterinnen sitzen, die durchaus auch Vorstandsfunktionen haben, wo sie den Vorsitz haben, wo nicht alles von heute auf morgen möglich ist. Und deshalb nochmal: was die Chancengleichheit auch mit Blick auf Begleitung, Vorbereitung auf die Sitzung angeht, wäre es mir sehr lieb, wenn wir da von Ihnen auch noch mal einen

Vorschlag bekommen würden. Danke.“

Frau Heinen-Esser:

„Kotting-Uhl und dann Frau Vogt.“

Frau Kotting-Uhl:

„Also zu der Rücksicht auf die unterschiedlichen Gruppen – ich bin überhaupt nicht der Meinung, dass mehr Rücksicht jetzt auf den Bundestag genommen werden muss als auf die anderen drei beteiligten Gruppen. Ich sehe das eigentlich auch nicht. Also, heute tagen wir am Donnerstag, das ist eigentlich Sitzungstag, das ist eigentlich der Tag der gar nicht geht und wir machen es trotzdem. Und wenn es in Zukunft der Donnerstag sein wird, dann wird es eben auch der Donnerstag sein. Ja, also jeder von uns muss dann halt auf andere Dinge verzichten, das ist bei uns allen so. Aber ich will schon noch einmal sagen: wenn für uns klar ist, Wochenende ist tabu, dann werden wir damit leben müssen, dass wir seltenst alle 33 Mitglieder hier am Tisch haben, das glaube ich, erschließt sich einfach aus dem. Es sei denn, man schafft es wirklich ein halbes Jahr im voraus die Termine festzulegen, dann kann das funktionieren. Aber ansonsten ist es, glaube ich, relativ schwierig. So, ich hatte mich aber gemeldet nochmal zum Stichwort „Arbeitsgruppen“. Und möchte auch mal in den Raum werfen was wir unter diesen Arbeitsgruppen verstehen. Also, zuerst hatte ich den Eindruck, dass soll eigentlich Zeit ersparen, weil wir alle – ja – alle vier Wochen und so weiter – geht nicht. Wenn aber jeder von uns in der Arbeitsgruppe ist, spart es keine Zeit, also den einzelnen Personen. Die Terminfindung ist vielleicht ein bisschen einfacher, weil die Gruppen dann kleiner sind. Aber im Kern geht es ja darum, mehr Arbeit sozusagen einzubringen, als in diesen Sitzungen, die wir alle zusammen haben, möglich ist. Und daraus, da passiert dann ein Mehr an Arbeit, erschließt sich für mich aber auch, dass dann natürlich auch Meinungsbildungsprozesse stattfinden, ja? Also, die Menschen können ja nicht wertneutral miteinander im Raum sitzen und sozusagen genauso in ihrer Haltung anschließend wieder rauskommen wie sie vorher reingegangen sind. Vor einer Tischvorlage findet ein Meinungsbildungsprozess statt. Zumindest über das, was auf dieser Tischvorlage stehen soll und das wird eine Auswahl dessen sein, was man diskutiert hat. Und deswegen werbe ich hier nochmal nachhaltig für die Transparenz. Meiner Meinung nach müssen wir das Versprechen der Transparenz extrem ernst nehmen. Und ich weiß nicht was es schadet, wenn wir auch Arbeitsgruppen, die offiziell eingerichtet werden, genauso öffentlich – und das heißt nicht nur wer es anhören will/ kann dazukommen, sondern wer es anhören will, muss auch die Möglichkeit haben, auch wenn er nicht deswegen nach Berlin, oder wo immer die Arbeitsgruppe tagt, fahren kann. Dass wir genauso verfahren mit Übertragung und mit Öffentlichkeit und mit Internet wie bei den großen Sitzungen auch. Das wäre mir ein Anliegen. Ich glaube, dass wir uns alle damit einen Gefallen tun, wenn wir nicht uns dem Vorwurf aussetzen, dass bestimmte Entscheidungen dann doch wieder intransparent zustande kommen und noch einmal kurz beraten werden, aber dann folgt man vielleicht doch dem Vorschlag, der auf dem Papier ist. Ich gehe davon aus, dass wir das alle nicht vorhaben, aber ich würde auch nicht gerne den Eindruck erwecken. Deswegen bin ich auch da für Transparenz, und zwar vollkommen.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Vogt.“

Frau Vogt:

„Gemeinsamen Arbeitsgruppen würde ich mich der Einschätzung der Kollegin Kotting-Uhl anschließen, denn es ging uns bei dem Gesetz schon darum allen zu sagen, die Kommission hat ja nicht alleine die Aufgabe die Kriterien für die Endlagerstandortsuche herauszufinden, oder festzulegen, sondern ein ganz wesentliches Standbein ist die Frage, wie schaffen wir Bürgerbeteiligung und wie schaffen wir es, so ein großes Projekt so vorzubereiten, dass da von Anfang an niemand den Argwohn hat das etwas verborgen bleibt. Und das ist eine hohe Anforderung auch an unsere Diskussionsdisziplin, auch in den Arbeitsgruppen und sicherlich wäre es manchmal schneller, oder bequemer, wenn man was nicht-öffentlich geschwind absprechen kann. Aber gerade das ist eben die Gefahr, wenn man das beginnt und sagt, dann zieht man Dinge in Arbeitsgruppen zurück, wo man den Eindruck erweckt, die sind der Öffentlichkeit dann verborgen. Dann glaube ich, leidet von Anfang an die Akzeptanz, auch wenn man sagt, die Arbeitsgruppe entscheidet nicht, sind doch vielleicht auch die vorbereitenden Gespräche je nach Fachthema halt auch entscheidende Informationsdinger. Also insofern finde ich es auch spannend für die große Runde, wenn man sich dann möglicherweise in Vorbereitung einer großen Sitzung selbst auch so eine Arbeitsgruppensitzung anschauen kann. Das kann ja auch ein großer Vorteil sein. Ja, ich wollte noch einmal zu den Stellvertretern sagen. Wir hatten ja das bewusst in dem Gesetzesverfahren damals so besprochen, dass die Stellvertreterinnen und Stellvertreter nur für diejenigen benannt werden, die nicht stimmberechtigt sind. Also die Zahl, das kann man ja sagen, 16 kam ja zustande, damit jedes Bundesland die Möglichkeit hat, auch dabei zu sein. So kam man auf diese berühmte 4 x 8 plus die Stellvertreter für die Länder und dann haben wir gesagt, naja, wenn die Länder Stellvertreter haben, dann soll der Bundestag das auch haben. Aber wir haben dann gesagt, am Ende kommt es ja in diesem Falle nicht auf unser Votum an, sondern es kommt auf das Votum der Wissenschaftler und der gesellschaftlichen Gruppen an und deshalb hat man sich sehr bewusst entschieden, dass man sagte, dass sollen die Persönlichkeiten sein, die dann auch jeweils ohne entsprechende Vertretung da sind. Und ich finde, auch wenn es jetzt eher zu unseren Lasten geht, wenn es dann um Terminfindungen geht, dann haben die 16, die Stimmrecht haben, würde ich mal sagen, Vorrang vor den Interessen derer, die im Zweifel auch mit einer Stellvertretung hier jedenfalls jemand haben, wo sie dann auch sich mal abwechseln, oder austauschen können. Also, das finde ich. Ich glaube eben, dass das Terminproblem geringer wird bei der Frage, wenn wir längerfristig planen, dass wird jetzt die nächsten zwei, drei Termine vielleicht schwierig, aber für das kommende Jahr wird es ja dann leichter, wenn man es frühzeitig einplanen kann. Aber ich würde dafür plädieren, dass man den Vorrang Ich habe das vorhin ehrlich gesagt gar nicht mitbekommen, dass so viele Wissenschaftler nicht können. Das war mir so im Zurufverfahren auch entgangen. Vielleicht kann man das einfach nochmal später klären.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich mache das zum Schluss noch einmal. Aber mir war das auch nicht aufgefallen, dass am 27. so viele nicht können. Aber wir besprechen das dann gleich nochmal. Herr Ott, bitte.“

Herr Ott:

„Ich möchte noch mal auf das Thema Öffentlichkeit und Transparenz, ähm, eingehen. Also, ich hab den Eindruck, dass das hier etwas überstrapaziert wird. Es ist auch'n Trugschluss zu glauben, dass außerhalb hier der Plenumsrunden, oder der Arbeitsgruppen, ähm keine Gespräche stattfinden. Und, ähm, wenn, was vorhin schon einmal gesagt wurde, ähm, es notwendig ist, dass man aufeinander zugeht, dann kann's Maß an Livestreamübertragung beispielsweise auch ein Weg... äh, Schritt zu weit sein, weil dann im Zweifel nur noch Fensterreden gehalten werden, öhm. Und kein Aufeinanderzugehen passiert. Deswegen würde ich Wert darauf legen, dass äh, die Öffentlichkeit hergestellt wird, öh, was die Arbeitsgruppen angeht, öh, aber die Frage der Übertragung also noch mal sehr nach hinten gestellt wird. Ich würde viel mehr Wert da auch persönlich dann drauf legen, dass die Terminplanung der Arbeitsgruppen so gelegt wird, dass wir als Kommissionsmitglieder alle die Termine kennen, und jeder und jede die Möglichkeit hat, bei Bedarf und, hm, themenbezogen dann auch mal selbst reinzugehen und zuzuhören was diskutiert wird. Das würde ich für wichtig halten, dass wir insofern auch die Transparenz, bezogen auf die Diskussion in den Arbeitsgruppen hier für die Mitglieder der Kommission herstellen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Meister bitte.“

Herr Meister:

„Ja, direkt anschließend. Ich glaube schon, dass noch mal 'ne kleine Klärung – jetzt nicht in 'ner Debatte, aber - eher am Rande geführt werden muss über die Differenz zwischen Transparenz und Öffentlichkeit. äh..wir erleben im Augenblick ja, muss man gestehen, in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit eher sehr sehr sehr viel negative Äußerungen über Transparenz, wenig über Öffentlichkeit...ich glaube, das ist durchaus, und wir reden ja immer noch... über sozusagen einige Ergänzungen für die Geschäftsordnung, von der wir dann von Ihnen wieder hören werden, dass es da eine Reihe von Möglichkeiten gibt, das in dieser Geschäftsordnung so zu verorten, dass wir – so wäre jedenfalls meine Position klar – dass wir (betont:) im Grundsatz davon ausgehen, dass die Arbeitsgruppen – (betont:) im Grundsatz davon ausgehen, unter dem selben Öffentlichkeitsauftrag stattfinden, wie die Kommissionsarbeit. Aber das es sicherlich Situationen gibt, wo die Livestream-Möglichkeit überhaupt nicht darstellbar ist...aber die...im Grundsatz soll das stattfinden, und dem müssen wir verpflichtet sein, und das will ich noch mal ergänzen, auch mit einer Äußerung von Herrn Grunwald von vorhin und das wird ja, natürlich gibt es, das wird auch deutlich in dem heutigen Abend, der von Ihnen vorgeschlagen worden ist, zum Ausdruck gebracht: Es gibt eine doppelte Richtungsbewegung für den Begriff des Vertrauens. Und die erste Richtungsbewegung des Vertrauens ist in diesen Kreis hinein. Und es geht darum, dass... in dieser Situation, in der wir uns hier befinden, mit diesem komplexen und ambitionierten Auftrag ... es eine enorme Ehrlichkeit, Offenheit braucht, damit dieses Vertrauen wächst. Und es gibt die andere Richtung und das ist das Vertrauen in die Öffentlichkeit. Das ist Öffentlichkeit und nicht, ich sag mal, ein eher populär missbrauchter Begriff der grundsätzlichen Transparenz für alles und jeden.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Herr Appel bitte.“

Herr Appel:

„Ich habe sehr viel gelernt über die Struktur und ääh, die Intuition, oder, äh, die Art und Weise der Arbeit in parlamentarischen Arbeitsgruppen. Ich gebe zu, dass mir das in diesem Maße nicht vertraut gewesen ist, aber der Gedanke, dass äh, die Repräsentativität, wenn man eine Arbeitsgruppe hat, die genauso repräsentativ zusammengesetzt ist wie die Kommission, dass man dann auch dieselben Maßstäbe darauf anwendet, das leuchtet mir ein. Was mir nicht einleuchtet, ist das dieses Prinzip auf alle Arbeitsgruppen übertragen wird. Ich bin nämlich der festen Überzeugung, dass wir einen bunten Strauß von ...im Hinblick auf die Aufgabenstellung und im Hinblick auf die Abarbeitung dieser Aufgabe und vor allen Dingen auch im Hinblick auf das erwartete Ergebnis – was soll dabei herauskommen, welche Rolle spielt es im Gesamtverfahren - sehr unterschiedliche Arbeitsgruppen haben werden. Ich will ein Beispiel nennen wo ich mir schlecht vorstellen kann – bei vielen anderen kann ich's mir vorstellen - wo ich mir aber schlecht vorstellen kann, dass Repräsentativität und damit dann auch Transparenz in diesem Zusammenhang wirklich hilfreich sind. Der AkEnd – ich unterstelle mal, den AkEnd hätte es nicht gegeben und die Kommission müsste tatsächlich bei Null anfangen und müsste Kriterien geowissenschaftlicher Art und sogar noch bestimmte Typen von Kriterien – die sind alle im Auftrag schon angelegt, Ausschlusskriterien und Vergleichskriterien – entwickeln, und das sollte mit einer repräsentativ zusammengesetzten Teilgruppe aus dieser Kommission geschehen...ich halte das nicht für möglich. Das bedeutet – das bedeutet für mich - das für eine solche Arbeitsgruppe, wenn sich ein vergleichbares Problem stellt, es sinnvoll sein kann, dass auch diese Kommission eine Arbeitsgruppe dafür hat, dass sie aber andere Arbeitsregeln für sich findet. Da ist nämlich Flexibilität und Geschwindigkeit - man sitzt an einem Thema dran und will das dann auch ... vertieft bearbeiten in dieser Arbeitsgruppe - dann gibt es drei Sitzungen pro Woche und in diesem Zusammenhang den Rahmen von Trans, äh, Repräsentativität und Transparenz aufrecht zu erhalten, scheint mir, äh, schwierig. Mein Plädoyer ist, geht daher in die Richtung, Flexibilität im Kopf zu haben, das Prinzip dabei aber nicht zu vergessen, und dann kommt man auch vielleicht zu handhabbaren Lösungen, in dem Sinne wie Herr Meister das, wie ich ihn verstanden habe, auch schon angedacht hat, dass man eben vielleicht nicht alle, nur weil's derselbe Begriff ist, nicht alles über einen Kamm scheren sollte, nicht nur nach dem Verständnis, sondern auch im Umgang damit.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön. Herr Steinkemper bitte.“

Herr Steinkemper:

„Ja, vielen Dank. Nach dem, was die Vorredner gesagt haben, kann ich mich relativ kurz fassen. Auch aus der nicht gerade kurzen Erfahrung von über dreißig Jahren in den verschiedensten Arbeitsgruppen, in den verschiedensten Gremien, in den verschiedensten Untergremien, ist völlig klar, Transparenz und Öffentlichkeit ist das übergreifende Prinzip, so wie das hier auch gesagt wurde. Ein wesentlich weiteres Prinzip muss aber sein: Erstens die Arbeitsfähigkeit der Gruppen, die wir einrichten, und zweitens die Effizienz der Gruppen, oder der Kreise, wie auch immer wir das nennen – Effizienz mit ihrer... mit Blick auf ihre Aufgabe, nämlich das die Kommission zu unterstützen, Meinungsbildung vorzubereiten und damit

ergebnisorientiert die Dinge angehen. Und der zweite Punkt setzt in gewisser Weise aus meiner Erfahrung jedenfalls heraus, dass man nicht jedes Telefongespräch, oder jede Telefonschaltung, was immer Sie sich denken können, was ad hoc in so 'ner Arbeitsgruppe, wenn die Zeit drängt, mal vorkommen kann, äh, in den Livestream setzt, das wär' jetzt die Übertreibung schlechthin. Also mit anderen Worten, ich glaube wir sind gut beraten, wenn wir die beiden Aspekte, die ja zu Recht hier betont worden sind, äh, uns noch mal vor Augen führen und, äh, dann in der Geschäftsordnung – das mag'n bisschen schwierig sein, aber für jemand, der 'n bisschen Phantasie und Erfahrung auf dem Gebiet hat, meine ich – müsste es gelingen, da eine Regelung zu finden, die beide Aspekte berücksichtigt, einmal übergreifend Transparenz, aber auch genauso wichtig aus meiner Sicht, im Sinne der Effizienz und der Ergebnisorientiertheit der Arbeit, äh, schlicht die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgruppe, und letzter Punkt: die Arbeitsgruppe, äh, so es jedenfalls, oder wie immer auch wir die Gremien nennen, oder Vorbereitungsgruppen, die treffen ja keine Entscheidungen, sondern mein Gesichtspunkt ist dabei, dass schon aus der Unterlage, oder wie auch immer, aus dem Vortrag, aus dem Einbringen in die Kommission, sehr deutlich wird, wie die Meinung und die Meinungsbildung innerhalb der Arbeitsgruppe ist, da gibt's kein vorsortiertes Ergebnis, das darf's nicht geben. Wenn es das aufgrund des Konsens gibt, umso besser, aber das, äh, ist nicht die Vorgabe. Danke.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön. Herr Sommer bitte.“

Herr Sommer:

„Es wird Zeit, sich unbeliebt zu machen, glaube ich. Wenn wir in den Begrifflichkeiten von Transparenz und Effizienz diskutieren wollten, verstehe ich Ihre Position als Wissenschaftler natürlich, aber dann müsste ich Ihnen sagen: Transparenz vor Effizienz in jeder einzelnen Frage. Weil wir hier nämlich eigentlich nicht mit diesen Begrifflichkeiten unterwegs sein sollten, sondern mit der Begrifflichkeit die der Herr Meister grad' so schon eingeführt hat, nämlich mit dem Begriff des Vertrauens. Und er hat es, er hat es ja in beiden Dimensionen ja erwähnt: Wir sitzen ja hier in diesem Gremium zusammen, weil in dem Prozess der Endlagersuche in den letzten dreißig Jahren in Deutschland sehr viel Vertrauen kaputt getrampelt wurde. Ich möchte jetzt nicht ausführen, von wem und in welchem Kontext, aber es ist so – ich glaube, diese Einigung können wir hier im Konsens erzielen. Ähm, wir brauchen also vertrauensbildende Maßnahmen, wir brauchen die natürlich auch innerhalb dieses Gremiums und deshalb müssen wir allein schon innerhalb dieses Gremiums eine gewisse Transparenz in den Arbeitsgruppen haben, an denen zum Beispiel aus Ressourcenmangel –und... manchmal ist es der Kalender, manchmal ist es die Möglichkeit sich nicht vertreten zu lassen – zum Beispiel wie wir seitens der Umweltverbände ja an vielen Bereichen gar nicht teilnehmen können. Wir brauchen aber – und das ist noch viel viel wichtiger, und das steht ganz oben dran – die Vertrauensbildung innerhalb unserer Gesellschaft. Und da gibt es das bislang nicht. Und die Tatsache das wir, der Herr Brunsmeier und ich, erst seit gestern benannt sind, und eigentlich auch erst halb, weil einfach der Bundesrat noch nicht getagt hat das hat ja was damit zu tun, dass es ein unendlich schwieriger Prozess war, in der Umweltbewegung bis hier zwei Menschen, die sich dafür einiges auch schon haben anhören müssen und sich noch einiges dafür anhören werden müssen, hier

sitzen. UND: Ich möchte ganz deutlich sagen: Unterliegen Sie nicht dem Fehlschluss, dass wir hier Repräsentanten der gesamten Umweltbewegung Deutschlands wären. Das wäre nämlich fatal. Sie müssen also nicht nur unser Vertrauen gewinnen, sondern wir müssen gemeinsam das Vertrauen dieser Menschen gewinnen, die bis heute immer noch sagen: auf diese Kommission gebe ich keinen Pfifferling, weil es ein Mitmachtheater darstellt. Und die müssen wir eines Besseren belehren. Und das geht nur indem wir aufpassen, wie ein Hofhund, dass uns da nichts durchgeht, was uns ausgelegt werden könnte als Mauschelein und intransparenten Klüngel. Damit meine ich jetzt nicht: eigentlich geht nicht, dass Sie Herr Thomauske und Sie Herr Steinkemper ein Telefonat vorher anmelden müssen und live im Internet übertragen müssen wenn Sie das machen. Damit meine ich aber, dass wir alles was an Sitzungen stattfindet schon auch so transparent, so viel wie möglich, kommunizieren müssen. Und das alles; vielleicht kommen wir wirklich weiter, unter dem Begriff, dass alles was wir hier tun, eine vertrauensbildende Maßnahme darstellt, nach Innen und nach Außen. Und ich glaube das hilft uns auch bei der Formulierung der Geschäfte.“

Frau Heinen-Esser

„Danke Herr Sommer. Herr Wenzel bitte.“

Herr Wenzel:

„Ja, ich glaube Herr Sommer hat die Herausforderung nochmal sehr gut eingeordnet. Am Ende werden wir, glaube ich, nur zu einem Ergebnis kommen, wenn auch wir die Herausforderung vor der wir hier stehen, auch gesamtgesellschaftlich transparent machen können; wenn wir den Stand von Wissenschaft und Technik weltweit zu diesem Thema hier transparent machen können. Ich nehme die Diskussionen der letzten Jahrzehnte so wahr, dass wir uns in Deutschland extrem verengt haben, schon allein vom wissenschaftlichen Forschungsansatz her. Wir haben uns sehr früh in den 50er Jahren konzentriert auf ein Medium; wir haben auch die ganze Forschung konzentriert auf ein Medium. Wir haben uns konzentriert auf einen Standort, die Alternativen wurden ganz lange überhaupt nicht gedacht, und das... darunter leidet bis heute unsere gesamte Forschungslandschaft. Und es ist sozusagen auch `ne Herausforderung dieser Kommission dafür zu sorgen, dass wir Transparenz kriegen über den Stand von Wissenschaft und Technik, nicht nur in Deutschland, sondern auch Erfahrung anderer Länder. Warum haben denn andere Länder ihre Wege wieder aufgegeben? Die USA? Jaka-Mountain. Was hat in der Schweiz dazu geführt, dass man so vorgegangen ist, wie man das gemacht hat? Was macht man in Japan? Was macht man in Russland? Alle stehen vor der selben Herausforderung! Nutzen seit 50 Jahren diese Technologie und wissen nicht wohin! Und darüber Transparenz und ein Verständnis herzustellen, dass geht weit über das hinaus, was wir hier erfahren müssen, sondern wir müssen am Ende ja auch in der Gesamtgesellschaft Verständnis dafür finden, was da am Ende für Entscheidungskriterien, Orte, Methoden, oder wie auch immer, gefunden werden. Und noch eins: Wir kämpfen damit, dass sich bei der Asse weite Teile der Wissenschaft, Politik und der Wirtschaft diskreditiert haben, weil der Wasserzufluss lange bekannt war und das öffentlich nie kommuniziert wurde. Gerade aus dem Bereich der wissenschaftlichen Einrichtung warte ich bis heute auf die Statements und auf die Erklärungen, äh die erklären können, warum das passiert ist! Warum man darüber keine Transparenz hergestellt hat. Das ist auch `n Teil von Glaubwürdigkeit, das

zu schaffen! Weil sonst werden wir auch mit jedem neuen Projekt wieder an den Stellen, an dieser selben Stelle scheitern, wenn wir nicht erklären, äh wie diese Fehler in der Vergangenheit entstanden sind.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Meister bitte“

Herr Meister:

„Noch mal zurückblenden, verehrte Vorsitzende, ob es denkbar ist, dass mit der Aufnahme dieser Voten, die in der Debatte über die Geschäftsordnung, jetzt gefallen sind, ein Entwurf der Geschäftsordnung nicht erstellt werden könnte, weil wir in dieser Debatte, glaube ich, ausreichend jetzt Material zusammengestellt haben, mit dem bestimmten Fokus natürlich auf die Öffentlichkeit halt.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Meister, das können wir. Ich fass` gleich einzelne Punkte mal zusammen. Nichtsdestotrotz werden wir in der nächsten Sitzung erleben, dass wir an der einen oder anderen Stelle strittig abstimmen werden. Also ich fass gleich mal zusammen: Es gibt ja Punkte, in denen wir uns absolut einig waren, aber es gibt den einen oder anderen Punkt mit „unterschiedlicher Interpretation“, um das mal so zu formulieren. Herr Jäger bitte.“

Herr Jäger:

„Ja, ich möchte anschließen an Ihre Ausführungen Herr Wenzel. Noch einen Punkt, als Anregung für den Schritt, den Sie gerade angedeutet haben, noch mitgeben: Herr Wenzel, wenn Sie ansprechen, dass man wir hier auch die Aufgabe haben transparent zu machen, Informationen zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel warum ist in den USA die Entwicklung so gelaufen, wie sie gelaufen ist, dann ist das ein inhaltlicher Anspruch; den leite ich auch aus den gesetzlichen Auftrag so ab; den müssen wir erfüllen! Und wir werden auch daran gemessen werden mit welcher Qualität und mit welchem Tiefgang wir diese Arbeit leisten. Und ich seh` da einen gewissen Zielkonflikt. Auf der einen Seite: Ja, Transparenz und Öffentlichkeit mit einbeziehen – auf der anderen Seite aber Strukturen zu schaffen, die arbeitsfähig sind und genau die Qualität auch liefern die wir von ihnen erwarten. Die Schlussfolgerung die ich daraus ziehe: ich denke mal, dieser Kreis ist primär gefordert Transparenz und Einbeziehung der Öffentlichkeit sicher zu stellen. Wir sollten uns aber in der Geschäftsordnung eine gewisse Flexibilität bewahren, wo wir diesen Anspruch dann gezielt auf die einzelnen Arbeitsgruppen, die einzelnen Themen dann transportieren und nicht von vornherein festlegen das alles, z. B. per Livestream, in allen Arbeitsgruppen, in allen Strukturen transportiert werden kann, sondern eine gewisse Flexibilität, enthebt uns nicht der Verantwortung, das dann zu Monitoren, wie es denn läuft, ob es unseren Ansprüchen an Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung dann tatsächlich genügt und zu intervenieren, wenn das nicht der Fall ist.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Jäger. Herr Kleemann noch dazu. Und dann werde ich den Versuch einer Zusammenfassung...“

Herr Kleemann:

„Eigentlich wollte ich mich auch gar nicht mehr zu Wort melden. Aber es ist ja immer so bei neuen Ausschüssen, wenn die sich bilden, dass man zunächst auch mal viel über Formalia redet und auch über Geschäftsordnung. Ich hab grad noch mal ins Gesetz geschaut: da ist gesagt, dass ja die Geschäftsordnung mit einfacher Mehrheit entschieden werden soll. Das wäre ja ein schlechtes Signal, wenn wir gerade jetzt, also bei den Arbeitsbedingungen... (Dazwischengerede: das wär schlecht), ja ja eben, deshalb, das wär schon mein Wunsch, dass wir hier dann auch zu einer Konsenslösung finden. Nä!?! Es wär ja ein schlechter Start. Meines Erachtens ist das auch möglich. Denn alle Beteiligten haben ja gesagt: Transparenz muss unbedingt sichergestellt werden, damit ja auch Vertrauen in diesem Prozess geschaffen werden kann. Und ich weiß jetzt noch gar nicht, ob überhaupt eine Arbeitsgruppe notwendig sein wird. Und dass das dann auch wirklich im Einzelfall entschieden wird, in welcher Form das auch gemacht wird. Also, dass wir dann jetzt also nicht die Messlatte zu hoch hängen und gleich dann schon mit einer Kampf Abstimmung möglicherweise dann eine Debatte beginnen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank. Also ich fass jetzt also noch ein Stück weit zusammen, Themen und in welche Richtung das geht, aus denen wir dann ihnen für die nächste Sitzung einen Vorschlag der Geschäftsordnung dann machen. Gegebenenfalls auch mit unterschiedlichen Varianten in einzelnen Punkten, die wir dann in der Vorlage konkret diskutieren können. Ich sag das jetzt auch ein bisschen durcheinander, so wie ich mir das auch aufgeschrieben habe, nicht immer der Gewichtung entsprechend. Sehn Sie mir das jetzt also bitte nach:

1. Frage: Konsensprinzip?

Da zitiere ich, glaub ich, nochmal Frau Glänzer: Konsensprinzip, aber nicht immer Einstimmigkeit, das waren sie ja, glaube ich, auch immer; die ist aber auch nicht immer zu erreichen, aber weitestgehend. Konsensprinzip ist anzustreben. Das ist der erste Punkt. Der 2. Punkt ist das Thema „Minderheitenrechte“. Ganz klare Regelungen zu treffen, was Minderheitenrechte angeht. Ich weiß nicht mehr von wem das Beispiel kam: welches Gutachten gebraucht, oder eben nicht gebraucht wird, welche Studie, ..wer.. welche anzuhören ist etc.; also dem.., dass wir die Minderheitenrechte auch ganz glasklar in der Geschäftsordnung definieren. Beim Protokoll haben wir insofern Einigkeit erzielt, als dass wir den Livestream haben, der Livestream im Internet jederzeit der Kommissionssitzungen zur Verfügung steht und wir deshalb über die Kommissionssitzungen Ergebnisprotokolle anfertigen können. Wir sind bereit Arbeitsgruppen einzusetzen. Ich hab aber hier auch den deutlichen Willen vernommen, hier nicht all zu viele Arbeitsgruppen tagen zu lassen, sondern sich das ähm sehr genau anzuschauen, zu welchen Zwecke, wie und wann Arbeitsgruppen eingesetzt werden....“

Frau Heinen-Esser:

„...Die Öffentlichkeitsherstellung bei den Arbeitsgruppen (Mikrofonausfall) würde ich im Meisterschen Sinne zu definieren versuchen. Ich sag offen: Ich find ... hab nichts gegen Livestream, oder Tonbandaufzeichnungen etc. Da wird man Methoden finden, wir müssen nur gucken, dass sie darstellbar sind, da wo wir tagen. Das gucken wir uns an und werden da einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Wichtig ist das Thema Vermeidung von Interessenkollisionen, einmal so wie Herr Wenzel das vorhin angesprochen hat, aber .. Befangenheitsregeln

natürlich Herr Sailer so, dass Sie alle Luft zum Atmen und zum Leben haben und es hier nicht heißt in jeder Sitzung, die Wissenschaftsbank ist überhaupt nicht mehr in der Lage hier noch einen Ton mit zu diskutieren. So, das ist glaub ich klar. Wir haben das Thema Gutachten schon angesprochen. Was ja unser Vorschlag war: keine Gutachten-Vergabe innerhalb der Kommission, um da direkt für klare Kante zu sorgen. Sitzungstermine langfristig - das ist noch von Herrn Wenzel angesprochen worden – ja auf jeden Fall. Ich weise nochmal auf folgenden Fakt hin – wir können gleich nochmal über den Termin sprechen – dieser Termin hier ist relativ kurzfristig anberaumt worden. Wir sind bis auf 2 vollzählig, das ist schon eine sensationelle Quote, die wir in der Kurzfristigkeit hier erreicht haben, also von daher müssen wir gleich nochmal gucken, wie wir das hier nochmal mit der erneuten Abstimmung machen, aber Herr Müller und ich sind da zu allem bereit, was der Konsens- und der Friedensfindung dient. Dann... Herr Wenzel hatte die Frage nach dem Haushalt gestellt: Wir können natürlich noch zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültige Aussage über den Haushalt treffen, der wird erst noch in zweiter, dritter Lesung beraten. In den Vorlagen ist vorgesehen, dass wir einen Haushalt von 6, 5 Millionen € pro Jahr zur Verfügung haben, wobei wenn ich das richtig sehe - da muss ich jetzt mal hilfeschend zu den Bundestagskollegen gucken – die 6,5 Millionen auf voll für dieses Jahr jetzt gelten, auch wenn wir erst im Mai angefangen haben. Das ist der Rahmen, in dem wir uns finanziell bewegen. Wenn der Bundesrat noch 'n bisschen was dazu tut – da guck ich jetzt mal hier auf die linke Seite – würden wir uns natürlich auch sehr darüber freuen. Ansonsten nehmen wir keine Gelder an, um das direkt mal klar zu machen. Aber wenn hier noch mal die Möglichkeit wäre, was dazu zu tun, was sicherlich der Studien- und Gutachtaufgabe angeht: ja.“

Herr Müller:

„5 Millionen für“

Frau Heinen-Esser:

„5 Millionen für Studien von den 6,5 Millionen sagt Herr Müller gerade nochmal...Ich glaube dass wir damit viel leisten können ... sagen wir mal, das ist auch ein Etat – weil die Frage ja auf von Herrn Wenzel vorhin ausgeworfen wurde – wie sieht es aus mit Unterstützung für die Mitglieder der Kommission, die jetzt hier nicht mit den vollen Apparaten auflaufen, also auch Verbände und Institute sind ja gut ausgestattet - in der Regel - und haben weitere Mitarbeiter zur Verfügung. Das betrifft ja nicht alle, die hier in der Kommission sitzen, und deshalb ist natürlich auch zu überlegen, ob man da dem einen oder anderen Mitglied inhaltliche Unterstützung über Studienvergabe etc. gewähren kann, um so auch die Augenhöhe der einzelnen Mitglieder untereinander festzuhalten. Das sind ein paar Punkte, die ich jetzt angesprochen habe, die wür...wir würden jetzt aufgrund des Protokolls werden wir den Vorschlag einer Geschäftsordnung Ihnen unterbreiten, die Ihnen rechtzeitig natürlich zugeht Frau Glänzer, damit man da Möglichkeiten hat, sich hinein zu vertiefen und dann dürfte eigentlich einer Verabschiedung in der nächsten Sitzungswoche nichts entgegenstehen. Und wenn Sie noch weitere Wünsche zur Geschäftsordnung haben, können Sie die uns auch jederzeit nochmal per E-mail schicken, wenn Sie sagen, der oder der Punkt ist jetzt noch nicht in der Diskussion berücksichtigt worden. Könnten wir so verfahren? Ich glaub, die Detailarbeit kommt, wenn der Text auf dem Tisch liegt. Ja? Okay, dann danke ich Ihnen ganz herzlich ...Ja, bitte, Herr Jäger?“

Herr Jäger:

„Entschuldigung! Das Thema Vertreterregelung, werden wir das jetzt hier noch ansprechen? Also wir müssen es ...“

Frau Heinen-Esser:

„Die Ute Vogt hat vorhin glaube ich dargelegt, wie diejenigen, die das Gesetz formuliert haben, uns gesehen haben und wie die Historie war und danach gibt es keine Vertreterregelungen. Das heißt, es geht hier um die persönliche Anwesenheit.“

Herr Jäger:

„Entschuldigung. Weil mir das sehr wesentlich wär oder sehr wichtig wär, dass doch zumindest der Input der Kommissionsmitglieder berücksichtigt wird, und es kann ja durchaus trotzdem passieren, dass man nicht teilnehmen kann, dass wir über Instrumente nachdenken, die das ermöglichen. Sei es Abwesenheitsvertreter, sei es die Möglichkeit, dass die Stimme übertragen wird auf ein anderes Kommissionsmitglied, jedenfalls so, dass man in der Pflicht weiterhin bleibt, auch wenn man nicht präsent sein kann und auf der anderen Seite auch die Dinge dann noch mit einbringt.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Jäger, wir haben 2 Kommissionsmitglieder, die absagen mussten, Herr Milbradt und Herr Gaßner, aufgrund anderer terminlicher Verpflichtungen, und wir haben beiden Mitgliedern angeboten, wenn sie das Protokoll vorliegen haben, ihre Ergänzungswünsche gesondert im Protokoll zu vermerken, so dass es für jeden, der nicht mit dabei ist, über das Protokoll die Möglichkeit gibt, auch noch mal Stellungnahmen zu einzelnen Themen abzugeben. Das ist die einzige Möglichkeit die wir jetzt da sehen. Und dann, da glauben Sie meiner persönlichen auch relativ langjährigen Erfahrung im deutschen Bundestag: Wenn wir mit den Vertreterregelungen anfangen, sitzen wir in 8 Monaten mit Vertretern hier. Das ist so, das ist nicht aus bösem Willen so, sondern das ist quasi ein Naturgesetz. Und dann hinter heißt es, was die Vertreter aber bestimmt haben, da stehen wir jetzt doch nicht ganz so hinter und dann machen wir im Plenum die Diskussion wieder neu auf. Also deshalb würde ich einfach bitten, die Regelung jetzt so hinzunehmen. Die Länder haben Stellvertreter, aber die sind auch Landesregierungsstellvertreter, also das ist schon auch entsprechend. Ich würde mal sagen, wir bleiben so wie wir's haben. Ja?“

Herr Jäger:

„Also Frau Vorsitzende, es tut mir leid, aber ich hab damit doch ein echtes Problem, muss ich gestehen, ich schätze das etwas anders ein. Es ist nicht so, dass dann – ich sprech jetzt nur für mich und möglicherweise auch für den Kollegen (zeigt auf den rechten Nachbarn) – dass das automatisch zur Vertretungswahrnehmung führen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Ich fühle mich persönlich aufgrund der Mandatierung aus deutschem Bundestag und Bundesrat persönlich verpflichtet, die Arbeit in dieser Kommission zu leisten. Das werde ich bestmöglich tun und ich werde auch alles dransetzen, dass ich immer anwesend sein kann. Es kann aber durchaus sein ... auch Krankheit, oder sonstige Ursachen können es sein, die mich persönlich verhindern, hier präsent zu sein, und ich

möchte trotzdem sicherstellen, dass ich bestmöglich den Beitrag hier einbringe, und darum bitte ich nochmal darüber nachzudenken, gibt es noch Möglichkeiten jenseits der bisherigen Festlegung, das sicherzustellen.“

Frau Heinen-Esser

„Frau Kotting-Uhl hatte sich gemeldet und dann Herr Ott. Oder wollen wir erst noch Herrn Ott dazu, und dann Frau Kotting-Uhl, weil sie jetzt die zuständige Berichterstatterin für das Gesetz ist. Ja? Können wir’s so rum machen?“

Herr Ott:

„Ok, vielen Dank. Ich hatte das ja vorhin schon mal im Zus... kurz angesprochen, und wir haben das ... und im DGB-Bundesvorstand auch diskutiert, die Frage: gibt es die Möglichkeit, als Institution einen Stellvertreter zu benennen, der für den Teil des Ausfalls eines Mitglieds aus dem gewerkschaftlichen Bereich dann in der Lage ist, die Vertretung zu übernehmen und das als absoluter, natürlich als absolute Ausnahme, also wer hier einmal gesagt hat „ich wär bereit, hier mitzuarbeiten“ und wird berufen, der hat natürlich das was ganz zu Beginn schon diskutiert worden ist, die Verpflichtung alles zu tun, um an allen Sitzungen teilzunehmen. Aber es kann den unwahrscheinlichen Fall geben, dass es einmal nicht geht, und für diese Fälle haben wir das diskutiert, auch eine Stellvertretungsregelung zuzulassen.“

Frau Heinen-Esser:

„Frau Kotting-Uhl.“

Frau Kotting-Uhl:

„Es ist – ich sag mal – uns ja in der Politik jetzt nicht so ganz leicht gefallen, auch auf unser Stimmrecht zu verzichten. Das will ich mal von vorneherein sagen, es ist nicht so ganz selbstverständlich gewesen, ist aber glaube ich das richtige Signal, auch nach draußen, zu sagen, es geht hier um Entscheidungen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft, und wir sind dabei und beraten, reden mit usw., aber wir entscheiden das nicht. Wir entscheiden nachher über die Empfehlungen, die an uns herangetragen werden, aber da würd ich nochmal auf Herrn Lammert verweisen, der ja schon gesagt hat, dass die Wahrscheinlichkeit eine sehr hohe ist und sich um so mehr erhöht, je größer der Konsens ist, dass diese Empfehlungen auch genauso dann vom Bundestag übernommen werden. Wären wir auch mit Entscheidungsrecht, auch mit Stimmrecht ausgestattet, dann hätten wir auch keine Stellvertreter in dieser Kommission, und ich will mal sagen warum: Wir haben jetzt 16 Personen, die über diese extrem wichtigen Fragen mit einer unglaublich langen Reichweite in die Zukunft hinaus entscheiden sollen, für diese Gesellschaft. Und dieses Stimmrecht ist ein ganz hohes Gut. Und deshalb ist es nicht übertragbar. Diejenigen, die dieses Stimmrecht ausüben, sollen dabei sein, kontinuierlich und sollen den Prozess mitverfolgen. Das ist eine hohe Verantwortung und das ist natürlich auch ein hoher Anspruch, möglichst immer da zu sein, dessen sind wir uns schon bewusst, und auch bewusst, dass man das nicht immer erfüllen kann. Aber soweit möglich das eben zu erfüllen und dieses Stimmrecht am Ende, oder auch dazwischen, wenn diese wichtigen Entscheidungen anfallen, diese Zwischenentscheidungen, ist eben ganz relevant und auf eine Person bezogen die zwar etwas vertritt, entweder wissenschaftlichen Bereich, oder einen gesellschaftlichen Bereich, aber letztlich ist es dann ein

persönliches Stimmrecht. Und es ist von uns aus bewusst so gemacht, dass das nicht übertragbar ist.“

Frau Heinen-Esser:

„Ich muss darauf hinweisen, bevor ich Herrn Sailer das Wort gebe, vielleicht kürzt das die Diskussion ab: Im Gesetz ist die Frage geregelt. Ich glaub, wir haben hier gar nicht die Möglichkeit das Gesetz zu ändern. Also, aber, ich will noch mal drauf hinweisen, Herr Jäger, es ist Ihnen unbenommen jemanden hier in die Sitzung zu schicken. Wir sind hier öffentlich, wir tagen öffentlich. Also, jemand der das Sitzungsgeschehen verfolgt, das ist ja nun überhaupt kein Problem. Aber eine Stimmrechtsübertragung an jemand anders kann es glaub, wenn ich, also hier, muss ich da mal einen Juristen fragen, aber kann es nur mit Zustimmung der beiden Häuser geben, weil das Gesetz tatsächlich geändert werden muss, Herr Tillich dazu, Herr Sailer vielleicht.“

Herr Tillich:

„Ja, ich habe nur eine Verständnisfrage. Ich gehe ja mal davon aus, dass wir immer alle wissen werden, wann was zur Abstimmung steht. Das heißt, dass im Prinzip mindestens eine oder zwei Sitzungen vorher bekannt ist, wann was zur Abstimmung steht. Und dann ist ja im Prinzip für die persönliche Disposition dann des jeweiligen Mitgliedes dann natürlich auch noch mal die, die Möglichkeit, also, in der Tat die, vielleicht auch den Heiratstermin noch mal zu verschieben und dann tatsächlich da zu sein. (allgemeines Schmunzeln)“

Frau Heinen-Esser:

„(Lachen) Okay, Herr Sailer noch. Ach für die Bundestagskollegen Abstimmung ist nach aktuellem Stand 16:45.“

Herr Sailer:

„Ah ja, also, mir ist es auch sehr wichtig gewesen bei der Gesetzesformulierung, dass es ganz klar ist, dass das nicht Bänker oder Gruppen von Leuten sind, sondern das es konkrete Personen sind, weil - das die Erfahrung - Ute Vogt hat vorhin drauf hingewiesen, Sylvia Kottling-Uhl hat auch drauf hingewiesen, so ein schwieriger Prozess läuft nur zwischen Personen die auch Vertrauen zueinander aufbauen. Und meine Erfahrung ist leider ähnlich wie, wie Ihre, Frau Heinen-Esser, dass das auseinander läuft, dann. Also, deswegen kann ich dem voll folgen. Das mag in manchen Organisationen ein bisschen anders sein, wo die Stringenz da ist. Aber wir haben hier nicht die hohe Stringenz, weil jeder mit den Füßen abstimmen kann und dann wird das so kommen. Aber ich hatte vorhin schon mal auf den strukturellen Nachteil der Wissenschaftler hingewiesen. Also wenn jetzt die Bank der gesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertreter Stellvertreter kriegt, bei uns geht das nicht. Also mal abgesehen davon, dass ich es nicht will, aber bei uns würde es auch gar nicht gehen, weil wer ist der Vertreter vom Herrn Kudla, oder wer ist der Vertreter von mir. Bei meinem Hauptamt ist es klar, aber hier geht es nicht. Also, insofern würden wir dann auch eine strukturelle - starkes Ungleichgewicht machen zwischen den beiden stimmberechtigten Bänken. Also, deswegen appelliere ich auch noch mal aus unserer Sicht, aus der Wissenschaftlerseite, das wir da bei der Gesetzesformulierung bleiben.“

Frau Heinen-Esser:

„Gut, herzlichen Dank! Ich glaube, das brauche ich nicht zur Abstimmung zu stellen, weil die Sache nach Gesetz auch geklärt ist. Wie gesagt: Sie können ja immer Besucher auch hier in diese Sitzung schicken. Ich komme dann zum nächsten Tagesordnungspunkt, also wir fahren, verfahren so. Ich habe Punkte angesprochen. Sie können noch mal zuliefern und wir entwickeln die Geschäftsordnung zur nächsten Sitzung. Ich komme jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt: Gedankenaustausch zum Arbeitsauftrag. Auch hier sollten wir so verfahren, wie wir es gerade bei der Geschäftsordnung gemacht haben, dass wir über inhaltliche Themen miteinander sprechen, wir die hier aufnehmen und dann in einen Vorschlag für ein Arbeitsprogramm aufnehmen. Ich sage noch mal: Wir haben drei Themenblöcke zu bearbeiten. Das sind Grundsatzfragen und Kriterien für die Endlagersuche, das ist zum Zweiten die Evaluation des Standortauswahlgesetzes, und das ist zum Dritten die Öffentlichkeitsbeteiligung, auch um einen gesellschaftlichen Konsens, oder einen großen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Das sind die drei Themenblöcke die uns mitgegeben sind. Ich gucke jetzt noch mal aus Standortauswahlgesetz und aus dem Entschließungsantrag der Fraktionen. Das würde ich jetzt mal als große Headlines nehmen. Und jetzt können wir uns darüber austauschen, wie wir diese großen Überschriften mit Leben erfüllen, um daraus das Arbeitsprogramm zu formulieren. Wer möchte beginnen? Herr Jäger.“

4. Gedankenaustausch zum Arbeitsauftrag

Herr Jäger:

„Ja, ich sehe nach meinem Verständnis wie es im Gesetz formuliert ist eine gewisse logische Reihenfolge, wie man diese Themen bearbeitet. In der Tat, diese beiden inhaltlichen Themenblöcke, einerseits, was das kriterienbezogene, die kriterienbezogenen Themen sind. Und das Zweite, die verfahrensbezogenen Themen: Wie ist Öffentlichkeit herzustellen, wie ist die, das Verfahren zu gestalten. Das sind die beiden - aus meiner Sicht - inhaltlichen Blöcke, die zunächst abgearbeitet werden müssen und wir hoffentlich aus diesen inhaltlichen Blöcken, die auch im übrigen durchaus Wechselwirkungen zu berücksichtigen, muss man Wechselwirkungen berücksichtigen. Wenn dieses Ergebnis vorliegt, dass dann im Lichte, oder dieser Ergebnisse gespiegelt werden an dem Gesetz, um festzustellen: Gibt es da mögliche Kollisionen, Lücken, oder wie auch immer, Bedarf im Sinne von Empfehlungen, das Gesetz zu ändern? Also noch mal die beiden inhaltlichen Themen zuerst abarbeiten und dann vor dem Ergebnis, vor dem Hintergrund der erzielten Ergebnisse der Blick ins Gesetz.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Grunwald, bitte.“

Herr Grunwald:

„Also, der Reihenfolge schließe ich mich schon einmal an. Eigentlich wollte ich, ich wollte den Punkt machen, der - ich glaube Herr Wenzel auch schon mal gesagt hatte - internationale Erfahrungen einbeziehen. Das ist etwas, was wir in Deutschland in machen Feldern nicht so tun, wie es vielleicht sein sollte. Aber hier ist es wichtig, weil eben, da sich auch viele interessante Entwicklungen ergeben haben. Den Punkt würde ich schon mal auch gerne vorsehen wollen. Und

dann noch ein Vorschlag zum Vorgehen, also ich hab' gute Erfahrungen gemacht in komplexen Konstellationen mit dem Modell, ich meine, was müssen wir, das, wir werden ja so etwas als Produkt dann in etwa zwei Jahren auch vorlegen. Und ich habe gute Erfahrungen gemacht schon relativ zu Beginn über eine Gliederung für dieses Produkt nachzudenken und die Themen, die wir im Rahmen des Arbeitsprogramms bedienen wollen, oder müssen, dann die auch, den auch schon sozusagen eine Ordnung geben und einen Platz geben. Nicht im Sinne einer fixen Planung, sondern im Sinne eines „Living Document“. Etwas, was lebt, was dann auch weiterentwickelt wird. Aber wenn wir so ein vorläufiges Inhaltsverzeichnis relativ früh haben, dann haben wir auch immer eine gute Idee, wo wir jetzt stehen, wo noch gravierende Lücken sind und wir vielleicht auch schon sagen, dieses Kapitel ist schon weitgehend fertig, muss nur noch der Wortlaut, und so weiter. Also, das ist für das Vorgehen aus meiner Erfahrung eigentlich eine ganz gute, ganz gute Sache.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Kleemann, bitte.“

Herr Kleemann:

„Ja, ich kann nahtlos anschließen. Ich denke, wir haben mit dem Vorschlag des AkEnd ein sehr gutes Papier als Arbeitsgrundlage zunächst erst einmal. Was man, was man diskutieren muss. Und wir müssen natürlich in der ersten Phase uns Gedanken darüber machen, welche Kriterien müssen verändert werden und welcher Form. Also ich würde es zum Beispiel begrüßen, wenn wir in der nächsten Sitzung oder vielleicht in der zweiten Sitzung danach mal einen Bericht vom, von Mitgliedern des AkEnds bekommen. Sind, wir haben ja drei Mitglieder des AkEnd in der Kommission, die mal ihre Erfahrung berichten, wie man zu bestimmten Kriterien gekommen ist und das wir dann also wirklich anhand dieses Berichtes dann feststellen, welche offenen Fragen denn eigentlich da sind. Also, ich könnte jetzt noch keine Gliederung für den Endbericht fertigen, weil ich noch nicht weiß, welche offenen Fragen denn auftreten. Also, man muss ja im Grunde genommen schauen, was hat sich in der Zwischenzeit geändert, seit 2002. Gibt es da neue Erfahrungen die man, die man einbringen muss. Das wäre für mich also zum Beispiel ganz wichtig, am Anfang zunächst erst mal. Aufbauen, das also alle den gleichen Kenntnisstand hat. Was war damals Grundlage für die Kriterien, für ein Auswahlverfahren und was hat sich inzwischen geändert. Ein zweiter Punkt, den ich auch bereits ja eingebracht hab' in die Diskussion ist, dass wir auf jeden Fall die internationalen Erfahrungen auch mit einsammeln sollten, möglichst früh in einer ersten Phase, vielleicht nachdem man sich mit dem AkEnd etwas auseinandergesetzt hat, inhaltlich. Dass also alle auf dem gleichen Stand sind. Das man dann mal schaut, welche Erfahrung hat denn die Schweiz damit gemacht. Wo sind positive Ansätze? Wo sind negative Ansätze? Was ist nicht so gut gelaufen? Was war zu optimistisch angesetzt in der Diskussion? Letztendlich kann man daraus ja dann auch Erfahrungen sammeln für ein, ein Verfahren in Deutschland. Und ein dritter Aspekt, der mich auch sehr umtreibt in letzter Zeit, das sind die Erfahrungen mit der strategischen Ölreserve in Gronau. Dort ergeben sich sicherlich auf Fragestellungen. Wir sollten auch da uns sachkundig machen. Ist es ein technischer Defekt, oder handelt es sich hier wirklich auch um ein grundlegendes Problem?“

Zwischenruf:

„Wissen Sie es schon?“

Herr Kleemann:

„Nein, ich weiß es nicht! Eben, genau deshalb. Und es weiß, es weiß derzeit keiner. Aber wir sollten uns auf jeden Fall intensiv auch mit dieser Fragestellung auseinandersetzen. Vielleicht dann auch mal Sachverständige hierzu in die Kommission einladen, oder uns vielleicht auch vor Ort dann ein Bild von der Sache machen. Also: Einstieg aus meiner Sicht wäre aber der AkEnd, dass alle auf dem gleichen Stand der Diskussion kommen.“

Herr Untersteller:

„Ja ich kann mich, was AkEnd betrifft und das als Grundlage zu nehmen, 'm wesentlichen Herrn Kleemann anschließen. Ich glaub, dass es 'n Sinn macht, relativ frühzeitig, ich sag mal hier mit 'ner Anhörung auch mal einzusteigen, wo man noch mal 'ne Bestandsaufnahme macht. Was war damals? Was kam neu, jetzt sag ich mal, in diesem guten letzten Jahrzehnt, dazu an wissenschaftlichen Erkenntnissen auch, jetzt sag ich mal, rund um das Thema „geologische Kriterien“, aber auch das Thema „rückholbar - nicht rückholbar“? Was meines Erachtens auch am Anfang diskutiert werden sollte. Das Zweite ist dann auch die, der Punkt, nämlich des Verfahrens. Das Verfahren ist jetzt erst mal im Gesetz festgelegt. Nach meinem Dafürhalten auch nicht schlecht festgelegt. Trotzdem macht's glaub ich drum noch mal 'n Sinn auch im Zusammenhang mit der Evaluation des Gesetzes, was ja mit 'ne Aufgabe ist, hier auch noch mal sich anzugucken: Wie ist das in anderen Ländern gelaufen? Schweiz ist als ein Beispiel genannt. Wie ist es in Finnland, Schweden, vielleicht auch Übersee. Das man sich das auch noch mal anschaut und dann gegebenenfalls - ohne dass ich da jetzt 'ne Meinung hab' - aber da drauf aufbauend dann, vielleicht auch noch mal zu Korrekturen kommen könnte. Weiß ich nicht. Noch mal: Ich finde, das ist erstmal 'ne gut Grundlage wie sie jetzt hier im Gesetz drin ist. Und ich wüsste jetzt nicht zu sagen: Also da passt es mir nicht. Aber - erst durch Anhören wird man klüger. Das Dritte ist dann auch die Frage der Einbeziehung der Öffentlichkeit. Letztendlich werden wir mit diesem Verfahren zum Schluss nur dann 'n Erfolg haben, wenn wir uns nicht nur hier in dem Kreis einig sind, sondern wenn es uns gelingt, möglichst breit draußen in der Öffentlichkeit zu sehen, dass das, was hier entwickelt wurde, dann auch mitgetragen wird. Und das wiederum bedeutet, dass ich glaube, dass es schon auch Sinn macht, im Rahmen so einer Evaluation dann auch zu schauen, wie machen andere das. Ja? Wie hat die Schweiz das gemacht? Wo haben die vielleicht auch Fehler gemacht? Weil sie, nach allem, was ich so mitbekomme, dann aus Baden-Württemberg, ist da auch nicht alles glatt gelaufen. Das heißt, es macht durch auch noch mal Sinn dann auch anzuhören, was würden die heute anders machen auf dem Weg? Weil ich meine, aus Fehlern lernt man ja manchmal auch. Also, auch da würd ich gucken, dass man da mal 'n Schwerpunkt drauf legt, auch noch mal Erfahrungen von anderen da mit einzubeziehen. Auch wiederum aufbauend auf Überlegungen, die der AkEnd damals gehabt hat. Würde man das heut' noch weiter so machen? Oder würde man da auch Korrekturen machen? Und was für Erfahrungen kann man von anderen hier mit einbeziehen. Dies sind für mich so die drei großen Säulen, wo ich sagen würde: Die ganzen geologischen Debatten und die Frage „Rückholbarkeit und nicht rückholbar“, die

Frage „Verfahren“. Wie kommt man zu dem bestgeeignetstem Standort? Liegen wir da richtig mit dem, wie's im Gesetz drin ist? Und das Dritte ist die Frage: Wie bezieht man die Öffentlichkeit am Besten mit ein?

Herr Thomauske:

„AkEnd ist verschiedentlich angesprochen worden und auf den Bericht hier verwiesen worden. Ich will aber dazu sagen, dass es zu diesem Bericht in der Größenordnung 50 untermauernde Unterlagen gibt. Und diese Unterlagen sind nicht mehr verfügbar, weil das Bundesumweltministerium sie unter Trittin, oder seinem Nachfolger irgendwo im Netz dann blockiert hat. Insofern würde ich bitten, dass die Unterlagen, die diesem Bericht zugrunde liegen, auch dann ins Netz gestellt werden. Der zweite Aspekt: Ich kann mich vielen Punkten, die hier von Vorrednerseite angesprochen wurden, anschließen. Ich würde einen Punkt ergänzen wollen, wo ich glaube, dass das Gesetz zu kurz greift. Herr Untersteller hat ja auch eben gesagt, und so steht es ja auch im Gesetz drin, den geeigneten Standort zu finden. Nur: Es gibt keinen geeigneten Standort, wenn man kein geeignetes Endlagerkonzept hat. Sprich: Die Abfälle in einer bestimmten Form konditioniert, einen Behälter findet, der den hydrogeologischen Verhältnissen angepasst ist, eine Abschlussbauwerke errichtet, die der Geologie dort Rechnung tragen, die seismischen Verhältnisse und so weiter, jeweils zugrunde legt. Nur in dieser Gesamtkonstellation gibt es ein geeigneten Standort, unter Einschluss eines Konzeptes. Nun müssen wir aber feststellen, dass wir kenntnistheoretisch sehr unterschiedliche Stände haben. Ist darauf hingewiesen worden von Herrn Wenzel, dass ja die bundesrepublikanische Forschung sich stärker auf Salz bezogen hat. Ich lass mal dahingestellt sein, ob das in der Ausbildung stimmt. Weil es gab ja auch Beteiligung, was Granit anbelangt, was Ton anbelangt, was mir hier zu kurz kam. Trotzdem haben wir, was den Bereich der Behälter, der Konzeptentwicklung anbelangt, 'n deutlich reduzierten Stand. Wenn wir also am Ende etwas vorschlagen wollen, dann muss es auch etwas sein, was das Endlagerkonzept, und dabei denke ich eben nicht nur an den Standort, mit integriert. Und an der Stelle haben wir eine Menge Nachholarbeit, die da geleistet werden muss. Im Übrigen möchte ich schon darauf hinweisen, dass das der Standort am Ende festgestellt wird per Gesetz. Danach aber die eigentliche Erkundung erfolgt, die eigentliche Endlagerplanung erfolgt und am Ende dieses dann zu einer Genehmigung, oder zu einer Nichtgenehmigung führt. So, jetzt lass ich mal dahingestellt sein, ob dieses Konzept, was Gegenstand der gesetzlichen Festlegung ist, am Ende der Standort und das Konzept sein wird, das genehmigt wird und was das bedeutet, nämlich Klageverfahren. Und da endet dann die Öffentlichkeit und die Transparenz, über die wir heute diskutieren. Die Klageverfahren können Sie dann erst ganz, ganz am Ende irgendwo in dem Bereich zwischen 50 und 80 Jahren von heute an gerechnet vornehmen. Und das ist ein Punkt, von dem ich glaube, dass er bislang noch nicht in dem Arbeitsprogramm enthalten ist und dementsprechend Rechnung getragen werden muss.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke schön! Herr Brunsmeier, bitte!“

Herr Brunsmeier:

„Ja, Herr Thomauske denkt sehr vom Lager her, denke ich, das ist gerade deutlich geworden. Ich würd gerne noch mal von der Situation her denken wollen in der

sich die Diskussion in der Gesellschaft darüber im Moment noch befindet. Es war sehr viel von Vertrauen in letzter Zeit die Rede. Und es war sehr viel davon die Rede: Was kann denn ein geeignetes Verfahren sein? Also nicht von hinten denken, sondern von vorne anfangen. Was kann denn uns ein geeignetes Verfahren geben, sozusagen zu diesem Ziel hinzukommen? Und in sofern ist es, glaube ich, noch mal wichtig darauf hinzuweisen, dass eben beim AK End nicht nur Inhalte sozusagen Bestandteile sind, sondern ja auch eine Menge Vorschläge für Verfahren gemacht worden sind. Und eins der zentralen Vorschläge für das Verfahren aus dem AK End war, erst einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu führen und dann sozusagen in diese Fragen einzusteigen. Und ich denke, das ist ja auch in dem Entschließungsantrag des Bundestages, im ersten Absatz, auch noch mal sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, das will ich an der Stelle auch noch mal unterstreichen, und deswegen würde ich noch mal sehr dafür werben wollen, und das wäre uns auch sehr wichtig, dass wir die Voraussetzungen jetzt zunächst einmal schaffen, dass diese vertrauensbildenden Maßnahmen stattfinden können, dass das Vertrauen in das Verfahren wieder eröffnet werden kann und dass eine Öffentlichkeit, eine Gesellschaft tatsächlich das Gefühl bekommt, dass seine Vorschläge an geeigneter Form, in geeigneter Form, an geeigneter Stelle entsprechend mit aufgegriffen werden. Das wäre unser zentrales Anliegen. Deswegen denken wir nicht von der Lagerung her, sondern wir denken eher aus der Sicht der Gesellschaft. Ich glaube, wir müssen genauso daran arbeiten, dass wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens hinbekommen, wie wir hier daran arbeiten müssen, dass es hier einen breiten Konsens geben muss. Deswegen muss sie vorher mit einbezogen werden. Und wir können erst weitere Arbeitsschritte, weitere Arbeitsgruppen, weitere Fragestellungen doch, ich sag mal, glaubhaft erst dann angehen, wenn wir der Gesellschaft glaubhaft klargelegt haben, dass wir ihre Anliegen, ihre Ansätze auch entsprechend mit aufgenommen haben. Und ich sag mal, da sind insbesondere was das Gesetz betrifft eine Menge Kritikpunkte gekommen. Und dieses Gesetz unterliegt ja einer zentralen Kritik und deswegen ist es auch ganz wichtig, wenn ich das Vertrauen aufbauen will, dass ich nicht auf das geltende Gesetz abheben kann, sondern das ich sozusagen Mechanismen, Vorgehensweisen entwickeln muss wie ich den sinnvoller Weise Vorschläge entwickeln kann dieses Gesetz zu ändern. Und ich will nochmal paar zentrale Punkte sagen, die uns da halt sehr wichtig sind. Zentral war das es im Grunde genommen ja, was den Atommüll betrifft, ja eine wesentliche breitere Frage ist. Es gibt ja nicht nur den hochradioaktiven Atommüll. Wir haben die ganze Problematik mit den Rückbauten von den Atomkraftwerken, mit der Freisetzung, mit den Strahlenschutz, mit den Castortransporten. Das ist doch das, was die Menschen in der Fläche bewegt, die davon betroffen sind. Und wir müssen ja auch sozusagen Antworten entwickeln auf die Fragen, wenn es um den gesamten Atommüll geht. Wir diskutieren gerade in der Öffentlichkeit. Jeden Tag wird eine neue Pressemitteilung durch den Äther gejagt, dass vielleicht für das alles kein Geld mehr da ist. Also wie können wir überhaupt einen solchen Prozess heutzutage genau absichern, damit in der Zukunft überhaupt bewältigt werden kann. Also das Stichwort öffentlich rechtlicher Fond um dieses entsprechend abzusichern. Wir haben im Gesetz eine Struktur geschaffen, die diesem Konsensprinzip und sozusagen diesem Beteiligungsprinzip der Gesellschaft zu wider läuft. Das vorgesehene Bundesamt für kerntechnische Entsorgung ist mit viel zu viel Kompetenz in diesem Gesetz ausgewiesen und wir haben die Problematik, dass im Grunde genommen alles was wir an Transparenz,

Beteiligungsmöglichkeiten, an rechtlichen Möglichkeiten, uns vorstellen durch dieses Gesetz BKE genau ins Gegenteil verkehrt ist. Das heißt wir haben jetzt die Aufgabe, denke ich, auch über neue Strukturen, über neu Strukturierungen des BKE nachzudenken. Vor allem Dinge in dem Sinne das es sich nicht selbst kontrollieren darf und wir haben jetzt glaube ich, ganz wichtig, dass wir den Menschen vermitteln müssen, dass sie zu jeder Zeit die Möglichkeit haben müssen das auch rechtlich überprüfen zu können. Das ist gutes holländisch, oder niederländisches Recht. Das wird auch dort sehr gut gehandhabt, kann man sich sehr schön ansehen in den Niederlanden. Aber es gibt doch auch überhaupt keinen Grund, den betroffenen Menschen rechtliche Überprüfungs-möglichkeiten im Vorfeld schon wegzunehmen. Und das gilt im Übrigen auch für Verbände. Es ist ganz wichtig, dass die Verbände auch sozusagen in die Lage versetzt werden rechtliche Überprüfungs-möglichkeiten auch rechtzeitig hineinzubringen. Weil es kann doch nicht sein, dass man selber erst am Ende des Prozesses nur einmal vor dem Bundesverwaltungsgericht eine rechtliche Überprüfungs-möglichkeit bekommt und ansonsten als Verband keinen Zugang zum Bundesverfassungsgericht hat um das überprüfen zu können. Das heißt wir brauchen, ich sag mal eine glaubhaften, überzeugenden und einen nachvollziehbaren Rechtsschutz für betroffene und für in diesem Teilbereich aktive Menschen. Das sind mal nur vier Beispiele dafür an welchen Teilen dieses Gesetz zentral evaluiert und überarbeitet werden müsste. Heißt für mich in der Zusammenfassung, wir brauchen in der ersten Phase des Arbeitsprogramms einen überzeugenden Vorgehensvorschlag wie wir sozusagen die Einbeziehung der Gesellschaft mitorganisieren können und wir brauchen einen überzeugenden Vorgehensvorschlag, wie wir dieses Gesetz evaluieren und wie wir im Raum stehende Vorschläge für eine Überarbeitung dieses Gesetzes entsprechend miteinbringen könne. Das wäre unsere Botschaft zum weiteren Vorgehen und ich fände es sehr wichtig, dass sich das auch entsprechend wiederfindet und wir nicht von hinten denken, aus dem Lager heraus, sondern das wir heute darüber denken, wie sozusagen die Wahrnehmung in der Gesellschaft darüber ist."

Frau Heinen-Esser:

"Dankeschön, Herr Brunsmeier. Herr Kudla"

Herr Kudla:

"Ich möchte nochmal zurückkommen auf unseren Arbeitsauftrag. Der steht ja im Wesentlichen in Paragraf 4, Absatz 2 drinnen. Und da sind fünf Punkte aufgelistet und die haben für mich auch eine gewisse logische Reihenfolge. Der Punkt 1 heißt: Die Kommission soll Vorschläge erarbeiten zur Beurteilung und Entscheidung der Frage, ob an Stelle einer unverzüglichen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in tiefengeologischen Formationen andere Möglichkeiten für eine geordnete Entsorgung dieser Abfälle wissenschaftlich untersucht und bis zum Abschluss der Untersuchungen die Abfälle in oberirdischen Zwischenlagern aufbewahrt werden soll. Das ist für mich erstmals Punkt 1, den wir hier erörtern müssen. Das gibt die Richtung vor, wie wir diese Frage beantworten. Das ist Punkt 1 mal. Und das sollten wir auch mit als erstes diskutieren. Punkt 2 ist dann hier auch im Gesetz. Das sind die Entscheidungsgrundlagen und hier gibt sicher der AK End Bericht eine gute Grundlage auf der man hier mal diskutieren kann. Und in dieser Reihenfolge bin ich der Meinung sollten wir auch vorgehen. Wie jetzt zum Beispiel bei diesen

Punkten hier die Öffentlichkeit schon einbezogen werden soll zum Beispiel bei der Diskussion von Punkt 1 hier drinnen? Ich weiß nicht recht, wie sie sich das vorstellen. Mir ist nicht ganz klar. Ich sehe das hier als Aufgabe der Kommission an. Die Kommission soll dazu Vorschläge erarbeiten und das ist unsere Aufgabe. Und das können wir in meine Augen auch nicht irgendwie auf die Öffentlichkeit abwälzen. Sondern wir müssen Entscheidungen treffen und zwar wissenschaftsbasiert und transparent wie es hier im Absatz 1 Ziel des Gesetzes steht."

Frau Heinen-Esser:

"Herr Wenzel, bitte."

Herr Wenzel:

"Ich will eingangs nochmal einen Punkt ansprechen, den ich für sehr grundlegend halte. Wir sollten genauer wissen über was wir eigentlich sprechen. Das heißt, wir brauchen so etwas wie eine Abfallbilanz aus der hervorgeht welche Stoffe in den letzten Jahrzehnten angefallen sind, welche durch den befristeten Betrieb der Kraftwerke noch anfallen werden, welche möglicherweise noch im Ausland lagern, welche bisher noch nicht bilanziert wurden. Was für Eigenschaften die haben, was für Nuklide wir dort vorliegen haben. Dazu gehört auch das Inventar der Asse zum Beispiel. Wir müssen darüber ein Verständnis kriegen, was für eine Dimension, was für eine Menge, was für eine Form in der das heute konditioniert ist wir haben, welche Eigenschaften dieser Stoff hat. Dazu würde ich gerne zu einem sehr frühen Zeitpunkt wahrscheinlich eine gutachterliche Stellungnahme einholen, um das möglichst einmal auf schwarz und weiß zu haben. Ich habe mich mit dem Thema lange beschäftigt, aber ich kenne keine solche vollständige Bilanz bisher. Ich kenne einige Auflistungen, die alle für sich nicht vollständig sind und die alle für sich auch nicht in Gänze detailliert die Eigenschaften diesen Mülls beschreiben, der ja sehr unterschiedlich ist. Und das ist glaube ich ein Punkt, den wir sehr früh angehen sollten. Dann fand ich interessant. Ich hab versucht mal rauszufinden was hat es bisher eigentlich an internationalen Vergleichen gegeben. Es ist gar nicht so einfach herauszufinden, was die einzelnen Länder eigentlich machen und wie weit sie dabei sind, welche Verfahren sie anwenden, welche Beteiligungsverfahren, welche wissenschaftliche Standards, welche Grenzwerte. Man findet völlig unterschiedliche Welten vor. Wir haben ja selbst in Europa noch nicht mal gemeinsame Standards für die Definition von Atommüll. Dieses Element mit Wärme entwickelndem Müll und weniger Wärme entwickelndem Müll gibt es praktisch nur in Deutschland. Andere Staaten haben da ganz andere Standards. Auch das ist eine Herausforderung. Was ich dann bei der OECD gefunden habe, an einer Stelle wo ich es nicht vermutet habe, war ganz interessant, dass die gesagt haben: An aller erster Stelle muss eine Diskussion über die Vertrauensbildung stehen und die Frage zum Beispiel, haben wir Institutionen die vertrauensbildend wirken. Also sind die Institutionen die am Ende hier eine Rolle übernehmen, sind die so aufgestellt, dass sie vertrauensbildend wirken und das ist wenn man sich unsere Institutionenlandschaft anguckt, auch die Festlegung die jetzt zum Beispiel getroffen wurden im Gesetz, schon mal eine sehr spannende Frage die an vielen Stellen wahrscheinlich mit Nein beantwortet werden muss. Dann die Frage, gibt es Vertrauen in den Prozess der Entscheidungsfindung und erst am Ende die Frage, ist das technische Konzept, oder die Fähigkeit, dass was man annimmt was

das leisten kann hinterher, also praktisch an Fehlerkorrektur zu überprüfen. Das führt zu der Frage, wissen wir heute eigentlich schon alles was wir wissen müssten um am Ende die Entscheidung darüber zu treffen. Also da bin ich dann nahe bei dem Ansatz der hier vorne auf der linken Seite zur Sprache kam. Ich glaube Herr Untersteller hat es auch angesprochen. Also die Frage erstmals grundsätzlich mal paar Erfahrungen aufzunehmen, die wir aus der Vergangenheit gemacht haben, aber auch die Erfahrungen jetzt in den Prozessen die im AK End gelaufen sind. Die Frage also, dass Wissen hier erstmals reinzuholen und dieses Wissen auch sozusagen verfügbar zu machen. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt. Dann kommen wir, glaube ich, auch nicht umhin zu diskutieren, wie wir zum Beispiel Forschungsansätze die im Moment eine Rolle spielen zum Beispiel was Entria macht. Entria dieser Forschungsverbund, den der Bund jetzt auf den Weg gebracht hat. Die sich sehr grundsätzlich vorgenommen haben, die Frage zu diskutieren, wollen wir in tiefengeologischen Formationen ohne Rückholbarkeit lagern, wollen wir mit Rückholbarkeit lagern, oder wollen wir uns, oder müssen wir uns auch noch mit der Frage oberflächen oder oberflächennahen Rückhollagerung auseinandersetzen. Diese drei Fragen stehen im Vordergrund dieses Forschungsprojekt, was allerdings auch für 5 Jahre angelegt ist. Das heißt, wenn man den Zeitraum dieser Kommission sich anguckt und dieses Forschungsprojekt, werden wir die Ergebnisse erst kriegen, wenn wir hier eigentlich schon fertig sein sollten. Auch das wäre zu diskutieren, ob wir vielleicht vorher zumindest Zwischenergebnisse kriegen, oder ob wir in anderer Form auf diese wissenschaftlichen Arbeiten zurückgreifen können. Und dann, als Drittes, sie haben sich ja alle die Diskussion auch mit den Umweltverbänden verfolgt, wo es ja lange auch um die Frage ging unter welchen Bedingungen können sich die Umweltverbände eine Mitarbeit vorstellen. Herr Brunsmeier sprach die Debatte eben an. Und eine Verständigung, die zumindest die Fraktion des Bundestages ja am Ende gefunden haben und dann auch in der Beschlussfassung des Bundestages zum Ausdruck gebracht haben war, dass sie gesagt haben, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt solle die Evaluierung dieses Gesetzes auf die Tagesordnung kommen. Weil das natürlich auch nochmal ein Projekt sein könnte, was Vertrauensbildung schafft im Hinblick auch auf die Umweltverbände, oder all die Initiativen die der Arbeit hier am Tisch sehr kritisch gegenüber stehen. Wenn wir praktisch das in eine erste Phase ziehen, was aber dem widersprechen würde was sich glaube ich Herr Kudla vorgeschlagen hatte, dann würden wir zum einem diesen Ansatz des Bundestages aufnehmen, aber wir würden vielleicht für die zweite Phase der Kommission auch sozusagen hier ja eine bessere Grundlage schaffen, um dann mit einer breiteren Vertrauensbasis die nächsten Fragen anzugehen. Das würde ich anregen so zu verfahren."

Frau Heinen-Esser:

"Bevor ich jetzt Herrn Kanitz das Wort gebe. Kurze Frage an das BMU, ist denn Herr Hart, oder Herr Klosters da? Was Herr Wenzel früher gefragt hat, die Frage Abfallbilanz, internationale Vergleichs- und Verfahrensuntersuchungen, liegen da umfangreiche Untersuchungen vor? Oder sind das Sachen die wir in Studien, etc. geben müssen? Das nur mal als kurze Zwischenfrage, wenn sie damit einverstanden sind, um das eben gerade zu erklären."

Herr Hart:

"Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zu der Frage internationale Vergleichsstudie liegt

uns also nichts Aktuelles, Umfangreiches vor. Was die Frage der Abfallbilanzen betrifft, da sind wir in der Lage, dass wir da eine Richtlinie umsetzen müssen mit einem nationalen Entsorgungsprogramm und für den Zweck wird eine umfassende Abfallbilanz aufgestellt, die auch Vergleiche und Überleitungen darstellt. Also auf die unterschiedliche Begrifflichkeit eingeht, was bedeutet Wärme entwickelnde, nicht Wärme entwickelnde, mit einem Vergleich zu Kategorisierungen wie sie im Ausland üblich sind, von hochradioaktiven zu nicht hochradioaktiv. Also das Programm, interne Arbeitsziel des BMU ist im Herbst einen Entwurf fertig zu haben. Das Programm muss beschlossen werden im kommenden Sommer."

Frau Heinen-Esser:

"Herzlichen Dank. Wenn Sie Unterlagen dazu schon haben, wäre es nett wenn Sie die uns in der Kommission schon mal vorab zur Verfügung stellen können, um das gegebenenfalls mitaufzunehmen was Herr Wenzel gerade gesagt hat. Dann Herr Kanitz, bitte."

Herr Kanitz:

"Ich will nochmal unterstützen was Herr Kudla vorhin auch gesagt hat. Nämlich sozusagen der Hinweis, dass wir im Moment eigentlich jetzt schon ein paar Anhaltspunkte haben über die Fragen, die zu behandeln sind. Darüber hinaus frei sind Dinge anzusprechen, von denen wir glauben, dass sie auch wichtig sind. Herr Wenzel hat sie ja gerade angesprochen und der Erschließungsantrag der Bundestagsfraktion soll ja dafür auch nochmal Anhaltspunkt liefern. Und die Punkte die jetzt angesprochen worden sind, die sind ja eben jetzt auch in dem Gesetz, in dem zitierten, im Paragraphen 4 eigentlich ganz gut enthalten. Insofern meine ich, dass man sich mal die Frage, dass wir uns mal die Frage stellen müssten, ob das nicht für eine erste Arbeitsstruktur einen guten Anhaltspunkt böte. Das man sagt, sind das die Punkte und welche müssen wir darüber hinaus eigentlich noch behandeln in dieser Kommission, unabhängig von der Frage, dass wir natürlich die Erkenntnisse die schon vorliegen nicht ausblenden, sondern mit Sicherheit an den Anfang der Debatte stellen müssen. Aber ich denke, da sozusagen da schon eine gute Struktur vorgegeben ist und wir müssen ja irgendwann, heute werden Vorschläge eingesammelt, eine ganze Menge sind ja auch gekommen, aber irgendwann wird man sich auch tatsächlich konkret über ein Arbeitsprogramm unterhalten müssen und die Frage der zeitlichen Abfolge. Und ich glaube, dass wenn man sich das Gesetz anguckt bisher in der Struktur und die Frage der Arbeitsgruppen bespricht und das haben wir ja gerade in dem vorherigen Tagungsordnungspunkt gemacht, da durchaus einen gewissen Zusammenhang feststellen kann und sagt, dass man beispielsweise aus diesen fünf Punkten die dort definiert sind, man auch sehr gut Arbeitsgruppen die parallel arbeiten, teilweise aufeinander aufbauen, teilweise aber parallel arbeiten um eben all die Dinge die wir an Anforderung, an die Beteiligung und Information der Öffentlichkeit haben, auch schon sehr frühzeitig zu diskutieren. Und ich sage mal Stichwort Vertrauen ist ja nun auch im Vorfeld immer wieder gefallen. Am Ende des Tages liegt es auch schon an uns, wie wir in der Lage sind miteinander zusammenzuarbeiten. Ob wir in der Lage sind die Dinge, die das Gesetz vorsieht auch jetzt einmal zu beginnen. Denn das ist ja so ein bisschen der Punkt und ich sage mal nicht provokativ, aber auch ganz bewusst aus Sicht des Bundestages, dass man sagt da ist ein Gesetz gemacht worden. Jetzt wollen wir natürlich auch hoffen, dass sich dort ein Gremium zusammen findet, dass uns sozusagen

tatsächlich Vorschläge unterbreitet. Das ist ja ein echtes Novum. So würde ich es mal formulieren. Deswegen wäre auch meine dringende Bitte, dass wir das auch sehr ernst nehmen, so wie es geschildert worden ist. Zu sagen wir ersuchen und gucken uns die Aufgaben an, die wir uns vorstellen, die aus dem Gesetz resultieren. Wir gucken uns auch das Gesetz an, das ist völlig klar. Und daraus resultierend machen wir Vorschläge an den Gesetzgeber. In der Reihenfolge sollten wir bleiben."

Frau Heinen-Esser:

"Herzlichen Dank. Frau Kotting-Uhl, bitte."

Frau Kotting-Uhl:

"Ich will mal zuerst was zu den Aufgaben der Kommission sagen. Ich glaube Sie Herr Sommer hatten es angesprochen, oder Herr Brunsmeier, Entschuldigung das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Das man ja eigentlich von viel mehr Atommüll eigentlich reden müsste. Und es gibt ja vielfach den Wunsch, oder die Forderung, dass wir diese Aufgaben die im Gesetz festgeschrieben sind ausweiten. Natürlich haben wir jede Menge Probleme mit Atom. Also ich als atompolitische Sprecherin, das ist mein täglich Brot und ich bin gut beschäftigt. Es gibt viel worüber wir, man im Zusammenhang mit den beschriebenen Aufgaben reden könnte und das ist auch alles sehr relevant. Ich halte es jedoch trotzdem für ein bisschen Überforderung der Kommission, wenn wir diesen, in meinen Augen schon sehr ambitionierten Arbeitsauftrag, noch deutlich ausweiten. Ich glaube wir kommen nicht umhin, in Zusammenhängen zu reden und auch zu entscheiden. Also die dann entscheiden am Ende und insofern wird man über sehr vieles auch reden, aber uns sozusagen auch noch den gesamten schwach- und mittelradioaktiven Müll vorzunehmen und auch da eine Neuaufstellung zu finden. Vielleicht bessere als wie wir bis jetzt haben, also ich hab da meine Bedenken. Weil wenn wir jetzt auch nicht durch die zwei Jahre die im Gesetz festgeschrieben sind, aber durchaus durch was Herr Lammert heute morgen auch betont hat, oder heute Mittag, durch den nächsten Bundestagswahlkampf schon eine deutliche Begrenzung unserer Arbeitszeit haben. Denn ich glaube niemand möchte, dass die Ergebnisse der Kommission dann in einem Wahlkampf zerrieben werden und das wäre die Folge, wenn wir das vorher nicht wirklich auch im Bundestag durch ein Gesetzgebungsverfahren gebracht hätten und insofern haben wir eine Begrenzung. Das bitte ich zu bedenken bei der Frage, was können wir alles leisten in dieser Zeit, die wir haben. Bei den Aufgaben die vom Gesetz her festgeschrieben sind, also ich sag mal diese drei großen Brocken, Kriterien, Verfahren, also auf welchen Kriterien basiert das Verfahren und wie läuft das Verfahren, mit welcher Art Partizipation, Transparenz und so weiter und dritter Block Evaluation des Gesetzes, finde ich von der Reihenfolge her, das vieles dafür spricht, was hier jetzt mehrfach vorgetragen wurde. Zuerst Kriterien und Beteiligungsverfahren und dann im Lichte dieser Erkenntnisse und auch Beschlüsse dazu zu kommen, was muss man an diesem Gesetz evaluieren. Ich habe da ein Problem mit und das ist der Aufbau der neuen atomtechnischen Behörde. Wir haben jetzt im Bundeshaushalt bereits für dieses Jahr vierzig Stellen eingestellt für diese neue Behörde. Und wir haben andererseits vom Bundesumweltministerium die Zusage, da wird nichts passieren was Fakten schafft, was dann eine Evaluation des Gesetzes und auch Ausführung unmöglich macht. Aber ich hätte da gern, Bundesumweltministerium ist jetzt mit der Ministerin gerade nicht vertreten, aber

im Kern ja auch da, ich hätte schon gerne in der Kommission auch mal eine verbindliche Aussage vom Bundesumweltministerium, also am besten von der Ministerin, wie weit wir uns darauf wirklich verlassen können. Ansonsten würde ich sehr stark dafür plädieren, mindestens diesen Komplex Behördenstruktur im Gesetz vorzuziehen, bevor da irgendwelche Fakten da sind die uns nachher nicht mehr erlauben von der Kommission aus zu sagen, diese Behördenstruktur, diese Aufgabenverteilung ist vielleicht nicht zielführend und müsste anders sein. Also wenn diese entsprechenden Einrichtungen, Abteilungen in dieser neuen Behörde bereits vorhanden wären. Es ist ein bisschen schwierig das rückzuholen. Also das wäre ein Punkt, der muss geklärt werden finde ich und wenn es so ist, dass es da keine verbindliche Zusage geben kann, aus welchen Gründen auch immer, dann müsste der Punkt auf alle Fälle sehr weit nach vorne, fast an den Anfang gezogen werden. Ansonsten bin ich auch der Meinung, dass wir uns als erstes über die Grundsatzfragen auseinandersetzen müssen. Wie halten wir es mit Rückholbarkeit, Bergbarkeit, welches Lagerkonzept wollen wir haben, denn davon hängen Kriterien und vieles anderes ab. Und dann muss man eben zu diesen großen Komplexen kommen und da will ich nochmal sagen, ich halte diesen Komplex, wie läuft dann das Verfahren und welche Art von Beteiligung, welches Partizipationsverfahren stellen wir uns vor, das halte ich für die schwierigere Aufgabe. Ich sag das ganz bewusst, obwohl die Kriterien natürlich, die absolute Grundlage liefern werden für die Sicherheit, also sehr entscheidend sind. Aber da haben wir eine große Vorarbeit. Es ist schon viel darauf hingewiesen worden. Da geht es nicht darum, das wir das Rad neu erfinden müssen. Ich glaube aber, dass wir in der Frage der Partizipation das Rad relativ neu erfinden müssen. Ich glaube nicht, dass das was wir bisher an Beteiligungsverfahren kennen, taugt für diese Aufgabe vor der wir jetzt sind. Weder vom Ablauf her, noch von der Intensität der Partizipation und da werden wir sehr viel Zeit brauchen und da brauchen wir auch sehr viel Kompetenz nochmal von außen. Weil, dass sage ich jetzt auch mal bei jeder Wertschätzung jedes einzelnen Wissenschaftlers, wir haben die ja auch gemeinsam zusammengesetzt im Bundestag und Bundesrat. Ein bisschen gering ist, da genau diese Frage. Also das sind Sie Herr Grunwald hauptsächlich der da viel mitbringt. Alle anderen kennen sich auch damit aus, aber ich glaube da brauchen wir auch noch viel was wir uns auch holen müssen an Anhörungen und so weiter und auch uns anschauen wie machen das andere Länder. Ich glaube, kenne aber persönlich auch nichts aus anderen Ländern, wo ich sagen würde das reicht für die Ansprüche die bei uns da sind, weil Deutschland ist da schon ein Land wo die Sensibilität, ich bin froh darüber, sehr hoch ist und da werden wir sehr zukunftsfähige Verfahren entwickeln müssen, uns ausdenken müssen, von denen wir vielleicht heute alle noch keine Vorstellung haben."

Frau Heinen-Esser:

"Herzlichen Dank Frau Kotting-Uhl. Herr Klosters oder Herr Hart wollen sie ganz kurz was dazwischen sagen zum Stand BfE."

Herr Hart:

"Ich habe Sie aber schon so verstanden, dass sie von mir nicht die rechtsverbindliche Aussage erwarten. Der Stand zum BfE ist, sie haben ja schon referiert wie viele Stellen im Haushaltsentwurf für das kommende Haushaltsjahr vorgesehen sind. Das BMU hat keine Vorentscheidung getroffen, dass die Stellen

wirklich besetzt werden sollen. Es gibt eine Verwaltungsaufgabe des BfE, die eine Minimalausstattung erfordern wird, aber das kann also eine einstellige Anzahl von Personen sein. Sie wissen ja, dass die Umlage für die Kosten des Standortauswahlverfahren erhoben werden muss. Das sind im wesentlichen die Kosten für die Offenhaltung der Lebens. Da müssen im laufenden Jahr noch Verwaltungsakte erlassen werden durch das BfE. Das setzt aber nicht irgendwelche Fachabteilungen voraus, die sich mit Endlagerungen an sich beschäftigen, sondern im Prinzip eine ganz kleine administrative Einheit."

Frau Heinen-Esser:

"Herzlichen Dank Herr Hart. Herr Appel, bitte."

Herr Appel:

"Ich möchte noch kurz auf zwei Aspekte zurückkommen, die unmittelbar mit den Bedürfnissen der Öffentlichkeitsarbeit zu tun haben, oder die eigentlich in der Diskussion von der Öffentlichkeit eingebracht worden sind. Vieles ist ja schon gesagt worden, dem ich mich anschließen kann, mehr oder weniger. Im Sinne einer Themensammlung ist das ja fast vollständig. Aber ich möchte auf zwei Bedingungen, oder zwei Punkte eingehen. Von herausragender Bedeutung für mich für die Vertrauensbildung ist die Art der Auseinandersetzung über Alternativen zur baldigen Endlagerung. Da ist das was unter Position 1 steht. Das ist ein Thema, das ist nicht wissenschaftlich vom Himmel gefallen. In Deutschland schon gar nicht, sondern es ist von der Öffentlichkeit in die Diskussion gebracht worden und deswegen muss nach meiner Meinung auch die Öffentlichkeit, auf welche Art und Weise auch immer, an der Diskussion darüber erstens beteiligt werden und zweitens muss das schnell geschehen, weil die Entscheidung darüber welche Alternative, wenn es denn eine geben sollte, gewählt wird, oder welche Modifikation hat Auswirkungen auf das Konzept, möglicherweise auf das Wirtsgestein und möglicherweise, oder wahrscheinlich besser ausgedrückt, auf das Verfahren und seine Abwicklung. Das ist Punkt 1. Deswegen halte ich das für sehr wichtig und auch für vordringlich. Das Zweite ist die Beteiligung selbst und da denke ich zunächst nicht mal an die Art wie man das macht, wie man das rein technisch macht, da gibt es ja sehr viele Modelle, sondern etwas was im Gesetz stiefmütterlich behandelt wird, das ist der Vertiefungsgrad der Beteiligung. Dürfen die Betroffenen, oder wer auch immer, welche Teile der Öffentlichkeit auch immer, tatsächlich mitentscheiden. Also es gibt den alten Spruch, in Schweden hört man ihn zum Beispiel, wer ja sagen soll, muss auch nein sagen dürfen. Das gilt dann auch für die Betroffenen. Das ist eine wichtige Diskussion und das ist auch natürlich ein Bedürfnis der Öffentlichkeit darüber zu sprechen und das ist auch eine Frage die, bevor man an technische Verfahren im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung geht, geklärt haben muss für sich selber und man sollte dann noch eine Begründung dafür haben, warum man es so macht, oder so macht. Das sind die beiden. Das man Entscheidungshilfe, wie man sich selber positioniert, natürlich auch aus Erfahrung in anderen Ländern gewinnen kann, wie in allen anderen Fällen auch, ist für mich keine Frage. Also von daher ist das ein wichtiger Punkt, aber dabei will ich es bewenden lassen mit diesen beiden Inhalten."

Herr Müller:

"Zur Information sagen, das wir auch mit der Umweltministerin ein Gespräch

führen wollen über BfE, um mehr Klarheit zu gewinnen, auch im Interesse der Kommission. Jetzt will ich was sagen zu meiner Sicht. Ich finde es jetzt ein bisschen problematisch, dass wir auf einmal anfangen so eine Rangfolge zu setzen zwischen Evaluierung und den anderen Themen. Ich glaube die Grundfrage ist was wir unter Evaluierung verstehen und das ist mir nicht klar geworden in der bisherigen Diskussion. Ich habe das eher so verstanden, dass unter Evaluierung eigentlich auch verstanden werden soll, warum es bisher eigentlich keinen richtigen Fortschritt gegeben hat. Und das ist für mich keine technische Frage, sondern eine weit darüber hinausgehende Frage und jetzt wird das auf einmal so zu einer technischen Frage verengt. So habe ich das nicht verstanden. Und deswegen finde ich, sollte man schon zur Klarheit sagen, was auch der Bundestag unter Evaluierung versteht. Ich glaube das ist für die Kommission ganz wichtig. Ich persönlich würde das anders bewerten als es hier diskutiert wurde bisher. Und deshalb möchte ich gerne Klarheit haben."

Frau Heinen-Esser:

"Herr Jäger, bitte."

Herr Jäger:

"Ja, ich würde gerne nochmal aufgreifen Stichwort Vertrauen. Ich denke das geht auch in unterschiedliche Richtungen und ich möchte da ausdrücklich Herr Kanitz zustimmen, dass wir von dem Gesetz, nach meinem Verständnis, von dem Gesetzgeber, nach einem komplexen parlamentarischen Verfahren, demokratisch legitimiert, einen Auftrag haben. Der steht im Gesetz und es wird auch ganz entscheidend darauf ankommen, wie weit wir exakt das erledigen, was der Gesetzgeber uns als Aufgabe auferlegt hat. Deswegen ein Plädoyer, sich sehr intensiv an den Aufgaben des Gesetzes zu orientieren und die Dinge dort in Angriff zu nehmen. Das bedeutet auch, angesichts der – ja- kurzen Zeit - Fülle von Aufgaben sich wirklich zu konzentrieren auf die Dinge, die im Gesetz genannt sind, auch wenn wir wissen, dass wir sehr viel Themen noch außerhalb der hier angesprochenen Themen anzusprechen haben. Also ne', die gewisse inhaltliche Disziplin auf der einen Seite. Und das Zweite ist, ja – das Verfahren – da teile ich Ihre Einschätzung Frau Kotting-Uhl – dass gerade die Verfahrensfragen neben den Kriterienfragen die viel komplexeren und schwierigeren sein werden, weil es eben dort nicht so viele Vorarbeit gibt und sehr viel Neuland dort ist und wir wahrscheinlich im internationalen Rahmen dort gewissen Vorsprung sehen, oder erreichen wollen, so dass wir da auch keine Anlagen machen wollen. Will heißen, dort ist sehr, sehr viel Arbeit notwendig und viel Diskussion notwendig und ,Herr Brunsmeier, da bin ich etwas anderer Meinung, dass es schon der Anspruch der Kommission sein muss, hier eine gewisse Vorarbeit zu leisten, bevor man die Öffentlichkeit da miteinbezieht und das deckt sich ja auch mit den Aufgaben des Gesetzes. Wir sollen ja Vorschläge machen wie ein solches Verfahren auszusehen hat, was später natürlich dann den Anforderungen genügt die Sie formuliert haben: Es muss vertrauensbildend sein. Es muss die Möglichkeit der Einbeziehung der Betroffenen geben nach den modernsten Standards, aber dazu muss es erstmal einen gewissen Arbeitsfortschritt geben. Und wenn wir von vornherein das Gesetz sozusagen grundsätzlich zur Diskussion stellen, ich darf das mal etwas pointiert sagen, dann verlieren wir ja auch in gewisser Hinsicht die Grundlage auf der wir arbeiten. Deswegen plädiere ich nochmal für die klare logische Reihenfolge – aus meiner

Sicht logischer Reihenfolge – Sachthemen im internationalen Vergleich, Verfahrensfragen mit den Ansprüchen der Öffentlichkeitsbeteiligung, Bürgerbeteiligung und dann das Thema Evaluierung des Gesetzes, welche Konsequenzen hat das für den jetzigen Gesetzesentwurf.“

Frau Heinen-Esser:

„Ja, das es hier unterschiedliche Auffassungen gibt, dass haben wir schon herausgefunden, da werden wir uns hinterher was überlegen. Ich wollte Ihnen mal ganz kurz die Rednerliste vorlesen, nur damit Sie im Bilde sind: Als nächster Herr Haseloff, dann Herr Sommer, Herr Sailer, Herr Kudla, Herr Miersch, Herr Habeck, Herr Thomauske, Herr Wenzel. Ja, ähm, und Herr Zdepel, Herr Meister auch, ok. Nur das wir so mal n' bisschen den Rahmen sehen und ich würde versuchen, dass wir danach so ganz langsam in den Zieleinlauf zum Arbeit, aber das kommt drauf an, was da noch kommt. Herr Haseloff bitte.“

Herr Haseloff :

„Ja, es ist schon viel Gutes und Richtiges und Konsensfähiges gesagt worden. Deswegen kann ich das sehr kurz machen. Ich möchte mich anschließen an das was Herr Kudla vorhin gesagt hat und uns dringend ermahnen, sehr deutlich am Urtext zu bleiben. Und die Aufgaben, die erstmal wissenschaftlich stehen, ganz knackig abzurastern und zwar durch die Wissenschaftler selber, denn als wir – auch im Bundesrat – mit Winfried Kretschmann, Peter Altmaier und den anderen Kollegen darüber gesprochen haben, wie wir das ganze sozusagen einer Beschlusslage zuführen und faktisch dann der Bundestag das Gesetz auf den Weg bringt, war klar, dass hier, egal was wir politisch, einschließlich auch der nachgeordneten Behörden, machen, nach dem Erfahrungshorizont der letzten Jahrzehnte hier in Deutschland – auch dem, was alles schief gegangen ist – brauchen wir erstmal ne' ganz klare, objektive, redliche, unangreifbare wissenschaftliche Basis für das, was da ist. Darauf müssen wir uns erstmal beziehen. Und wenn da sozusagen eine Eingrenzung erfolgt ist, dann wird es selbstverständlich Betroffene geben. Es wird Betroffene geben und die werden nie einverstanden sein, dass das Ganze gemacht wird. Und diese Gesellschaft muss trotzdem damit umgehen können, obwohl wir wissen, dass sozusagen dort die Gefahren Richtung null gefahren werden können, die Risiken abgebaut werden können, bzw. dass die sagen wir mal, emotionalen Dinge, die damit auch verbunden sind, mit diesem Thema, in der betroffenen Region sicherlich aus wissenschaftlicher Sicht abgeräumt werden können und trotzdem die Betroffenheit bleibt und man nicht irreversibel die Situation ausgesetzt sehen will, sich sehen will. Und deswegen kann ich uns nur ermahnen erstmal diese wissenschaftliche Basis ganz sauber darzustellen und sicherlich dann auch über Partizipationsstrategien usw. nachzudenken, die aber auch enthalten müssen, dass wir ggf. - wie wir das in völlig anderen Zusammenhängen, z.B. beim Braunkohletagebau und Ähnlichem haben – dass wir auch Alternativen entwickeln, dass die Betroffenen, die grundsätzlich immer Nein sagen würden, weil sie es nicht bei sich haben wollen, dass diese Alternativen innerhalb Deutschlands innerhalb der Gesellschaft auch eingeräumt bekommen. Und die dann auch bis hin zu finanztechnischen Dingen dargestellt werden. Darüber müssen wir uns im Klaren sein, diejenigen die so in anderen Zusammenhängen das alles schon mal durch haben mit all den Verfahrensdingen, die laufen müssen und Partizipation und Vorbereitung mit allem Drum und Dran, können da ein Lied

singen. Und wir sollten diesen Realismus immer auch im Hinterkopf behalten und uns dann systematisch vortasten. Letzte Bemerkung an dieser Stelle: Es geht trotzdem auch nicht ohne eine sehr langfristige Vorbereitung im Bildungsbereich zu diesem Themenfeld. Energiewende ist nicht nur Substituierung von sozusagen alten, nicht mehr gewollten – zu Recht nicht mehr gewollten – Technologien, sondern heißt eben auch: Physik darf nicht abgewählt werden. Naturwissenschaft muss gelehrt werden, dass man die Irrationalitäten möglichst minimal hält, und dann muss man über den Rest ganz objektiv sprechen können. Wenn wir das nicht hinkriegen, dann werden wir uns hier abarbeiten und trotzdem vor ähnlichen Problemen stehen – zumal es immer komplexer wird und immer sensibler wird dieses ganze Thema und in Deutschland generell, wie wir ja auch an der Energiewende und an der Akzeptanz der Energiewende in der Gesellschaft sehen, anders als in anderen Nationen sagen, unser politisches Brot sehr sehr hart vorfinden. Und deswegen kann ich nur sagen, Herr Kudla, Urtext nehmen, abarbeiten, Vorschläge machen und wir können uns dann sozusagen die Begleitstrategien überlegen, zumal wir Gott sei Dank als Politiker in dieser Runde kein Stimmrecht haben.“

Frau Heinen-Esser:

„Vielen Dank, Herr Haseloff. Herr Sommer, bitte.“

Herr Sommer:

„Ja, Gott sei Dank, ja, Gott sei Dank. Also, Sie werden glaube ich mit Zwangspannung im Gymnasium die Endlagerfrage nicht lösen...“ (wird unterbrochen)

Herr Haseloff:

„...Das könn...das habe ich nie gesagt das ist 'ne völlige Missdeutung.“

Herr Sommer:

„...“, aber ich glaube, ich habe Sie nicht missgedeutet, wenn ich jetzt mal frank behaupte, das muss genau anders rum passieren diese ganze Veranstaltung. Wir haben zusammen noch'n sehr sehr langen Lernprozess vor uns, habe ich das Gefühl. Und da sollten wir aber die Teile des Lernprozesses, die wir schon im Vorfeld dieser Veranstaltung heute miteinander gegangen sind, nicht unbedingt hinter die zurückfallen. Und deshalb warne ich auch sehr entschieden davor, hier immer nur das Gesetz heute zu zitieren, sondern wir sollten die kompletten Spielregeln nehmen. Diese kompletten Spielregeln bestehen aus mehreren Komponenten: Das erste war das Gesetz, dann wurde gesucht nach gesellschaftlichen Vertretern in dieser Kommission, da waren die Umweltverbände nicht dabei. Und auf Basis des Gesetzes wäre auch der Herr Brunsmeier und wäre ich und wäre niemand anderes heute hier. Weil wir nämlich festgestellt haben, dieses Gesetz ist nicht schlecht, aber es ist absolut nicht genügend um diesen Prozess miteinander vernünftig zu händeln. Diese Botschaft ist diskutiert worden, ist aufgenommen worden, seitens der Berichterstatter, hat dazu geführt, dass es eine Entschließungsantrag gab, der in einigen Punkten dieses Gesetz selber nicht ausgehebelt hat, sondern der uns, als Kommission einen Auftrag gegeben hat. Und dieser Auftrag lautet und er lautet dezidiert, dieses Gesetz selbst zu evaluieren. Auf die Idee zu kommen, dass am Ende unserer Kommissionsarbeit zu tun, das ist schon also... Bei den Herrn Wissenschaftlern

mag ich das noch entschuldigen, die haben ne professionelle Ungeduld. Die wollen viele Dinge, die im Gesetz stehen und die wir auch tun müssen, jetzt auch mal anpacken. Das verstehe ich. Ja. Aber seitens der Vertreter hier anderer Institutionen verstehe ich das, ehrlich gesagt, nicht. Wir müssen selbstverständlich diese Evaluation des Gesetzes am Anfang machen und wir müssen sie nicht nur am Anfang machen, sondern der ganze Prozess, den wir hier unternehmen ist gleichzeitig eine Evaluation. Und da möchte ich zitieren einen Satz aus diesem Entschließungsantrag, den ich für sehr sehr zentral halte: „Der Gesetzgeber anerkennt, dass die Suche nach einem Standort für ein Endlager, für insbesondere hochradioaktive Abfälle, nur funktionieren kann, wenn bereits während des Suchprozesses und bei der Kriterienfindung für den Suchprozess ein breiter gesellschaftlicher Konsens angestrebt wird. Deshalb“, und jetzt wird es zentral, „deshalb geht der Gesetzgeber den Weg eines lernenden Verfahrens, das an gewonnene Kenntnisse angepasst werden kann.“ Evaluation ist ein permanenter Dauerauftrag von dem, was wir hier tun. Aber dennoch werden wir ganz zu Beginn und das ist eine ganz entschiedene Forderung auch seitens der Umweltverbände in diesem Kreis, darüber sprechen müssen – es ist gerade angesprochen worden seitens der Schaffung der Bundesbehörde gibt es noch einige Punkte über die wir reden müssen – wir müssen ganz am Anfang über zwei Dinge reden und die müssen in unserer Agenda ganz an den Beginn, über alles andere lässt sich gerne streiten. Das Erste ist: Wo müssen wir kurzfristig drüber sprechen? Wo ist im Gesetz Korrekturbedarf vorhanden? Und das Zweite ist: Wie setzen wir miteinander dieses sogenannte, von uns verlangte lernende Verfahren auf, auch hier in dieser Kommission? Das sind zwei Punkte, die müssen wir am Anfang abarbeiten, vorher brauchen wir uns mit vielen anderen Dingen nicht zu beschäftigen, weil das führt garantiert nicht zu einem später gesellschaftlich tragfähigen Ergebnis. Vielen Dank.“

Frau Heinen-Esser:

„Als nächstes Herr Sailer, bitte.“

Herr Sailer:

„Ich glaube wir müssen uns auch vergegenwärtigen, Stefan Wenzel hat's in einer Passage schon drin gehabt, über was wir eigentlich reden. Wir reden natürlich über ein gesellschaftliches Problem, was viele von uns oder praktisch alle von uns 30 Jahre umgetrieben hat auf den verschiedensten Seiten. Aber erstmal reden wir leider doch über Physik. Und über Material. Es ist jetzt nicht die Frage, in welcher Reihenfolge wir reden. Das ist einfach die Frage, was sind die Determinanten, bei denen wir viel Politik drumrum machen können, aber wo eben die Strahlen, das chemische Verhalten im Berg was ganz anderes macht, als man sich wünscht. Und deswegen muss man sich mal vergegenwärtigen: Wir haben 1961 den ersten Müll gemacht, über den wir jetzt reden, im Versuchsatomkraftwerk Kahl. Das heißt wir reden jetzt über ... da ist Müll mit dabei, der ist älter als manche von uns und bei vielen ist es in der Jugend gemacht. Und der Müll ist da. Und was wir jetzt verstehen müssen, da setz' ich an Stefan Wenzel an, das denk ich, dass wir das auch recht früh machen müssen, ist die Bestandsaufnahme in der gebotenen Tiefe, aber die ist nicht beliebig tief, es geht nicht ums letzte Becquerel, sondern es geht drum zu verstehen, wo stehen jetzt die radioaktiven Stoffe, für die wir ein Endlager suchen müssen. Ich hab's nicht gewünscht, dass wir's suchen müssen, aber die Alternative ist eben, die stehen jetzt in den Zwischenlagern. Das heißt wir

reden hier nicht nur über einen Standort für ein Endlager, sondern wir reden auch über die Zukunft für die Leute an den 16 Zwischenlagern, wo die Sachen jetzt stehen und auch noch an ein paar anderen Stellen. Und ich plädiere dafür, dass wir uns im sehr frühen Schritt klar machen, über welche Mengen wir reden und wo die Mengen stehen. Weil das ist glaub ich für alle, hier auf der Wissenschaftlerbank haben wir da relativ klare Vorstellungen drüber, beim BMU sicher auch, aber das ist für alle glaub ich noch mal wichtig zu wissen: Wir reden nicht nur über einen gesellschaftlichen Prozess, sondern wir haben wie auch immer oder zum Teil unsere Vorfahren, das Zeug produziert und wir stehen jetzt vor dem Problem, dass wir das Zeug wegkriegen müssen. Beziehungsweise wir wissen, dass wir es nicht wegzaubern können. Wir brauchen also jetzt einen Prozess, bei dem man das möglichst sicher für 'ne Million Jahre unterbringen. Und alles, wenn wir den Prozess nicht vorwärtsbringen, heißt das, wir haben Zwischenlager, die für 40 Jahre gutgeschrieben sind. Ich hab die mit gutgeschrieben, aber auch nur für 40 Jahre. Und das ist schon 10 Jahre her. Also das heißt, wir... Das ist eine moralisch-ethische Sache auf der einen Seite, es ist aber einfach, mal die Grundlagen auch zu verstehen, deswegen bin ich bei Stefan Wenzel, wir müssen zu einem sehr frühen Zeitpunkt den Überblick machen, aber über die Abfälle, für die wir das Endlager für die hochradioaktiven Abfälle brauchen. Ich warne wirklich auch davor, das in die gesamte Entsorgungslandschaft zu machen. Da ist das Problem viel zu groß. Also, wir können froh sein, wenn wir bei der Hauptmenge der radioaktiven Stoffe – und das ist ja die Hauptmenge der radioaktiven Stoffe – am Ende der Kommission eine Lösung in die Richtung kriegen. Und ich glaub, deswegen brauchen wir am Anfang auch technische Betrachtung, wir brauchen auch eine Debatte, Detlev Appel hat drauf hingewiesen, und ich erleb's permanent in Diskussionen, ich bin ja permanent in öffentlichen Veranstaltungen, wir brauchen eine Debatte dadrüber: Gibt es Alternativen zur Endlagerung – also Satz 1 aus dem Gesetz – oder sind die nicht belastbar? Das kann man auch relativ einfach sich erarbeiten. Wir haben im AK End auch eine entsprechendes Kapitel drüber. Man kann den Stand aktualisieren. Da braucht's eine Faktenerhebung dazu, wobei sich natürlich die Frage stellt: Braucht man eine Endlagerung braucht die Frage ... also aus meiner Sicht braucht man sie, weil ich die anderen Verfahren kenne, und die werden eher dazu führen, dass die ganzen Radioaktivitäten in der Umwelt landen. Aber das muss man sich gemeinsam erarbeiten, ob das so ist. Wir brauchen natürlich die Debatte um die Rückholung. Da kann ich auch anbieten aus dem Kreis der Entsorgungskommission: Wir haben vor zwei Jahren mal eine sehr lange Debatte geführt und sehr ausführliche Papiere dazu gemacht, die können wir gern zu den Materialien hier dazustellen. Und wenn wir dann weiter reden, wie Prozesse gehen, dann müssen wir sehen, dass wir vor einer Alternative stehen, 800 Jahre Zwischenlager – machen Sie mal das geschichtliche Experiment, wir hätten im Jahre 1200 hier in dem Raum ein Zwischenlager gestellt ich weiß es ...

Frau Heinen-Esser:

„Herr Sailer, ich unterbreche Sie nur ungern, aber ich würde gerade gern den Herrn Miersch mal vorziehen, der muss nämlich in eine namentliche Abstimmung, wenn das ginge? Weil die Kollegen ... und Herr Zdebel auch“

Herr Sailer:

„Ist okay. Das ist Zwang, das müssen Sie hier einfach machen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Miersch wäre jetzt auch nach Herrn Sailer dran.“

Herr Miersch:

„Das ist sehr nett. Vielen Dank, ich wollte nur als Impuls nochmal meine Erwartung als Bestandteil der Gesetzgebung sagen: Beim § 4 gibt es auch einen Absatz 1, und der sagt erstmal, das Gesetz in Gänze ist eigentlich zu überprüfen. Das heißt ich plädiere dafür, dass wir hier keine Schranken schon oder keine Scheren im Kopf haben, sondern dass wir zu mindestens in einer ersten Startphase uns doch noch mal damit beschäftigen, was wir Berichterstatter zu mindestens am Anfang ja gerade im Konflikt mit den Umweltverbänden auch aufgenommen haben: Dass es ganz andere Vorstellungen von Endlagersuche etc. gibt, das muss man finde ich in der Analyse bzw. in so einer, ich würde sagen: Faktensammelungsphase, einfach aufnehmen, damit man unter Umständen dann auch sagen kann, die eine oder andere Entscheidung kann nur zu einem Konsens, zu einem gesellschaftlichen Konsens führen, wenn man zu mindestens diesen Konflikt im Hinterkopf hat. Ich hoffe, ich drücke mich einigermaßen verständlich aus. Also ich würde für ein Zwei-Phasen-Modell mindestens plädieren, sozusagen einer Faktensammlung am Anfang, wo man auch ganz bewusst die Kritiker vielleicht auch hier mal zu Wort kommen lässt, die sagen „so geht das gar nicht, wie ihr das macht“. Weil ich möchte gerne am Ende, dass wir als Kommission auch diese Kritiker überzeugen. Weil das notwendig ist, glaube ich, für einen Konsens. Ich würde auch dafür plädieren, das damit zu beginnen, was Stefan Wenzel uns skizziert hat und Herr Sailer, eben Sie gesagt haben, das heißt: Wo stehen wir, welche Art von Müll, welche Menge, was macht das Ausland bislang? Und dann muss man möglicherweise das, was Herr Appel gesagt hat, also, ich sag jetzt mal, eine Frage, die sehr zentral ist, tiefen- oder oberirdische Lagerung, möglicherweise muss man eine solche Frage parallel zu anderen Fragen auch in Arbeitsgruppen erstmal vorjustieren, um sie dann wieder zu einem Prozess hier zusammenzuführen. Will sagen, ich kann im Moment – oder möchte eigentlich – nicht dazu raten, dass wir jetzt rein technisch Absatz 2 Ziffer 1, Haken machen, sondern dass wir erstmal in Gänze uns dieses Problem nochmal so ein bisschen nahe führen, und dann eben gucken, wie können wir die technischen Fragen, die großen gesellschaftspolitischen Fragen sortieren. Da gibt es glaub ich noch keinen einzelnen Fahrplan. Und dann ist ein Hinweis im Entschließungsantrag – das meinten wir glaub ich mit der Evaluierung – es ist von uns glaub ich schon erwartet, sag ich mal, als Berichterstatter oder Gesetzgeber, dass irgendwann im Laufe dieser zwei Jahre auch der Gesetzgeber eine Möglichkeit bekommt, zu zeigen, dass er diese Kommission ernst nimmt. Also gibt es in irgendeiner Form auch eine Möglichkeit, etwas abzuspalten, zum Beispiel was man schon mal an die Gesetzgebung bringt, damit man zeigen kann wie geht der Bundestag, wie geht der Bundesrat mit so einer Empfehlung um – als vertrauensbildendes Element. Auch deswegen: Evaluierungsprozess. Jetzt glaub ich, das reicht erstmal als Impuls.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke, Herr Miersch. Und jetzt noch den Kollegen Zdebel. Bitte. Und dann können die Abgeordneten abstimmen gehen.“

Herr Zdebel:

„Danke, Frau Vorsitzende. Also nur ganz kurz, Sie wissen ja, dass die Linke also quasi nicht dem Konsens zugestimmt hat, dem Standortauswahlgesetz. Wir hatten auch erhebliche Probleme damit, zum jetzigen Zeitpunkt schon diese Kommission einzusetzen. Ich will das jetzt hier nicht in epischer Breite noch mal ausführen. Nur zwei Gedanken dazu: Ich glaube, dass es vor allen Dingen darum geht, darauf ankommt, auch tatsächlich die Gesellschaft mitzunehmen und Vertrauen zu bilden. Auch vor dem Hintergrund der, des ganzen Suchprozesses der vergangenen Jahrzehnte. Und da hat der Herr Brunsmeier vom BUND und der Herr Sommer haben da ja auch zu Recht drauf hingewiesen, ich sag es noch mal sehr deutlich: Für mich wäre es eigentlich zwingend gewesen, um tatsächlich zu einem wirklichen Neuanfang in der Endlagersuche zu kommen, den Standort Gorleben von vorneherein auszuschließen, als Kernvoraussetzung dafür. Und ... weil der Standort nämlich komplett verbrannt ist. Und andere Fragen wären auch noch mal gewesen, es ist ja auch angesprochen worden, tatsächlich auch noch mal die Geschichte der Endlagersuche mit all ihren Fehlern vernünftig aufzubereiten und aufzuarbeiten, gesellschaftlich. Das ist bisher auch überhaupt noch nicht erfolgt. Und dann hätte man meines Erachtens die Grundlagen gehabt, um tatsächlich in so einer Kommission vernünftige Arbeit zu leisten. So, zu den Punkten selber: Ich bin da sehr nah bei Herrn Wenzel, der ja auch noch mal angesprochen hat, die Frage einer Bilanz, einer Atommüllbilanz. Die liegt nämlich bisher überhaupt noch nicht vor. So dass eben auch alle wissen, auf welcher Grundlage wir überhaupt diskutieren, und ich bin auch der Meinung, dass wir die Prozesse, die ja bei Entria im Moment laufen, dass man das natürlich auch alles mit in die Betrachtung nehmen müssen. Ich weiß jetzt nicht mehr, wer das war, einer von Ihnen hat die Frage der Kaverne in Gronau angesprochen. Ich glaube auch, das ist ja jetzt noch nicht klar, wo die Ursachen liegen. Also der Wirtschaftsminister Gühn wird mich da vielleicht korrigieren können, aber ich glaube, dass da immer noch im Moment die Suche läuft. Aber ich meine, man muss zu mindestens das auch noch mal dann kritisch hinterfragen, was dort abgelaufen ist in diesem Salzstock in Gronau-Epe, um dann möglicherweise auch Konsequenzen zu ziehen, was tatsächlich die Salzlagerstöcke angeht, was die Endlagerung von Atommüll angeht. Ich finde es zu mindestens wichtig, das auch noch mal zu hinterfragen. Damit will ich es jetzt an dieser Stelle aber auch stehen lassen, jetzt ist nämlich gleich Abstimmung.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Zdebel. Kurzer Hinweis an die Bundestagsabgeordneten: Sie sind ja jetzt etwa eine halbe Stunde weg, um ... zur Abstimmung zu machen. Wir tagen hier jetzt weiter, damit wir eben weiter mit unserem Arbeitsprogramm kommen. Wir treffen uns hinterher, wenn die Sitzung zu Ende ist, – ich soll das nicht-öffentlich, aber ist ja jetzt egal – in der „Eins“ – also wegen Werbung soll ich das nicht öffentlich machen. Ja, also ... Tschüß, bis später. Gutes Abstimmen. Warten wir grad eine Minute, bis die MdBs vor der Tür sind. Der nächste ist dann Herr Kudla bitte auf der Rednerliste. Sie können warten, bis es ein bisschen ruhiger ist. ... Ach, Herr Sailer war noch nicht fertig?! Oh. Herr Sailer, in der gebotenen Kürze.“

Herr Sailer:

„Ja. Aber es gibt manchmal Dinge, die man auch länger und deutlicher sagen muss. Obwohl es zugegebenermaßen schwierig ist, wenn 32 plus zwei Leute in gebotenen Umfang zum Reden kommen müssen. Ich lass das mit der Technik, hab ich glaube ich genug begründet. Mir liegt noch was anders in der Interaktion mit der Öffentlichkeit am Herzen. Wir reden ja dann ganz oft über den Prozess. Wir müssen aber, also, will ich gar nicht in Abrede reden, wir müssen aber auch da drüber reden, wie gibt es eigentlich eine gesellschaftliche Diskussion über die Fakten und über die Notwendigkeiten und über die Gefahren und wo gibt es die Informationsmöglichkeit. Also dass sozusagen in der Gesellschaft überhaupt viele wissenschaftsbasiert mitmachen können: Das ist noch was ganz anderes, als die, die sich ganz auf den Prozess fokussieren. Und da, denk ich, sind wir auch noch am Anfang. Aber ist ein wichtiger Bestandteil vom Ergebnis, das wir haben können. War's kurz genug? „

Frau Heinen-Esser:

„Ganz super, Herr Sailer. Herr Kudla bitte.“

Herr Kudla:

„Ja, ich möchte noch mal darauf zurückkommen, was Herr Wenzel und ich glaub Herr Brunsmeyer vor ungefähr einer dreiviertel Stunde gesagt haben: Da ging es unter anderem – Sie hatten auch den schwach- und mittlerradioaktiven Müll angesprochen. Also ich möchte noch mal sagen, ich möchte mich an sich hier konzentrieren auf den hochradioaktiven Müll und damit auf die entsprechenden Mengen, die ja schon so in etwa bekannt sind. Und ich bin der Meinung, wenn wir das lösen, was hier in diesem Gesetz drin steht, dann ist man ein ganzes Stück weiter und dann kann man danach vielleicht auch noch mal hinsichtlich schwach- und mittlerradioaktivem Müll das eine oder andere diskutieren. Das ist Punkt eins. Wir sollten uns also auf den wärmeentwickelnden radioaktiven, auf die wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle hier beschränken. Punkt zwei: Aus dem, was der Herr Sommer vorher sagte, merke ich, glaub ich, das nicht jeder das Gleiche unter Evaluation versteht. Ich hab bisher darunter verstanden, dass wir die Aufgabe haben, die Punkte, die in § 4 Absatz 2 stehen, hier abzuarbeiten, also Kriterien festzulegen, Ausschlusskriterien festlegen, ein Verfahren hier entwickeln sollen, wie ein Standortauswahlverfahren umgesetzt wird. Und danach, wenn wir das haben, das Gesetz evaluieren sollen. So hab ich das bisher verstanden. Jetzt, nachdem was Herr Sommer vorher sagte, hatte ich so den Eindruck, als wenn Sie zuerst das Gesetz evaluieren wollen, danach soll das Gesetz geändert werden, und dann trifft sich die Kommission noch mal, und dann wird der Rest abgearbeitet. Ich weiß nicht, ob das, ob ich das so richtig verstanden habe. Das ist ... das ist ein Unterschied. Und dann müssen wir an sich klarkommen, wie die Evaluation hier zu verstehen ist. Ist es so zu verstehen, wie Herr Sommer das vorher sagte, oder ist sie so zu verstehen, wie ich das ganz am Anfang meines Statements hier sagte. Nämlich in der Form, dass wir erst die Punkte 1 bis 5 abarbeiten und danach das Gesetz evaluieren.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Kudla. Herr Habeck ist der Nächste.“

Herr Habeck:

„Also, wenn wir den Konsens halten wollen, dann glaub ich, werden wir uns

darüber nicht einigen, wie rum wir anfangen. Das ist ja offensichtlich, das es keine Einheit gibt in diesem Raum. Die Einen sagen, wissenschaftliche Kriterien, die Grundlage des AK End, Auslandsberichte und dann gucken wir mal, was wir noch revidieren müssen. Ansonsten haben wir's ja eigentlich im Kopf, worauf es hinausläuft. Andere sagen, wir müssen eine gesellschaftliche Debatte führen. Wir müssen die ethischen, politischen Kriterien in die Abwägung bringen und welche Ausflüsse haben solche Ergebnisse wie Akzeptanz der Bevölkerung zum Prozess aber möglicherweise auch in Regionen usw. Und das sind dann eben, Herr Haseloff, keine physikalisch zu regulierenden Sachen. Denn die ethischen Prozesse kann man eben nicht an Zahlen und Das kann man glaub ich ganz gut bei der Rückholbarkeit deutlich machen, dass auch als relativer Laie, da sind die Herren links von mir, das sind alles Herren, weit überlegen, aber was ich zu wissen meine, ist, dass die Entscheidung Rückholbarkeit oder nicht, natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die potenziellen Kriterien für Standorte haben. Das heißt, die am Anfang zu entscheiden, ist eine Vorentscheidung für ganz viele Dinge. Und dass die Rückholbarkeit selbst, weiß ich nicht, ob die sich rein physikalisch entscheiden lässt. Da ist doch sicherlich auch viel Ethik, viel gesellschaftliches Gefühl an der Debatte. So hab ich Michael Sailer auch eben verstanden. Wenn wir jetzt irgendwie weiterkommen wollen, dann glaub ich sollten wir nur vereinbaren, es ist relativ egal, wie rum wir anfangen, ob rechtsrum oder linksrum, zuerst mit dem AtG oder am Ende mit dem AtG. Wir müssen uns nur darauf vereinbaren, dass wir hier nicht Vorentscheidungen treffen. Wir können also nicht sagen in der ersten Sitzung, wir reden über Rückholbarkeit oder Nicht-Rückholbarkeit, dann gibt's ein Votum, dann ist das geklärt, und dann reden über Gestein. Dann sind wir sozusagen glaub ich relativ schnell zu Ende aber nicht im Konsens. Genauso gut muss die Frag natürlich am Ende irgendwie gelöst und mit Votum sozusagen entschieden werden, aber vielleicht erst am Ende. Und vielleicht kann man so rum weiterkommen: Wir haben die Punkte im Gesetz ja auch nicht systematisch. Also wenn man sozusagen eine Denklogik, wie immer sie aufgebaut ist, folgen würde. Und es wäre vielleicht Aufgabe des Vorsitzenden, die Punkte aufzustellen und wir ziehen das Fazit unter diese Diskussion, dass wir nicht im Sinne einer logischen Ableitung jetzt vorgehen und sagen zack-zack-zack eins zwei drei Punkte sind geklärt, reden wir noch über vier. Sondern wir halten hier noch die Punkte eins bis drei in der Debatte. Und attestieren uns gegenseitig, dass wir sie, wenn sich vier als besonders problematisch herausstellt oder da noch mal Erkenntnisse sind, auch wieder ändern können. So glaube ich, kommen wir weiter. Das wird dieses Debatte aufs Ende hin natürlich noch mal in Drangsal fokussieren. Aber so kommen wir jedenfalls rein in den Prozess. Und dann wird alles was wir beschworen haben, Vertrauen untereinander und Kennenlernen und so, 'ne Chance habe sich zu bewerkstelligen. Sonst glaube ich, wird's ziemlich schwierig werden.“

Frau Heinen-Esser:

„Herr Habeck, herzlichen Dank für diesen Vorschlag. Herr Thomauske bitte.“

Herr Thomauske:

„Ja, manchmal bin ich versucht zu glauben, dass wir das Gesetz jetzt beiseite legen und uns überlegen, wie sucht die Kommission sich 'ne Aufgabe. Und insofern, so schlecht, muss ich mal sagen, ist das Gesetz in seiner Ausbildung nicht und wir wären aus meiner Sicht auch gut beraten, zunächst mal das

abzuarbeiten, was auch tatsächlich drinsteckt. Und die Polarisierung in der Argumentation unter dem Aspekt wissenschaftsbasiert und akzeptanzgerichtet bedeutet ja nicht, dass das Eine oder das Andere, sondern wir brauchen beides. Es soll ein wissenschaftsbasiertes Verfahren sein, und dieses wissenschaftsbasierte Verfahren soll auch durch Transparenz, durch Einbindung der Öffentlichkeit hinterher akzeptiert werden können. Und darüber hinaus müssen wir uns natürlich mit, müssen wir mit berücksichtigen, dass das Ganze im Rahmen der Endlagersuche dann Zeit kostet und wenn ich mir die Fra..., das Gesetz mal vornehme und mir überlege, wir haben, unter dem Aspekt Standorterkundung und so weiter – wir haben sechs Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung des Bundesrates, wir haben sechs Ebenen der Öffentlichkeitsbeteiligung, aber das Ganze bis 2031. Dazwischen soll auch noch etwas gearbeitet werden. Das ist per se in sich ausgeschlossen. Und insofern sehe ich den Wert dieser Kommission – und insofern sehe ich das auch hier angelegt – diese verschiedenen Aspekte nämlich Wissenschaftsbasiertheit, Akzeptanzgerichtetheit, aber auch noch Lösung in einem überschaubaren Zeitraum – drüber zu 'ner konsensualen, zu 'nem konsensuellem Ergebnis zu kommen. Und darin liegt aus meiner Sicht die Herausforderung. Und das wird nicht gehen, wenn wir sagen und die Bevölkerung fragen, was hättet ihr denn gerne. Das wird nicht gehen, wenn wir sagen, ok wissenschaftlich ist es ganz einfach. Da haben wir unser Handwerkszeug. Sondern genau diesen Prozess, den müssen wir hier im Sinne der Evaluierung des bestehenden Gesetzes, wo alle drei Ziele optimiert dargestellt sind – was so, und das weiß auch der Gesetzgeber nicht erreichbar sein wird. Insofern brauchen wir hier 'ne Konsensfindung, die an der einen oder anderen Ecke dann auch entsprechende Abstriche machen muss, sonst wird eines der Ziele optimiert zulasten der beiden übrigen.“

Frau Heinen-Esser:

„Dankeschön Herr Thomauske. Herr Wenzel bitte.“

Herr Wenzel:

„Jetzt ist Herr Haseloff, glaub ich, leider schon draußen. Herr Haseloff machte grade eine Bemerkung, wo er sagte: Wir könnten ja machen, was wir wollen, wir könnten uns auf den Kopf stellen, klar sei schon heute, dass am Ende diejenigen, sag ich mal, die einem künftigen Ort zur Lagerung am nächsten wohnen würden, sowieso dagegen seien. Was für mich einer der eindrucksvollsten Besuche war, vor einigen Jahren, war, wie die Schweden das damals angepackt haben. In Schweden hat man dann die erstaunliche Situation gehabt, dass sich fünf Gemeinden freiwillig gemeldet haben und gesagt haben, wir sind bereit, unsere Gemeinde für die Suche zur Verfügung zu stellen. Das hab ich so in der Form nicht für möglich gehalten. Gut, man mag dagegen halten, das sind zum Teil Gemeinden gewesen, die schon, sag ich mal, über Atomanlagen anderer Art verfügt haben. Aber immerhin, sag ich mal, ist das 'n Schritt, der zeigt, dass man nicht allzu oder nicht nur pessimistisch rangehen darf, sondern man muss durchaus dies Ziel in den Blick nehmen. Und wir haben auf der anderen Seite ja auch gesehen, dass so'n Standort wie Gorleben – das ist mal mit ganz großer Mehrheit im Bundestag von 'ner großen Koalition entschieden worden. Und trotzdem war keine Koalition im Bundestag am Ende in der Lage, so eine Entscheidung gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Das heißt, auch eine große große parlamentarische Mehrheit ist am Ende auf

gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen und ist darauf angewiesen, dass hinterher 'ne Entscheidung auch von denjenigen, die dem dann vielleicht räumlich am nächsten kommen, getragen wird oder zumindest geglaubt und gesehen wird – und auch gespürt wird, dass diese Entscheidung praktisch nach allerbestem Wissen und Gewissen zustande kam - und man sicher sein kann, dass sie tatsächlich auch das verspricht, was die Verantwortlichen damit verbinden. Das ist sozusagen die Spannweite, vor der wir stehen. Und von daher, glaub ich, lohnt es auch nochmal, in das Gesetz zu gucken. Ich glaube, dass dies Gesetz in der Tat ein ganz großer Schritt nach vorne ist. Die Tatsache, dass wir hier in einer solchen Kommission über diese Fragen diskutieren, das ist, im Vergleich zu früher, ein ganz großer Schritt nach vorn. Aber die Genese des Gesetzes war natürlich auch anders, als die eines normalen Gesetzes. Das heißt, es geht auch um die Frage: Ist denn dort alles tatsächlich bedacht worden? Wir haben ja in dem föderalen System normalerweise ziemlich gute checks and balances Systeme, wo also auch sehr genau geprüft wird, ist das hinterher alles praxistauglich. Und ich glaube, das ist eine Herausforderung. Wenn ich nur mal das Beispiel BfE nehme – Bundesamt für Entsorgung. Ursprünglich ist man rangegangen mit dem Ansatz, man muss Regulator und Operator trennen – praktisch eine Kontrollinstanz und eine Ausführungsinstanz. Wenn man heute in den Entwurf des Bundeshaushaltes guckt, stellt man fest, da wird wieder alles wunderbar durcheinander gemischt. Hier entsteht sozusagen in der jetzigen Konstruktion eine Institution, die nicht per se die Glaubwürdigkeit hat, die man ihr vielleicht wünschen könnte. Aber ich glaube, das muss man sich nochmal angucken. Auch die Frage Rechtsschutz – ich glaub, wer hier vorne wurd's auch mal zur Linken angesprochen. Ist es nicht in unserem Rechtsstaat eigentlich selbstverständlich, dass ich sozusagen – der Herr Brunsmeier sprach's an: Das ist ja 'n Punkt, den die Umweltverbände stark kritisiert haben: Warum, wenn ihr euch sicher seid, dass ihr die beste Entscheidung völlig wissenschaftlich abgesichert trifft, warum habt ihr dann Angst vor einer gerichtlichen Überprüfung? Wenn die Entscheidung so gut ist, muss sie doch jedem Gerichtsurteil standhalten können. Warum dann Zweifel am Rechtsweg? Warum eine Einschränkung des Rechtsweges? Auch das müssen wir nochmal bedenken. Die Sorge um die Finanzierung: Sind wir dort wirklich mit den jetzigen Rechtskonstruktionen dort, wo wir hin müssen? Wenn wir lesen, dass Vattenfall seine Patronatserklärung auflöst und dem im Moment rechtlich nichts entgegensteht. Wenn wir sehen, dass die Endlagerungsvorausleistungsbescheide von den EVUs beklagt werden. Sind wir sicher, dass die Finanzierung im jetzigen Gesetzes tatsächlich Bestand hat? Sind wir sicher, dass die EVUs nicht versuchen, diese Finanzierungsregeln auszuhebeln? Müssen wir uns das nicht nochmal angucken und sicherstellen, dass wir tatsächlich auch am Ende die Mittel zur Verfügung haben, die wir brauchen, um diese Herausforderung zu lösen? Sonderrechte Gorleben: Da steht drin, steht an, irgendwann die Entscheidung über eine Veränderungssperre. Aus niedersächsischer Sicht brauchen wir natürlich auch die Sicherheit, dass nicht an anderer Stelle, wo potentiell ein Ort wäre, Fakten geschaffen werden und da plötzlich die Liebe zum Fracking sich Bahn bricht und sozusagen Standorte praktisch für die Gasförderung verwendet werden, die möglicherweise für ganz andere Zwecke nochmal gebraucht werden. Also auch aus niedersächsischer Sicht brauche wir praktisch dann die Sicherheit, dass nicht andere Standorte in den kommenden 20 Jahren praktisch durch bergrechtliche Verfahren oder irgendwelche Förderverfahren anderer Art aus dem Rennen genommen werden, ohne dass es 'ne objektive Abwägung gegeben hat. Und das

Thema Zwischenlagerung: Ich glaube, es wäre sinnvoll, sich erst mal klarzumachen, was haben wir an hochradioaktivem Müll. Aber in dem Moment, wo das eintritt, was Herr Thomauske sagt, wo nämlich der Zeitplan, der im Gesetz ist, nicht einzuhalten ist – und da hab ich zumindest einige Stimmen von Fachleuten gehört, die sagen: So, wie der da formuliert ist, ist er viel zu eng. In dem Moment werden wir über die Zwischenlagerung reden müssen, weil wir in dem Moment mit dem jetzt befristeten Vorhaben ans Ende der jetzt laufenden Genehmigung kommen. Und insofern hängt da vieles miteinander zusammen. Und das spricht dafür, eben das Gesetz nochmal sehr gründlich zu evaluieren und zu gucken, ob man an solchen Stellen zu Korrekturen kommen muss. Das ist jetzt nur ein paar Beispiele, aber ich glaube, es gibt ein paar zwingende Gründe, das zu tun.“

Frau Heinen-Esser:

„Danke Herr Wenzel, Herr Meister bitte“

Herr Meister:

„Verehrte Vorsitzende, also der Weg zu einer Lerngemeinschaft, der ja kurz von Herrn Sommer beschrieben wurde, der beginnt ja in diesem Kreis auch, beginnt zumindest bei mir schon, nach diesen ersten drei Stunden. Ich will nur ein paar kurze Notizen geben nochmal zu den Debatten, die ja wohl auch erlaubt sind, weil der Punkt, den wir im Moment diskutieren heißt ja Gedankenaustausch, da ist ja viel erlaubt. Herr Sailer und da kann man auch lange reden. Manchmal ist aber kürzer und knapper vielleicht auch klarer. Nicht auf Sie bezogen, ich meine nur generell, generell. Also in der Klarheit des Gesetztes, ich glaube soweit sind wir schon, ist die Anzahl von 1 bis 5 im Paragraphen 4 keine hierarchische Rangfolge. Das hätten wir von den Berichterstattern aus dem Bundestag schon gehört. Wär' auch völlig ungewöhnlich, dass ein Gesetz so aufgebaut ist, dass auch, sei es nur eine zeitliche Hierarchie, mit abgebildet werden soll. Insofern glaube ich, steht uns wirklich noch bevor, wie wir diese Form des Dissenses, der im Augenblick entsteht, in eine, ich sage mal, Lerngemeinschaft überführen können. Nach wie vor bin ich der Meinung, natürlich brauchen wir ein klares Verfahren, wenn wir aus diesem Gedankenaustausch rausgehen und über die Arbeitsschritte reden. Dieses Verfahren muss transparent sein, muss nachvollziehbar sein, muss plausibel sein, muss auch verstanden werden. Und auch in dieser Klarheit des Verfahrens liegt meines Erachtens, das wird ja heute nicht geschehen, vielleicht in der nächsten Sitzung, schon ein Teil der Glaubwürdigkeit auch für unsere Lernbereitschaft. So ist vollständig ersichtlich, den ersten Dissens, finde ich, klar markiert. Mein Vorschlag wäre praktischer Art. Ich glaube, wir müssten den Begriff der Evaluation tatsächlich aussondern und klären. Wir haben mehrfach sehr differente Interpretationen gehabt. Wir müssen uns dezidiert diesen Begriff und den unterschiedlichen Interpretationen doch noch mal aussetzen, wenn wir an dieser Stelle zu einem klaren Verfahren kommen. Dann könnte es durchaus sein, dass wir eine synchrone Entwicklung vorweg verabreden. Eine, die eben dann nicht in einer zeitlichen Hierarchie steht, sondern synchron auch in der Delegation von bestimmten Aufgaben in Arbeitsgruppen. Denn diese Korrektur, möchte ich dann doch nochmal kurz auch sagen, also Herr Thomauske: Natürlich brauchen wir wissenschaftsbasierte Grundlegungen am Anfang, aber ich bin sehr froh, dass Risikoethik als junge Wissenschaft im Kanon der Ethik, der philosophischen, der praktischen Philosophie eine Wissenschaft ist. Ich bin sehr froh, dass

Sozialwissenschaften, die uns helfen, bei der Betrachtung von sozialen Spaltungsprozessen eine Wissenschaft ist. An dieser Stelle also durchaus auch den Kanon dessen, was wir unter Wissenschaft verstehen ein bisschen weiter zu ziehen, als an der Stelle dann, ich sage mal im strengen und engen Sinne nur naturwissenschaftlich. An dieser Stellen brauchen wir und müssen wir Kompetenz eintragen. Und ich finde, das ist der Schlusssatz, ich finde der Vorschlag, der ganz zu Anfang kam, für das Weitergehen – weil wir lösen diesen Konflikt jetzt glaube ich nicht, auch wenn wir Evaluation aussondern – finde ich es sehr hilfreich, tatsächlich mit einer Relecture des AK End zu beginnen. Ist übrigens auch im Gesetz, mit den Dingen, die schon waren, anzufangen. Und uns sozusagen ein Konsensmodell, was Schwächen hat, aber was zum Beispiel auch in den Umweltverbänden, was die Klarheit der Verfahrensschritte anging, ja eine hohe Akzeptanz fand oder zumindest teilweise eine große Akzeptanz, dass wir diese Relecture uns vornehmen. Und darin an diesen Formen, die damals aufgefächert wurden, nochmal einmal sehen, wo ist eben nicht nur wissenschaftlich im naturwissenschaftlichen Sektor Entwicklungen gegeben hat, sondern wo wir auch in dem Umgang mit Betroffenheiten, mit sozialen Spaltungen und mit Protestbewegungen auch weitere Schritte gegangen sind. Also der konkrete Vorschlag, Auslagerung der Evaluation dezidiert das noch einmal tatsächlich einzeln zu behandeln, was wird darunter verstanden und das Zweite die Bestätigung noch einmal, ich finde es gut, wenn wir dem AK End und der Relecture dann beginnen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Herr Meister. Ich habe noch drei auf der Rednerliste. Das ist Michael Müller, Herr Grunwald und Herr Tillich. Also Michael Müller bitte.“

Herr Müller:

„Herr Meister, ich knüpfe da an. Ich kann mir das auch parallel vorstellen. Ich würde das sogar noch für sinnvoller ansehen. In der Sozialwissenschaft werden technische Prozesse immer als soziale Prozesse verstanden. Die Definition der Deutschen Soziologischen Gesellschaft ist seit 1969 „Technik ist ein sozialer Prozess“. Und insofern, Michael Sailer, ist das ein bisschen verkürzt. Natürlich müssen wir naturwissenschaftlich auf der Höhe der Zeit sein, wobei ich natürlich die Frage stelle, wie das bei einem Thema, das soweit in die Zukunft reicht. Aber trotzdem, wir müssen auf der Höhe der Zeit sein. Wir müssen sauber, handwerklich sauber naturwissenschaftliche Fragen behandeln, überhaupt keine Frage. Aber wenn nicht gleichzeitig damit rein fließt, in der Bewertung solcher Prozesse, die kulturellen Normen, die gesellschaftlichen Werturteile, auch die Akzeptanz von Menschen, dann bleibt das eine Nullveranstaltung. Und ich meine, es ist so, hier lassen sich viele Menschen auf einen Prozess ein, der von vielen seit vielen Jahren kritisch gesehen wird. Und trotzdem lassen sie sich auf den Prozess ein. Und insofern finde ich, sollte man denen jetzt nicht die Beine abschneiden, sondern die schon mitziehen. Sie müssten sich nicht drehen, sondern die Wende, so sagt es ja auch schon der Begriff, ist von anderer Seite gekommen. Also insofern, ich verstehe Evaluierung vor allem in der Bewertung historischer Prozesse, also dessen, was gelaufen ist und in dem Zusammenhang, welche Schlussfolgerung wir ziehen. Eine Reduktion aus wissenschaftlicher Seite nur auf technische Fragen, kann ich nachvollziehen, entspricht aber nicht einem politischen Auftrag. So würde ich es jedenfalls bewerten. Und deshalb scheint mir

ein Parallelverfahren sehr sinnvoll zu sein.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank Herr Müller. Herr Grunwald bitte.“

Herr Grunwald:

„Ja, angesichts der Tatsache, dass hier doch eine gewisse Ermüdung eintritt, ganz kurz nur drei Punkte. Zunächst, in ganz vielen Feldern der Technikfolgenabschätzung und auch hier lassen sich die naturwissenschaftlich, in Anführungszeichen, objektiven Dinge nicht von den ethischen und gesellschaftlichen trennen. Warum streiten sich oft Wissenschaftler über die gleiche Frage? Sonst müssten die ja immer einer Meinung sein. So eine Frage, wie sicher ist sicher genug, ist ja keine wissenschaftliche, sondern da stecken ja Werte drin. Und das heißt, schon wenn wir zu den Kriterien kommen, dann ist es nicht nur eine naturwissenschaftliche Sache, sondern da sind schon solche gesellschaftlichen und ethischen Fragen drin. Zweiter Punkt, Herr Wenzel hat das Entria Projekt genannt. Mein Institut ist da beteiligt. Herr Appel ist auch beteiligt. Das Projekt steht als Informationsressource für die Kommission zur Verfügung. Das ist überhaupt gar keine Frage. Dritter Punkt, Endlagerung ist ein nationales Projekt, so wir das hier betreiben, und wir haben bisher über Kriterien und Verfahren geredet nach Gerechtigkeitsmaßstäben usw. alles klar und Transparenz und so. Aber es darf dabei auch nicht stehen bleiben. Es darf also nicht so sein, das wir ein schönes Verfahren auf die Beine stellen und dann der Bundestag das beschließt, das wird durchgeführt und irgendwann kommts dann raus, Kleinmülldorf muss den Atommüll nehmen und 99% der deutschen Bevölkerung sind heilfroh erleichtert, so nach dem Motto uns hat es ja nicht getroffen, ihr habt ja nur Pech gehabt und das, tja, ist dann so. Das darf ja nicht so sein und dann kommt es zu der mangelnden Akzeptanz. Wir müssen von Anfang an mitdenken, wie können wir Belastungen – und die Übernahme eines Endlagers ist eine Belastung – wie können wir die Belastung gerecht über die ganze deutsche Bevölkerung verteilen und nicht nur einem Standort das aufbürden. Ich denke mal, das ist uns allen selbstverständlich, aber es hat noch niemand gesagt, deshalb wollte ich das sagen.“

Frau Heinen-Esser:

„Herzlichen Dank, Herr Grunwald. Herr Tillich bitte.“

Herr Tillich:

„Ja, vielen Dank. Ich finde ja interessant, wie die Diskussion heute sich entwickelt hat, von der Terminfindung und von dem Wochenrythmus, in dem wir tagen wollen, jetzt zu diesem. Und ich greife das mal auf, was Herr Wenzel gesagt hat. Wenn ich das so interpretieren darf, wie ich sie verstanden habe, haben Sie gesagt, es ist schon einmal ein Wert an sich, dass wir heute in dieser Runde zusammen sitzen und ernsthaft über eine Lösung nachdenken, die wir vorlegen, oder den Lösungsvorschlag, den wir vorlegen sollen. Da gibt es nun, wie man so schön das formuliert hat, die unterschiedliche Bänke. Also es gibt den Bundestag, die Bundesländer. Da will ich ganz offen sagen, gibt es wahrscheinlich auch unterschiedliche Interessen. Der Bundestag hat ein Gesetz beschlossen. Und irgendwo wird das, so wie es gerade Herr Grunwald sagte, dann also einen Ort treffen, also das heißt da wird ein Land und damit auch ein Ort, aber nicht nur ein Ort, sondern auch ein Land betroffen sein. Und deswegen bin ich auch dann

wiederum bei den Vertretern der Umweltschutzverbände, die sagen, es muss einen gesellschaftlichen Prozess geben, der das natürlich irgendwo mit abbildet, dass man quasi eine Diskussion nicht hat, so wie Sie es gerade, Herr Grundwald, gesagt haben: Das sind die armen Schweine, die es getroffen hat. Und von daher sind wir wiederum bei dem, was Herr Wenzel gesagt hat. Wenn wir das Beispiel Schweden nehmen, dann ist natürlich das, was wir hier jetzt vorliegen haben, was die Grundlage der Arbeit in dieser Arbeitsgruppe ist, das Gesetz, also wirklich ein Höllentempo. Denn bevor wir im Prinzip die Diskussion, ich sage das jetzt mal so, von arme Schweine in glückliche Menschen umbändeln und bevor wir im Prinzip sagen, dass ist nicht alles, also auf Deutsch gesagt, eine Katastrophe, dass die Endlagerung jetzt da stattfinden soll, sondern das ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, das ist ja trotzdem noch Druck, gesellschaftlicher Notwendigkeit. Also wenn ich das soweit geschafft habe, dann brauche ich, um diesen schwedischen Prozess zu bekommen, im Prinzip ein großes Zeitfenster. Das hat aber der Gesetzgeber uns, glaube ich, nicht so vorgesehen und deswegen ist es auch nicht absurd, wenn die Wissenschaftler sagen: wir brauchen da im Prinzip, wir müssen über Lösungen reden, bevor wir über Risikoethik reden, Herr Meister, müssen wir erstmal wissen, was ist denn letztendlich das Risiko. Also das heißt, wir kennen jetzt, die radioaktiven Abfälle sind ein Risiko. Aber wie das Endlager aussieht, wie es letztendlich, also quasi ausgestaltet wird, darauf, auf der Basis kann man dann sagen, ist es riskant oder ist es nicht riskant und unter welchen Umständen ist es riskant. Es kann ja alles riskant sein. Das Leben ist ja ein Risiko. Also von daher glaube ich, müssen wir uns auch da im Prinzip die Frage stellen, also ich habe zumindest für mich heute gelernt, der Gesetzgeber hat uns einen klaren Auftrag gegeben und jetzt ist es nicht, im Prinzip an dem, dass wir uns gegenseitig die Bälle im Prinzip ins Tor werfen und dann sich freuen, dass es jetzt eins zu null für uns steht, sondern es muss am Ende im Prinzip ein Spiel ausgehen, anders wie beim Fussball, wo am Ende des Tages alle sagen, es muss oder es muss nach besten Wissen und Gewissen so müsste es funktionieren und so müsste im Prinzip die große Mehrheit sagen, aha. Und deswegen glaube ich, ist es zwingend notwendig, dass wir diesen Dialog und das hat ja irgendeiner so nett gesagt, ich glaube Sie waren es, Herr Sommer, sie haben das Gesetz als lernenden Prozess bezeichnet und das was wir hier jetzt...“

Herr Sommer;

„Das war der Bundestag.“

Herr Tillich:

„Noch besser, noch besser, also dann haben Sie es aufgegriffen, habe ich es so verstanden, dann ist es ja glaube ich das, was wir jetzt heute auch in dieser Veranstaltung und das haben Sie gerade, Herr Meister, auch gesagt, ist glaube ich ist für den einen oder anderen auch ein lernender Prozess. Ich war nicht dabei, wo das Gesetz beraten worden ist im Deutschen Bundestag. Ich kenne nicht die Argumente die dort quasi ausgetauscht worden sind. Ich war, sagen wir mal, zumindest nicht in den Fachgremien des Bundesrates beteiligt, wo unsere Spezialisten da gesessen haben und sich den Kopf zerbrochen haben. Wir haben dann im Prinzip politisch darüber gedacht, drübergeguckt über die Lösung, die sie vorbereitet haben als Ministerpräsidenten oder als Kabinette oder als Minister. So, das heißt also, wir haben alle, im Prinzip dennoch ein relativ großes – bis auf die Herrn – aber auch in unterschiedlicher Ausprägung wieder, weil der eine ist mehr

Ethikexperte oder Philosoph, als der andere der vielleicht Physiker ist oder Maschinenbauer. Also haben wir wahrscheinlich alle einen unterschiedlichen Erfahrungshorizont und deswegen weiß ich also wirklich nicht, also nach der Eingangsdiskussion, die wir heute gehabt haben, alle vier Wochen tagen und so und Arbeitsgruppen. Da hatte ich so den Eindruck, ich bin hier der einzige, der gar nicht weiß worüber wir eigentlich so alles zu entscheiden haben. Weil aus meiner Sicht ist das ein globales, also schon ein Klops. Den zu verdauen, wird für alle ein harter Brocken. Aber jetzt merke ich, dass da im Prinzip bei allen noch der Klops relativ groß ist. Also das ist zumindest meine Wahrnehmung, die ich jetzt hier also quasi gemacht habe, bis wir dann tatsächlich zu einem Ergebnis kommen. Deswegen kann ich nur sagen, also erstmals danke für den heutigen Nachmittag. Es gibt schönere Nachmittage als diesen. Aber bei dem traurigen Wetter, was wir draußen haben, ist das schon ein guter Ersatz gewesen. Nein Spaß beiseite, jetzt zurück wieder zum Ernst der Geschichte. Ich würde gerne im Prinzip nochmal die Frage fast schon zurückgeben. Herr Wenzel, wollen wir uns jetzt, ich würde sofort bejahen, wollen wir uns gemeinsam der Aufgabe stellen, im Prinzip also quasi einen Prozess zu erreichen, der am Ende des Tages wirklich in diesem schwedischen Ergebnis mündet. Wenn das der Ehrgeiz ist, dann finde ich ihn also wirklich als einen anstrengenswerten. Wenn wir es im Prinzip anders machen, so wie es gerade Herr Grunwald beschrieb. Dass es dann im Prinzip doch irgendwo paar arme Würstchen gibt. Wie haben sie gesagt? Das Mülldorf. Ich meine, man muss mal vorstellen: Wir tagen öffentlich. Wir tagen öffentlich."

Herr Grunwald:

"Ich habe aber gesagt, so darf es nicht laufen."

Herr Tillich:

"Ja Gott sei Dank. Aber schon alleine die Begrifflichkeiten. Wenn einer nicht die ganze Zeit zuhört, dann hat er nur das gehört, wenn wir erst werden dann sind wir Mülldorf. Und immer – das ist zumindest meine Erfahrung, auch jetzt seit paar Jahren in der Politik – dass man da auch manchmal ohne etwas derartiges bewirken wollte, schon einen Begriff gesetzt hat, der dann nicht mehr wegzubekommen ist. Also von daher sage ich, ich will es nicht schön reden. Nicht das wir uns missverstehen, ich will es nicht schön reden, aber ich glaube, dass wenn wir diesen schwedischen Prozess anwenden wollen und da sind wir nämlich bei der Evaluierung. Die ist dann wahrscheinlich weniger gefährlich, als sie jetzt erscheint, als wie manch einer von uns befürchtet. Sonst hätte ich jetzt die Bundestagsabgeordneten, die jetzt wieder eintreffen, gefragt, wie ernst fühlt ihr euch eigentlich als Gesetzgeber genommen, wenn wir heute schon sagen, das Gesetz taugt nichts, wir machen jetzt ein neues. Dieses Gremium ist nicht in der Lage ein Gesetz zu machen. Also so ist zumindest nicht der Auftrag des Gesetzgebers. Also das ist ja jetzt auch bloß ein Vorschlag wieder an die Damen und Herren die dann sich damit beschäftigen sollten. So, das soll es jetzt gewesen sein."

Frau Heinen-Esser:

"Herr Tillich, das war eigentlich, haben wir gesagt, ein wunderbares Schlusswort, was sie gehalten haben, aber Herr Sailer steht noch mit einer kurzen Intervention auf der Rednerliste. Kurz hat er gesagt."

Herr Sailer:

"Ja ich wollte nur - Herr Tillich hat darauf hingewiesen das man aufpassen muss bei jedem Wort, weil Michael Müller mich so als den Technokrat hingestellt hat. Ich weise an der Stelle nochmal darauf hin: Ich war einer der wenigen, die von Anfang an im AK End gesagt haben, wir müssen Technik und Prozess machen. Ich habe auch wesentlich an der Prozessentwicklung mitgemacht. Aber wir dürfen es jetzt nicht anders rum machen und alles ausschütten. Das war mein Plädoyer vorhin und jetzt bin ich auch ruhig."

Frau Heinen-Esser:

"Recht herzlichen Dank, Herr Sailer. Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr und mache den Vorschlag das Michael Müller und ich uns in Klausur zurückziehen und aus alldem, was wir heute hier gehört haben, ihnen einen Vorschlag machen werden. Ein paar Stichworte sind ja schon gefallen, in welche Richtung es gehen kann, wo wir auch die widerstreitenden Ansatzpunkte doch vielleicht eher miteinander wieder verbinden können. Da bin ich ganz zuversichtlich, und wir legen ihnen diesen Vorschlag dann für die nächste Sitzung vor. Wären sie damit einverstanden? Ich glaube wir benötigen auch ein bisschen Zeit, uns jetzt auch da nochmal reinzuhören an der einen oder anderen Stelle und zu schauen, wie da der Weg sein könnte, so dass wir in der nächsten Sitzung uns die Zeit nehmen über dieses Arbeitsprogramm, was dann schriftlich vorliegt, intensiv zu beraten und ob das die Schritte sind, die sie mitgehen können. Können wir so verfahren, Herr Kudla?"

Herr Kudla:

"Bleibt es bei dem Sitzungstermin oder?"

Frau Heinen-Esser:

"Ich bin noch nicht bei verschiedenes, Herr Kudla. Ich ruf die Terminfrage gleich nochmal auf."

Herr Kudla:

"Entschuldigung."

Frau Heinen-Esser:

"Ich war noch bei dem Arbeitsprogramm hier. So also sie sind einverstanden, dass in unsere vertrauensvollen Hände zu geben. Dann werden wir das machen. Ich möchte sie unter Tagungsordnungspunkt Verschiedenes nur kurz informieren, dass wir noch Gespräche führen werden sowohl mit Peter Altmaier, mit Frau Hendricks, mit einzelnen Ministernpräsidenten, zusätzlicher Art, um auch noch mal... War das jetzt die Ablehnung oder die Zusage? Das wir das auch noch machen. Wir werden natürlich auch regelmäßig über diese Gespräche berichten, so dass alle auf dem gleichen Stand sind. Haushalt und Internet hatte ich schon erwähnt. Zum Protokoll der heutigen Sitzung haben wir das Verfahren ja festgelegt: Livestream plus Ergebnisprotokoll. Sie erhalten den Entwurf des Protokolls zur Annahme vorgelegt. Reichen Ihnen eine Woche oder brauchen Sie zwei Wochen um das okay zu geben?"

Herr Müller:

"Lieber zwei."

Frau Heinen-Esser:

"Eine Woche Herr Wenzel und Herrn Müller zwei. Machen wir zwei Wochen – ist ja nicht...."

Herr Müller:

"Weil man immer mal nicht da sein kann, deshalb."

5. Verschiedenes

Frau Heinen-Esser:

"Also ja zwei Wochen. Wenn wir innerhalb von zwei Wochen nichts hören, gilt das Protokoll so als angenommen und wird im Internet veröffentlicht, sagt Herr Dr. Jansner. So, jetzt Herr Kudla, ich rufe nochmal die Terminfrage auf. Ich bin nicht glücklich darüber, weil wir ja eben schon mal darüber geguckt haben, und ich dachte, ich hätte es gut im Auge gehabt. Dann rufe ich jetzt nochmal auf den 27. Juni. Das ist der Freitag. Wer kann am 27. Juni nicht? Das sind drei, vier und jetzt lasse ich Herrn Wenzel, Entschuldigung, gerade raus. Vier... Dann ist die andere Alternative der 20. Juni. Wer kann da nicht? Eins, zwei, drei, vier. Ebenfalls vier der Stimmberechtigten. Sechs der Stimmberechtigten. Ein Bundesland so und ein Bundesland so. Dann rufe ich auf, auch wenn ich es ungern tue, den 26. Das ist ein Donnerstag und wir hängen wieder in der Sitzungswoche. "

Zwischenruf:

"4. Juli."

Frau Heinen-Esser:

"4. Juli können wir gerade mal checken. Wer kann da nicht? Nein es hat keinen Zweck, der Michael Müller kann nicht, und der leitet dann die Sitzung."

Herr Müller:

"Am 4. Juli kann ich."

Frau Heinen-Esser:

"Am 4. Juli können Sie noch?"

Herr Müller:

"Ja."

Herr Müller:

"Ne, Ne kann ich nicht. Tut mir leid. Nein kann ich nicht."

Frau Heinen-Esser:

"Dann können wir es nicht machen."

Zwischenruf:

"Und was ist den mit dem 26.?"

Frau Heinen-Esser:

"Dann rufe ich nochmal den 26. Juni auf. Bei den Ländern, eins, zwei, drei. Oh 26. ist aber eins, zwei, drei, vier, fünf.. Nein. eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben und zwei Ländern. Also wir sind im Moment beim 27. "

Zwischenruf:

"Und der 28.?"

Frau Heinen-Esser:

„Bitte Frau Kotting-Uhl.“

Frau Kotting-Uhl:

"Ich würde gerne den Vorschlag machen, doch auf den 4. Juli zu gehen. Auch wenn wir dann in der Abfolge, wer leitet die Sitzung, einen Sprung gleich am Anfang haben. Aber bei den Vorsitzenden. Sie beiden sind die einzigen, wo es wirklich einen vollwertigen Ersatz gibt. Und das ist der einzige Termin. wo alle Stimmberechtigten tatsächlich Zeit haben. Und das finde ich ist das geringere Übel jetzt, in dem Wechsel des Vorsitizes nicht ganz korrekt vorzugehen, als eben auf diese stimmberechtigten Mitglieder zu verzichten."

Frau Heinen-Esser:

"Ich möchte trotzdem die Bitte äußern, uns hier als Einheit zu sehen."

Herr Müller:

"Ich bin jetzt so lieb und verschiebe einen Termin. Aber das wird trotzdem, dann muss ich zwei Nächte durchfahren."

Frau Heinen-Esser:

"Ich möchte gerne mit Herrn Müller das zusammen machen. Gerade in den ganz entscheidenden Sitzungen am Anfang. Also ich bitte..."

Herr Müller:

"Wann soll das dann anfangen am 4.? Entschuldigung."

Frau Heinen-Esser:

"Also 4. Juli Vormittag. Können da alle vormittags? Jetzt guck ich mal zu den Ländern hin oder haben sie da ... Jetzt mal aufzeigen wer kann am 4. Juli nicht?"

Herr Müller:

"Ich müsste spätestens um 17 Uhr weg."

Zwischenruf:

"fünf"

Frau Heinen-Esser:

"Was ist am 3. Juli?"

Herr Müller:

"Das fände ich einen schönen Termin."

Herr Heinen-Esser:

"Der 3. Juli: Da hängen wir zwar wieder hier in der Sitzungswoche drin, aber ich sag jetzt mal 3. Juli."

Frau Kötting-Uhl:

"Aber Frau Vorsitzende da würde ich drauf hinweisen, da müssen sie größtenteils auf uns alle verzichten. Weil bekanntermaßen ist der letzte Sitzungsdonnerstag vor der Sommerpause voll mit namentlichen Abstimmungen."

Frau Heinen-Esser:

"Was ist mit dem 10. Juli? *Zu Herrn Müller:* Achso da sind sie nicht da. Okay, merk ich auch."

Herr Müller:

"Also 3. Juli fände ich nicht schlecht."

Zwischenruf:

"10. ist gut."

Herr Müller:

"Ich fände den 3. Juli nicht schlecht."

Frau Heinen-Esser:

"3. Juli? Ne, da können die Abgeordneten nicht. Aber sie können da ja immer mal reingucken. Können denn die Herrn Länder. 3. Juli? Herr Untersteller nicht."

Zwischenruf:

"11. Juli"

Frau Heinen-Esser:

"11. Juli ist Bundesrat. Wie sieht es da aus? Das ist auch zu spät hinten."

Zwischenrufe:

"Da bin ich nicht da. Ich nicht. Das ist auch zu spät."

Frau Heinen-Esser:

"So ich. 4 Juli geht nicht. Was ist am 1. Juli? Dienstag. Das müsste doch machbar sein oder? Wer kann am 1. Juli nicht. Eins, zwei, schon wieder. Klar seh ich ein. 30. Juni? Der Montag. Eins. Wir starten Sonntag am Abend und gehen in den Montag?"

Herr Müller:

"Warum nicht mal am 28.?"

Frau Heinen-Esser:

"Sonntag der 29. Juni? Mein Vorschlag wäre, wir können.... Wie sieht es aus am 29.? Herr Tillich: Ne."

Herr Tillich:

"Also ich bin ein bisschen... Ich meine, ich habe mich jetzt einige Male nicht gemeldet. Ich hab ja jeden Tag was drin zu stehen. Ich habe ja am 31. August Wahlen. Bei mir ist der Terminkalender bis zum September komplett zu. Aber ich habe am Anfang der Diskussion verfolgt, da haben einige gesagt, wir müssten mal einige Abstriche machen. Ich lass ja Kreisbereisungen rausfallen: Das mache ich ja normalerweise nie vor Landtagswahlen. Würde ich auch diesmal nicht machen, aber ich würde sogar kommen. Aber wenn alle irgendetwas... dann melde ich mich jetzt jedes Mal. Deswegen, ich habe mich jetzt nicht gemeldet, aber ich kann mich jetzt auch jedes Mal melden."

Frau Heinen-Esser:

"Welcher Termin war das jetzt wo du kannst? 30."

Herr Tillich:

"Mein schönster Tag ist der 20. Weil da ist bei uns kein Feiertag."

Frau Heinen-Esser:

"Was ist jetzt mit dem 30. Juni. Wer kann da nicht? Hände hoch. Ja also würde ich sagen: Ich stelle jetzt zur Abstimmung bei den Kommissionsmitgliedern: 27. Juni, oder 30. Juni. Und dort wo die meisten können, machen wir es jetzt. 27. Juni? Wer kann da nicht? Die Wissenschaftsbank war da doch betroffen. Eins, zwei, drei, vier und Herr Wenzel. 30. Juni? Wer kann da nicht? So: zwei. 30. Juni ist die nächste Sitzung. Herzlichen Dank. Uhrzeit späterer Vormittag. Die Anreisen sind sonntags nicht ganz so einfach. 11 Uhr, ja? 30. Juni um 11 Uhr. Ach so, ich muss jetzt noch sagen, bevor ich die Sitzung schließe. Sie sind herzlich eingeladen zu einem Get-to-gether in der „Eins“, das ist beim ARD-Hauptstadtstudio, also wer noch Interviews geben möchte. Sehr praktisch. Und wer die Ausweise abgeben muss, der wird von Mitarbeitern der Geschäftsstelle jetzt zu den Ausgängen geleitet und dann auch der Weg gezeigt. Und alle anderen, die Berliner wissen ja in der Regel wo die „Eins“ ist. Das ist gut fußläufig von hier zu erreichen. Danke."